



Nachhaltig handeln
Baden-Württemberg

Indikatorenbericht 2019

Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung
in Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

HERAUSGEBER

Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711 126-2694 und 0711 126-2660
E-Mail: nachhaltigkeitsstrategie@um.bwl.de
www.nachhaltigkeitsstrategie.de

BEARBEITUNG

LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg
Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
www.lubw.baden-wuerttemberg.de

GESTALTUNG

ÖkoMedia GmbH, www.oekomedia.com

DRUCK

Offizin Scheufele Druck und Medien GmbH + Co. KG, www.scheufele.de
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, das mit dem „Blauen Engel“ zertifiziert ist.

VERÖFFENTLICHUNG

© 11/2019





Inhaltsübersicht

VORWORT	4
EINLEITUNG	6
ÜBERSICHT LEITSÄTZE UND INDIKATOREN	8
STATUSINDIKATOREN	10
Ökologische Tragfähigkeit	11
Teilhabe und Gutes Leben	43
Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren	91
Subjektive Indikatoren	122
Übersicht Bewertungen	124
HINTERGRUNDINFORMATIONEN	126
Bevölkerung	126
Datengrundlage und Methodik	128
Bewertung der Statusindikatoren	129
QUELLEN	130
Textquellen	130
Bildquellen	131



Vorwort



Nachhaltigkeit wird häufig mit Umweltschutz, erneuerbaren Energien und Recycling gleichgesetzt. Nachhaltigkeit ist allerdings noch viel mehr. Denn nachhaltiges Handeln bedeutet, dass Menschen bei allem was sie tun, an zukünftige Auswirkungen denken.

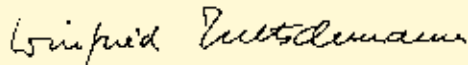
Deswegen haben wir als Landesregierung Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium unserer Landespolitik gemacht. Die Entwicklung im Land machen wir mit Hilfe von Nachhaltigkeitsindikatoren messbar und überprüfbar. Insgesamt zeigen 53 objektive und 6 subjektive Nachhaltigkeitsindikatoren, wo wir im Land stehen und in welche Richtung wir uns entwickeln.

Die weiterentwickelte Gliederung basiert auf den 17 Leitsätzen einer nachhaltigen Entwicklung. Es wurde darauf geachtet, dass die Indikatoren, soweit möglich, mit den Nach-

haltigkeitsindikatoren auf EU- und Bundes-
ebene vergleichbar sind. Die Besonderheiten
der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württem-
bergs haben wir weiterhin im Indikatorensatz
berücksichtigt. Dies betrifft zum Beispiel
Themenfelder wie Rohstoffproduktivität,
Ärztliche Versorgung, aber auch Wahlbeteili-
gung und Engagementquote. Der Beirat der
Landesregierung für nachhaltige Entwicklung
hat diese Anpassung des Indikatorensatzes
kritisch begleitet und kompetent unterstützt.

Klar ist, dass sich nicht alle Indikatoren
in diesem Bericht ausschließlich durch
die Landespolitik beeinflussen lassen. Ein
entsprechendes Beispiel hierfür sind die
Treibhausgasemissionen. Auch wenn Baden-
Württemberg alles daran setzt, den Klima-
wandel auf einem beherrschbaren Maß zu
halten, hängt dies auch von bundespoliti-
schen Vorgaben und der globalen Entwick-
lung ab.

Die große Herausforderung unserer Zeit ist,
nicht mehr zu verbrauchen als jeweils
nachwachsen, sich regenerieren oder künftig
wieder bereitgestellt werden kann. Dies kann
nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen
Akteuren gelingen. Der Indikatorenbericht
2019 dient dabei als Standortbestimmung auf
dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung
Baden-Württembergs.



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg



NACHHALTIGKEIT SICHTBAR MACHEN

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit in ihrem Regierungs- und Verwaltungshandeln fest zu verankern und Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen für dieses wichtige Zukunftsthema zu interessieren und zu begeistern.

Für gelebte Nachhaltigkeit ist jedoch nicht nur ein guter Wille notwendig, es benötigt auch fundierte Informationen. Hierzu trägt der Indikatorenbericht bei. Er gibt mit den dargestellten Statusindikatoren einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit im Land. Durch die Regelmäßigkeit der Berichterstattung erfolgt ein langfristiges transparentes Monitoring.

Erweitert wird die Berichterstattung der Landesregierung durch die Nachhaltigkeitsberichte der Ministerien. Jedes Ressort legt seine Ziele für eine nachhaltige Entwicklung fest und berichtet dort über laufende Maßnahmen zu deren Erreichung. Die Maßnahmen sollen langfristig zu einer positiven Entwicklung der Statusindikatoren beitragen.

Durch dieses doppelte Berichtssystem zeigt die Landesregierung, wie weit Baden-Württemberg auf seinem Weg in eine gute Zukunft bereits vorangeschritten ist und an welchen Herausforderungen gearbeitet wird.

STRATEGIE, LEITSÄTZE UND SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS (SDG)

Der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg liegen die drei Nachhaltigkeitsdimensionen ökologische Tragfähigkeit, Teilhabe und gutes Leben sowie Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren zugrunde. Auf ihnen bauen 17 Leitsätze auf, die in einem umfangreichen Beteiligungsprozess entstanden sind. Sie legen auf übergeordneter Ebene politische Ziele fest und definieren die Schwerpunkte der nachhaltigen Entwicklung im Land. Diese Leitsätze werden jeweils durch bis zu sechs Indikatoren abgebildet.

Auch die im Januar 2016 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele, die SDG, können diesen Leitsätzen zugeordnet werden; somit ist jedes SDG mit mindestens einem Indikator verknüpft. Damit ist die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg einerseits in den internationalen Rahmen integriert und lässt andererseits Gestaltungsspielraum für eigene Themen und Schwerpunkte.

BEDEUTUNG VON STATUSINDIKATOREN

Die Darstellung eines Indikators setzt voraus, dass auf Landesebene über einen längeren Zeitraum belastbare, aktuelle Daten verfügbar sind. Dies ist jedoch nicht immer für alle wünschenswerten Aspekte gegeben. Mit den Indikatoren können also oft nur Teilbereiche komplexer Themenfelder betrachtet werden. Statusindikatoren zeichnen sich jedoch dadurch aus, dass sie für ein bestimmtes Themenfeld repräsentativ sind. Die nachhaltige Entwicklung im Land kann aber nicht ausschließlich durch die Landespolitik gesteuert werden. Oft spielen Entscheidungen, die nicht auf Landesebene gefällt werden, eine bedeutende Rolle, und immer sind auch Anstrengungen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft notwendig, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

BEWERTUNG

Das bewährte Ampelsystem veranschaulicht auf leicht zu erfassende Weise, wie der Stand und die Entwicklung des Indikators zu bewerten sind. Insgesamt sind 18 Indikatoren positiv (grün) und 10 Indikatoren negativ (rot) bewertet. Bei 22 Indikatoren ist ein positiver Trend sichtbar, eine deutliche Verbesserung ist aber in absehbarer Zeit noch nicht erreicht (gelb). Bei drei Indikatoren ist keine Bewertung möglich. Die Bewertung im Ampelschema gibt allerdings nur einen ersten Hinweis auf den Stand und die Entwicklung der Indikatoren und ersetzt nicht wichtige Erläuterungen in den Texten.

SUBJEKTIVE INDIKATOREN

Nachhaltigkeit ist mehr als ihre mess- und zählbaren Aspekte. Die Beziehung zwischen „objektiven“ Nachhaltigkeitsindikatoren und der Wahrnehmung der Menschen ist vielschichtig. Daher berücksichtigt auch dieser Bericht wieder eine ergänzende Perspektive: die subjektiven Indikatoren. Dieser Blick auf die persönliche Einstellung der Menschen im Land erweitert die klassischen Statusindikatoren, sodass ein umfassendes Bild der nachhaltigen Entwicklung im Land entsteht.



Übersicht Leitsätze und Indikatoren

NACHHALTIG HANDELN IN BADEN-WÜRTTEMBERG HEIßT ...

1	... die Energiewende zügig, sicher und bezahlbar unter Einbindung der Zivilgesellschaft umzusetzen.	
1.1	Energieproduktivität	S. 12
1.2	Energieverbrauch privater Haushalte	S. 14
1.3	Erneuerbare Energien	S. 16
2	... Klimaschutz als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und umweltbezogene Gefahren infolge des Klimawandels zu minimieren.	
2.1	Treibhausgasemissionen	S. 18
2.2	Temperaturentwicklung	S. 20
3	... die Lebensgrundlagen und die vielfältige Natur sowie die einzigartigen Kulturlandschaften des Landes zu schützen und zu erhalten sowie Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt auch über das Land hinaus möglichst gering zu halten.	
3.1	Waldzustand	S. 22
3.2	Artenvielfalt und Landschaftsqualität	S. 24
3.3	Nitrat im Grundwasser	S. 26
3.4	Durchgängigkeit von Fließgewässern für Lachse	S. 28
4	... den Einsatz von Ressourcen zu optimieren und das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen zu entkoppeln.	
4.1	Rohstoffproduktivität	S. 30
4.2	Rohstoffverbrauch	S. 32
4.3	Vergärung von Bioabfällen	S. 34
4.4	Flächeninanspruchnahme	S. 36
5	... verantwortungsbewusste Konsumstile und fairen Handel zu fördern.	
5.1	Häusliche Abfälle	S. 38
5.2	Ökologischer Landbau	S. 40
6	... den Wandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der Anpassungsfähigkeit voranzutreiben.	
6.1	Bruttoinlandsprodukt	S. 44
6.2	Investitionen	S. 46
6.3	Eigenkapital	S. 48
6.4	Unternehmensinsolvenzen	S. 50
6.5	Erwerbstätigkeit	S. 52
6.6	Atypische Beschäftigung	S. 54
7	... allen Menschen im Land eine faire und gleiche Teilhabe sowie gleiche Chancen in der Gesellschaft zu eröffnen und den Anteil der Menschen in Armut zu reduzieren.	
7.1	Armutsgefährdung	S. 56
7.2	Einkommensreichtum	S. 58
7.3	Privatinsolvenzen	S. 60
7.4	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	S. 62
7.5	Frauen in Führungspositionen	S. 64
7.6	Frauen in politischen Vertretungen	S. 66
8	... gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt als Bereicherung anzuerkennen, den interkulturellen Dialog zu fördern und jeglichen Formen von Ausgrenzung effektiv entgegenzutreten.	
8.1	Erwerbstätigkeit nach Migrationsstatus	S. 68
8.2	Inklusion am Arbeitsplatz	S. 70
8.3	Inklusion von Schülerinnen und Schülern	S. 72

NACHHALTIG HANDELN IN BADEN-WÜRTTEMBERG HEIßT ...

9	... eine gesundheitsförderliche Lebenswelt zu ermöglichen.	
	9.1	Ärztliche Versorgung S. 74
	9.2	Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund S. 76
	9.3	Lärmbelastung S. 78
	9.4	Übergewicht S. 80
	9.5	Raucherquote S. 82
	9.6	Vorzeitige Sterblichkeit S. 84
10	... den Menschen ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen.	
	10.1	Straftaten S. 86
	10.2	Verunglückte im Straßenverkehr S. 88
11	... innovative, umweltgerechte und soziale Mobilität zu fördern und umzusetzen.	
	11.1	Öffentlicher Personennahverkehr S. 92
	11.2	Modal Split S. 94
	11.3	Straßenverkehr nach Fahrzeugkategorien S. 96
12	... eine zukunftsgerichtete Stadt- und Raumentwicklung umzusetzen.	
	12.1	Wohnkosten S. 98
13	... Bildungsgerechtigkeit für alle sowie Gestaltungskompetenz für nachhaltige Entwicklung zu fördern.	
	13.1	Ganztagsbetreuung für Kinder S. 100
	13.2	Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger S. 102
	13.3	Abschlüsse im tertiären Sektor S. 104
	13.4	Ausländische Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss S. 106
14	... eine leistungsfähige Wissenschaft und Forschung zu fördern, um Spitzenleistungen zu ermöglichen sowie Innovationen zu unterstützen.	
	14.1	Ausgaben für Forschung und Entwicklung S. 108
	14.2	Patentanmeldungen S. 110
15	... Entscheidungen offen und transparent unter frühzeitiger Einbindung der Zivilgesellschaft des Landes zu treffen sowie das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.	
	15.1	Wahlbeteiligung S. 112
	15.2	Engagementquote S. 114
16	... den Haushalt zugunsten nachfolgender Generationen in sozial verantwortbarer Weise zu konsolidieren.	
	16.1	Zulässige Kreditaufnahmen S. 116
	16.2	Haushaltsmäßige Verschuldung S. 118
17	... im Rahmen der Globalisierung Verantwortung für eine faire Entwicklung zu übernehmen, die Stärken Baden-Württembergs international einzubringen und die verschiedenen Akteursgruppen in ihrem entwicklungspolitischen Engagement zu unterstützen.	
	17.1	Öffentliche Entwicklungsausgaben S. 120

Ökologische Tragfähigkeit

Teilhabe und Gutes Leben

Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren



Ökologische Tragfähigkeit

1. ENERGIEWENDE

- 1.1 Energieproduktivität
- 1.2 Energieverbrauch privater Haushalte
- 1.3 Erneuerbare Energien

2. KLIMASCHUTZ

- 2.1 Treibhausgasemissionen
- 2.2 Temperaturentwicklung

3. VIELFÄLTIGE NATUR

- 3.1 Waldzustand
- 3.2 Artenvielfalt und Landschaftsqualität
- 3.3 Nitrat im Grundwasser
- 3.4 Durchgängigkeit von Fließgewässern für Lachs

4. RESSOURCEN

- 4.1 Rohstoffproduktivität
- 4.2 Rohstoffverbrauch
- 4.3 Vergärung von Bioabfällen
- 4.4 Flächeninanspruchnahme

5. KONSUMSTILE

- 5.1 Häusliche Abfälle
- 5.2 Ökologischer Landbau

Energieproduktivität



DEFINITION

Die Energieproduktivität ergibt sich aus der wirtschaftlichen Leistung, dargestellt durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP; preisbereinigt, verkettet), bezogen auf den Endenergieverbrauch.

Als Endenergie wird die Energie bezeichnet, die dem Verbrauchenden direkt zur Verfügung steht. Das ist beispielsweise der aus Kohle oder Kernenergie gewonnene Strom oder der in Raffinerien aus Rohöl hergestellte Kraftstoff. Ergänzend wird der Primärenergieverbrauch dargestellt, also die Energie, die der Natur beispielsweise in Form von Kohle, Rohöl oder Uran direkt entnommen wird, und die noch nicht umgewandelt wurde. Um die Größen vergleichbar zu machen und ihre Entwicklung im Zeitablauf darzustellen, werden sie als Indexgrößen dargestellt (Basisjahr 2008 = 100).

BESCHREIBUNG

Die Endenergieproduktivität stellt ein Maß für die Effizienz der Energieverwendung dar. Sie zeigt, wie viel Euro wirtschaftlicher Leistung pro Einheit Endenergie erzeugt wird und gilt damit als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen: Je mehr volkswirtschaftliche Leistung (BIP) aus einer Einheit eingesetzter Endenergie erwirtschaftet wird, umso effizienter geht die Volkswirtschaft mit Energie um. Die Effizienz der Umwandlung von Primär- in Endenergie, also beispielsweise der Wirkungsgrad eines Kraftwerks, fließt nicht in die Endenergieproduktivität ein.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Nach einem leichten Rückgang der Energieproduktivität im Jahr 2016 konnte im Jahr 2017 wieder eine Zunahme beobachtet werden. Damit lag die Energieproduktivität in Baden-Württemberg um 19 Prozent (%) höher als vor zehn Jahren, der Primärenergieverbrauch ist im selben Zeitraum um gut 12 % gesunken.

TRENDBEWERTUNG



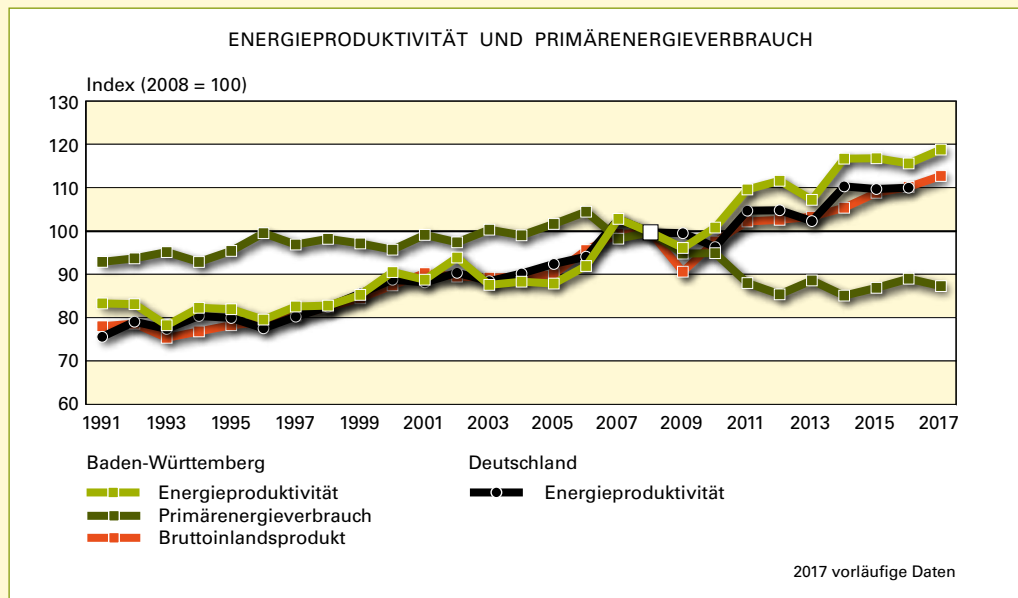
Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie von 2016 formuliert das Ziel, die Energieproduktivität im Zeitraum von 2008 bis 2050 um jährlich 2,1 % zu steigern. In Baden-Württemberg hat sich die Energieproduktivität in den letzten zehn Jahren um 19 % erhöht. Damit liegt der Anstieg in etwa auf Höhe des Bundesziels. Eine Minderung des Primärenergie-

verbrauchs um 20 % bis 2020 gegenüber 2008, wie in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie angestrebt, wird in Baden-Württemberg voraussichtlich verpasst. Dennoch zeigt der Anstieg der Energieproduktivität, dass sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg zunehmend vom Primärenergieverbrauch entkoppelt.

LEITSATZ ENERGIEWENDE

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... die Energiewende zügig, sicher
und bezahlbar unter Einbindung
der Zivilgesellschaft umzusetzen.

SDG-ZUORDNUNG



Energieverbrauch privater Haushalte



DEFINITION

Als Endenergie bezeichnet man die durch Umwandlung oder Aufbereitung aus primären Energieträgern wie Kohle oder Kernenergie gewonnene Energie, die dem Verbrauchenden zugeführt wird. Dies sind zum Beispiel Fernwärme, Strom oder Mineralölprodukte wie Kraftstoffe oder Heizöl. Dargestellt wird der Endenergieverbrauch des Sektors private Haushalte in Gigajoule pro Einwohnerin und Einwohner (GJ/EW) und Jahr. Dies umfasst die Verwendung von Energie für Heizung und Warmwasserbereitung sowie den Stromverbrauch in privaten Haushalten. Nicht eingeschlossen ist der Energieverbrauch des Verkehrs.

BESCHREIBUNG

Private Haushalte tragen in Baden-Württemberg knapp 30 Prozent (%) zum Endenergieverbrauch bei, fast so viel wie der Sektor Verkehr. Damit haben private Haushalte einen erheblichen Anteil am Endenergieverbrauch und an den energiebedingten Treibhausgasemissionen. Sie bergen ein beträchtliches Potenzial zur Senkung der Treibhausgasemissionen durch Maßnahmen zur Energieeffizienz und durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Der Endenergieverbrauch privater Haushalte lag im Jahr 2017 bei 27 GJ/EW und damit geringfügig niedriger als im Vorjahr, aber höher als im Berichtsjahr des letzten Indikatorenberichts 2014. In diesem Jahr hatte eine außergewöhnlich milde Winterung einen geringeren Heizbedarf und damit einen niedrigeren Endenergieverbrauch zur Folge. Ein großer Teil der von privaten Haushalten genutzten Energie wird zum Heizen benötigt, sodass der jährliche Verlauf starken witterungsbedingten Schwankungen unterliegt. Beispielsweise waren die Winter der Jahre 2007 und 2014 außergewöhnlich mild, was sich im geringeren Endenergieverbrauch widerspiegelt.

TRENDBEWERTUNG



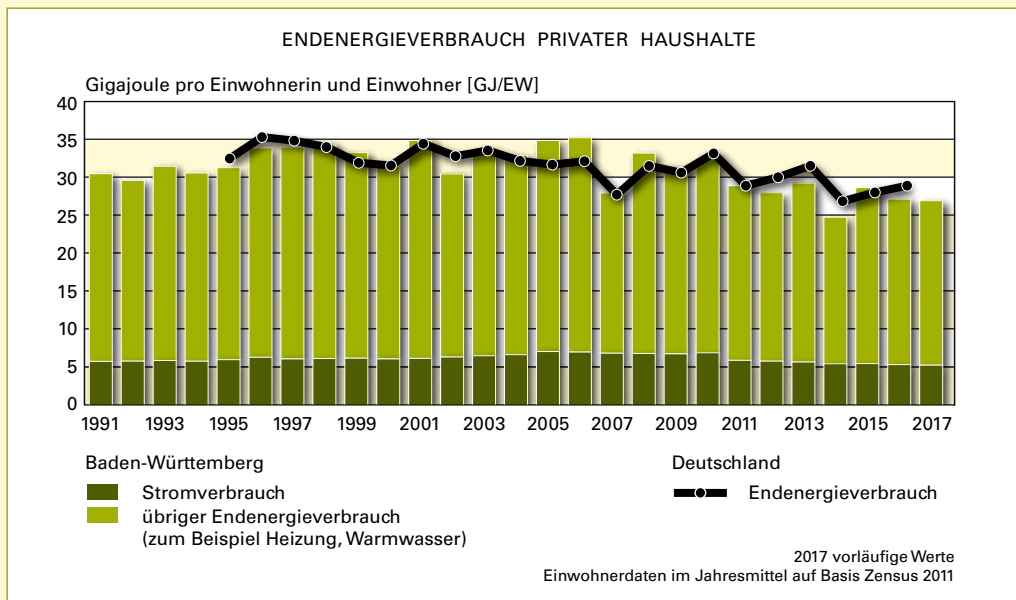
Trotz der jährlichen Schwankungen ist beim Endenergieverbrauch der privaten Haushalte in den letzten Jahren ein rückläufiger Trend erkennbar. Besonders deutlich wird der Rückgang beim Stromverbrauch, der mit 5,4 GW/EW im Jahr 2017 um knapp ein Viertel niedriger lag als Mitte der 2000er Jahre. Auf den Stromverbrauch entfallen rund 20 % des Endenergieverbrauchs privater Haushalte.

Dem rückläufigen Trend des Endenergieverbrauchs privater Haushalte steht jedoch seit zehn Jahren eine Zunahme des Endenergieverbrauchs des Verkehrs gegenüber, sodass das Ziel der Landesregierung, den gesamten Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg bis 2020 um 16 % gegenüber dem Jahr 2010 zu reduzieren, nicht erreicht werden wird.

LEITSATZ ENERGIEWENDE

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... die Energiewende zügig, sicher
und bezahlbar unter Einbindung
der Zivilgesellschaft umzusetzen.

SDG-ZUORDNUNG



Erneuerbare Energien



DEFINITION

Als erneuerbare Energien werden Energien aus Quellen bezeichnet, die entweder permanent vorhanden sind, sich kurzfristig von selbst erneuern oder deren Nutzung nicht zur Erschöpfung der Quelle beiträgt. Zu den erneuerbaren Energien zählen unter anderem Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Geothermie, Biomasse und der biologisch abbaubare Anteil von Haushaltsabfällen.

Dargestellt wird der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in Prozent (%).

Der Primärenergieverbrauch beschreibt die Energieträger in ihrer ursprünglichen Form, zum Beispiel als Kohle, Rohöl oder Biomasse.

BESCHREIBUNG

Durch die Nutzung erneuerbarer Energieträger kann der Ausstoß von Klimagasen reduziert und der Verbrauch fossiler Energieträger gesenkt werden. Neben der Steigerung der Energieeffizienz ist der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wesentlicher Baustein für eine klimafreundliche, zukunftssichere und bezahlbare Energieversorgung.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Der Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch lag im Jahr 2017 bei 13 % und damit 0,4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Gleichzeitig sank der Primärenergieverbrauch um knapp 2 %. Ursächlich hierfür war insbesondere die rückläufige Stromerzeugung aus Kernenergie und Steinkohle. Gegenüber 2014, dem Berichtsjahr des letzten Indikatorenberichts Baden-Württemberg, stieg der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch um 0,64 Prozentpunkte.

Der mit 68 % größte Anteil an den erneuerbaren Energieträgern entfällt auf die Biomasse, gefolgt von der Solarenergie (13 %), die auch die größten Zuwachsraten verzeichnet.

TRENDBEWERTUNG



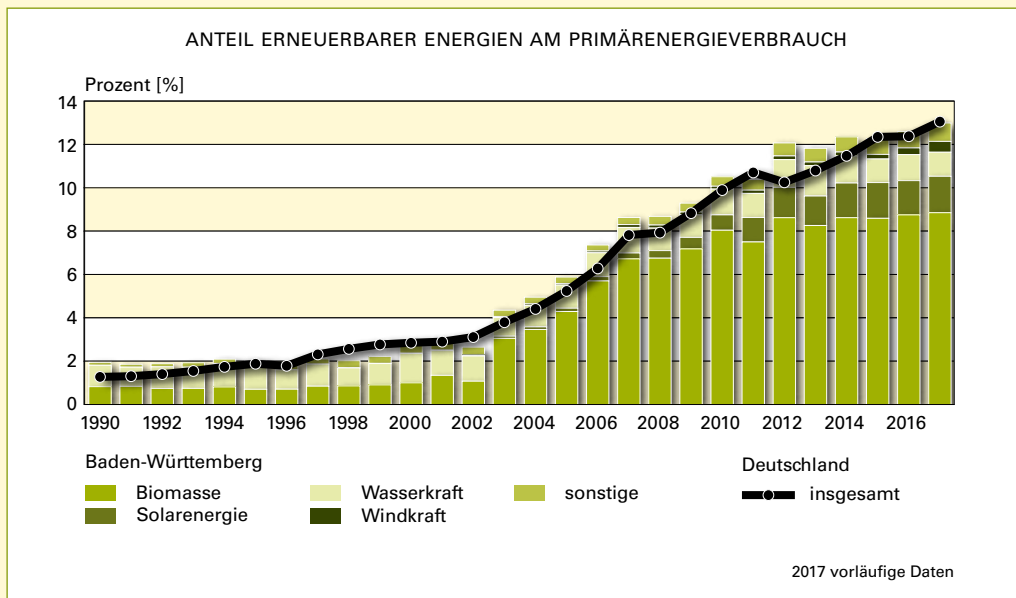
Allein in den letzten zehn Jahren konnte die mit der Sonne erzeugte Primärenergie um über 400 % gesteigert werden. Der Beitrag der Solarenergie zum Primärenergieverbrauch insgesamt ist mit 1,7 % im Jahr 2017 allerdings immer noch relativ gering. Auch mit Windkraft wird in Baden-Württemberg noch vergleichsweise wenig Energie erzeugt. Trotz des intensiven Ausbaus der Windenergie in den letzten drei Jahren liegt der Anteil der

Windenergie am Primärenergieverbrauch 2017 bei lediglich 0,5 %. Bezogen auf die Stromerzeugung (brutto) erreichen die regenerativen Energieträger deutlich höhere Anteile. Mehr als ein Viertel des 2017 in Baden-Württemberg produzierten Stroms (27,1 %) wurden aus regenerativen Energieträgern gewonnen. Hier spielt die Photovoltaik mit 8,2 % der Bruttostromerzeugung die größte Rolle.

LEITSATZ
ENERGIEWENDE

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... die Energiewende zügig, sicher
und bezahlbar unter Einbindung
der Zivilgesellschaft umzusetzen.

SDG-ZUORDNUNG



Treibhausgasemissionen



DEFINITION

Mit dem Indikator Treibhausgasemissionen werden drei von sechs der sogenannten Kyoto-Gase erfasst. Hierzu zählen Kohlendioxid (CO_2), Distickstoffoxid (Lachgas, N_2O) und Methan (CH_4) in Tonnen in CO_2 -Äquivalenten. Die Umrechnung in CO_2 -Äquivalenten erfolgt, um die Menge der Gase mit ihrer Wirkung des spezifischen Treibhausgaspotenzials vergleichbarer zu machen. CH_4 wird hierzu mit dem Faktor 25 und N_2O mit dem Faktor 298 multipliziert. Nicht berücksichtigt werden teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC) und Schwefelhexafluorid (SF_6). Sie machen lediglich einen Anteil von circa 1,5 Prozent (%) der gesamten Treibhausgase aus. Die Darstellung dieses Indikators erfolgt als Index (1990 = 100).

BESCHREIBUNG

Treibhausgase bewirken, dass die Atmosphäre die von der Erde abgegebene Wärmestrahlung absorbiert und zur Erde reflektiert.

Der natürliche Treibhauseffekt wird durch die vom Menschen verursachten Treibhausgase verstärkt, was eine globale Klimaveränderung mit gravierenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zur Folge hat. Die Vereinten Nationen haben 2015 mit dem Übereinkommen von Paris das Ziel gesetzt, die globale Temperaturerhöhung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen und wenn möglich auf 1,5 Grad Celsius zu limitieren.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2017 wurden in Baden-Württemberg rund 78,7 Millionen Tonnen Treibhausgase emittiert, etwa die gleiche Menge wie im Vorjahr. Den größten Anteil der Treibhausgasemissionen leisten mit knapp 90 % die energiebedingten CO_2 -Emissionen, die wiederum zu einem Drittel vom Straßenverkehr verursacht werden. In diesem Sektor wie auch bei der Industrie stiegen die Treibhausgasemissionen aufgrund der guten Konjunkturlage gegenüber dem Vorjahr geringfügig an,

TRENDBEWERTUNG



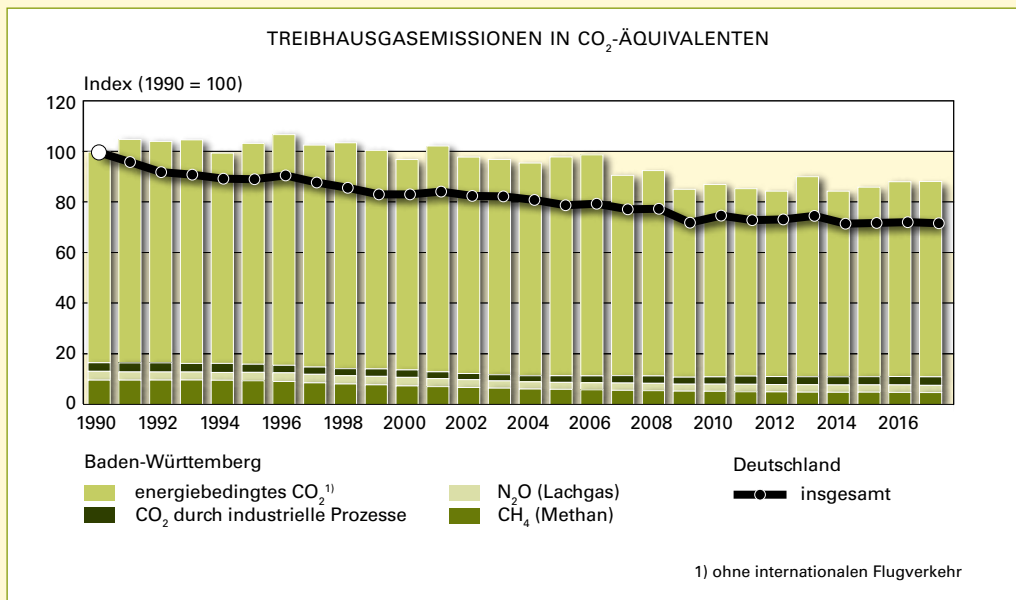
was aber von einem Rückgang der Treibhausgasemissionen öffentlicher Wärmekraftwerke vor allem im Stromsektor ausgeglichen wurde. Seit Jahren rückläufig sind die Methanemissionen, die in erster Linie auf die Landwirtschaft zurückzuführen sind. Die ebenfalls zum größten Teil von der Landwirtschaft verursachten N_2O -Emissionen gingen 2017 nach länger Stagnationsphase um etwa 4 % zurück. Grund dafür war vor allem eine reduzierte Stickstoffdüngung.

Mit dem im Jahr 2013 in Kraft getretenen Klimaschutzgesetz hat sich Baden-Württemberg das Ziel gesetzt, die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 % im Vergleich zum Jahr 1990 zu verringern. Bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 % angestrebt. Bis zum aktuellen Berichtsjahr 2017 wurde eine Minderung von nur 12 % erreicht.

LEITSATZ
KLIMASCHUTZ

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... Klimaschutz als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und umweltbezogene Gefahren infolge des Klimawandels zu minimieren.

SDG-ZUORDNUNG



Temperaturentwicklung



DEFINITION

Der Verlauf der Jahresmitteltemperaturen über einen langen Zeitraum ist ein Indikator für den Klimawandel. Die Jahresmitteltemperatur für Baden-Württemberg wird vom Deutschen Wetterdienst aus dem Durchschnitt der zwölf Monatsmitteltemperaturen für die verschiedenen Wetterstationen im Land errechnet. An den Wetterstationen wird die Temperatur in Bodennähe in einer Höhe von 2 Meter über Grund gemessen. Aufgrund der geographischen Vielfalt in Baden-Württemberg können die regionalen Mittelwerte von dieser Jahresmitteltemperatur abweichen.

BESCHREIBUNG

Der Weltklimarat (International Panel of Climate Change – IPCC) stellt in seiner aktuellen Veröffentlichung fest, dass menschliche Aktivitäten eine globale Erwärmung gegenüber vorindustriellem Niveau von etwa 1,0 Grad Celsius (°C) verursacht haben und dass eine Erwärmung um 1,5°C bis Mitte des Jahrhunderts wahrscheinlich ist. Die Folgen können, je nach Region, Hitzeextreme, Starkniederschläge oder auch Dürre sein. Der Klimawandel verändert Ökosysteme und hat dadurch zum Beispiel Folgen für die Verbreitung von Pflanzen- und Tierarten.

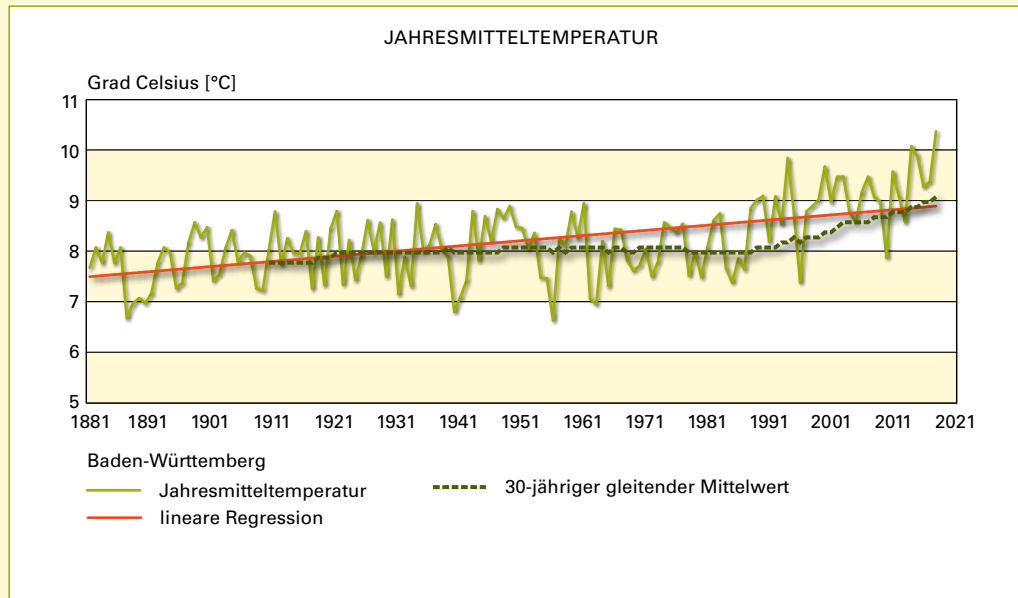
ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Baden-Württemberg setzt sich der langjährige Trend der Erwärmung fort. Seit 1881 hat die Jahresmitteltemperatur um 1,4°C zugenommen. Trotz regionaler Unterschiede ist die Erwärmung in allen Regionen Baden-Württembergs festzustellen.

Beim Vergleich einzelner Jahre zeigt sich eine große Variabilität der Jahresmitteltemperaturen, die auf natürliche Schwankungen zurückgeführt wird. Um eine langfristige Änderung des Klimas von diesen natürlichen Schwankungen abzugrenzen, werden die Mittelwerte für 30-jährige Zeiträume verglichen.

den letzten Jahrzehnten sind diese 30-jährigen Mittelwerte nahezu stetig angestiegen. Betrachtet man den aktuellen Klimazeitraum, also die letzten 30 Jahre (1989 bis 2018), liegt die Mitteltemperatur für diesen Zeitraum bereits bei 9,1 °C und damit um 1 °C höher als im internationalen Vergleichszeitraum 1961 bis 1990. Dies ist ein Anstieg von 1 °C in nur 30 Jahren. Seit der Jahrtausendwende ist das Temperaturniveau besonders hoch.

Fast in jedem Jahr ab 2000 werden die bisherigen Temperaturrekorde in Folge gebrochen. So zählen 15 Jahre aus diesem Zeitraum zu den 20 wärmsten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen. 2018 wurde mit 10,4 °C abermals ein neuer Temperaturrekord für Baden-Württemberg festgestellt.



Datenquelle: Deutscher Wetterdienst

TRENDBEWERTUNG

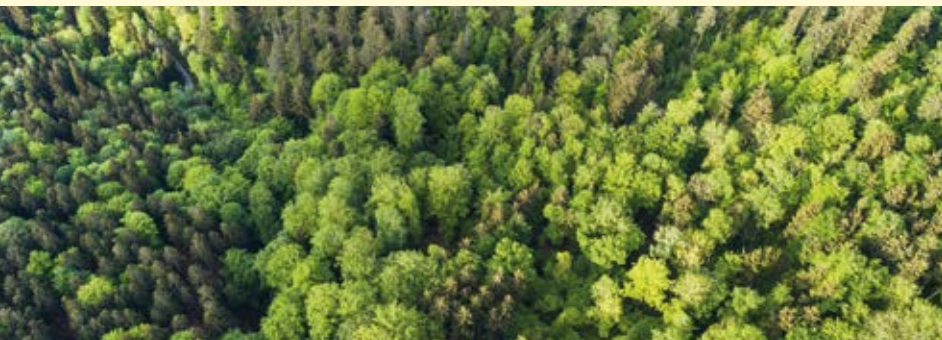


LEITSATZ KLIMASCHUTZ

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... Klimaschutz als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und umweltbezogene Gefahren infolge des Klimawandels zu minimieren.

SDG-ZUORDNUNG





DEFINITION

Dargestellt wird der Anteil der deutlich geschädigten Bäume der Schadstufe 2 (mittelstark geschädigt) und höher. Dabei dient der Kronenzustand als Weiser für die Gesamt vitalität des Baumes. Bewertet werden Baumkronen aus einem Stichprobennetz von dauerhaft markierten Probenbäumen. Die wichtigsten Kriterien sind hierbei die Vergilbung der Blattorgane und der Nadel- beziehungsweise Blattverlust. Die Einstufung der Kriterien und deren Zusammenführung ergibt fünf Schadstufen (0 = ungeschädigt bis 4 = abgestorben). Deutlich geschädigte Bäume entsprechen der Stufe 2 und höher. Bei der Bewertung des Waldzustandes werden darüber hinaus auch andere „Vitalitätskennzeichen“ wie die Naturnähe und die Baumartenmischung berücksichtigt. Die Daten werden bei den Bundeswaldinventuren erhoben. Angaben in Prozent (%).

BESCHREIBUNG

Rund 38 % der Fläche Baden-Württembergs sind von Wald bedeckt. Wälder sind ein wichtiger Rohstofflieferant, sie haben eine große Bedeutung für den Biotop- und Artenschutz und natürlich sind sie ein Ort der Erholung und Freizeitgestaltung. Darüber hinaus sind Wälder unverzichtbar für den Boden-, Wasser- und Klimaschutz.

Die bestehende Bodenversauerung, Schadstoff- und erhöhte Nährstoffeinträge aus der Luft sowie zunehmend der Klimawandel und die damit einhergehenden Wetterextreme bedeuten Stress für die Wälder und machen sie anfälliger für Schädlingsbefall.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Das Jahr 2018 war durch den außergewöhnlich trocken-heißen Sommer und den anhaltend trockenen Herbst geprägt. Der Anteil der deutlich geschädigten Bäume stieg auf 38 %. Für alle Baumarten, mit Ausnahme der Tanne, ist eine Verschlechterung des Kronenzustands festzustellen. Der trocken-heiße Sommer und der trockene Herbst 2018 zeigen deutlich die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Wälder. Die Baumartenentwicklung ist ein weiterer Schlüsselindikator, der mögliche Anpassungseffekte

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

VIELFÄLTIGE NATUR

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... die Lebensgrundlagen und die vielfältige Natur sowie die einzigartigen Kulturlandschaften des Landes zu schützen und zu erhalten sowie Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt auch über das Land hinaus möglichst gering zu halten.

SDG-ZUORDNUNG

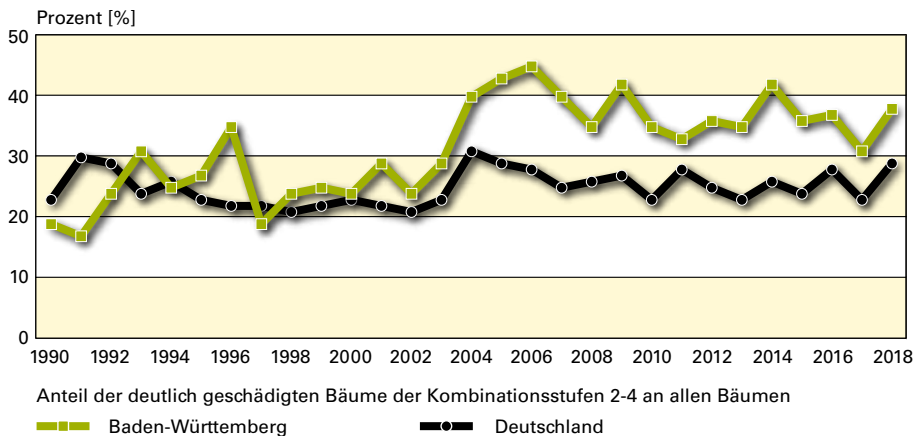


aufzeigen kann. Die Baumartenentwicklung in Baden-Württemberg wird dabei vor allem durch einen Rückgang der Fichtenfläche gekennzeichnet, bei gleichzeitiger Zunahme der Laubbaumfläche. Die Situation der Esche stellt sich jedoch weiterhin sehr kritisch dar. Eine Maßnahme zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wälder ist der Umbau der Waldbestände in standortangepasste, strukturierte Mischwälder. Bei der dritten Bundeswaldinventur 2012 wurden bereits 50,4 % der Wälder in Baden-Württemberg als „naturnah“

und „sehr naturnah“ eingestuft.

Auswertungen der im „Monitoring häufiger Brutvogelarten“ zwischen 2006 bis 2016 erhobenen Daten geben Hinweise auf einen vergleichsweise guten ökologischen Zustand der Wälder. Von neun betrachteten Waldvogelarten zeigen nur zwei Arten eine leichte Abnahme, fünf Arten eine moderate und zwei Arten sogar eine starke Zunahme. Drei dieser Waldvogelarten bilden in Baden-Württemberg den Indikator des Teillebensraums Wald.

ANTEIL DER DEUTLICH GESCHÄDIGTEN BÄUME



Artenvielfalt und Landschaftsqualität



DEFINITION

Der Indikator Artenvielfalt und Landschaftsqualität bezieht sich auf den Zustand der Normallandschaft. Diese ist die genutzte und nicht besonders geschützte Landschaft, die über 90 Prozent (%) der Fläche Deutschlands ausmacht. Dargestellt wird die quantitative Bestandsentwicklung repräsentativer Vogelarten. Die Daten werden aus dem seit 1992 laufenden „Monitoring häufiger Brutvögel“ (MhB) ermittelt. Ausgewählte Brutvögel stehen stellvertretend für den Zustand der Artenvielfalt in unterschiedlichen Landschaftstypen und spiegeln mittelbar die Nachhaltigkeit der Landnutzung wider. Der Landesindikator Baden-Württemberg besteht aus den vier Teilindikatoren Agrarland, Wälder, Siedlungen und Binnengewässer. Hier wird die Bestandsentwicklung dreier Feldvogelarten dargestellt, für die eine belastbare Datengrundlage vorliegt.

BESCHREIBUNG

Aufgrund des guten Kenntnisstandes über Lebensraumanprüche und Gefährdungsursachen der heimischen Vogelarten eignen sich diese stellvertretend für eine Vielzahl von Artengruppen als Gütezeiger für den Zustand unserer Natur und Landschaft. Damit hat das Brutvogelmonitoring eine herausragende Bedeutung als Frühwarnsystem für Veränderungen und Gefährdungen der Artenvielfalt. Handlungsbedarf zum Ergreifen von Schutzmaßnahmen wird so frühzeitig erkennbar. Eine Analyse der bisher aus Baden-Württemberg vorliegenden Datengrundlage hat jedoch ergeben, dass nur für wenige, häufige Indikatorarten statistisch belastbare Trends aus dem MhB bezogen werden können. Die Berechnung eines Gesamt-Indikators, wie er zwischen den Bundesländern abgestimmt wurde, ist nach dem aktuellen Stand der Daten für Baden-Württemberg nicht möglich. Aus diesem Grund wird auch keine Bewertung vorgenommen. Die langfristige Bereitstellung und Sicherung der Datengrundlagen für die Berechnung des Indikators über den Ausbau bestehender und die Etablierung weiterer Vogelmonitoring-Module, zum Beispiel das Monitoring seltener und mittelhäufiger Brutvögel (MsB), wird angestrebt.

TRENDBEWERTUNG



ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Feldlerche, Feldsperling und Goldammer sind potenzielle Indikatorarten des Teilindikators Agrarland Baden-Württemberg. Der jeweilige Bestandsindex wird hier exemplarisch dargestellt. In Baden-Württemberg wie auch auf Bundesebene ist beim Teilindikator Agrarland keine Trendwende absehbar; die im Bereich der Landwirtschaft durchgeführten Fördermaßnahmen sind offensichtlich nicht ausreichend, um eine Trendumkehr herbeizuführen.

Für den nationalen Bericht 2019 nach Artikel 12 der Vogelschutzrichtlinie wurden nach Experteneinschätzungen auch Bestandstrends für Vögel der Teillebensräume Wald, Siedlungen und Binnengewässer erstellt: Trotz zum Teil deutlicher Zunahmen einzelner Arten sind auch hier größtenteils negative Entwicklungen zu beobachten. Beim Waldlaubsänger beispielsweise war im 12-Jahrestrend (2005 bis 2016) ein Rückgang der Bestände um mehr als 50 % festzustellen.

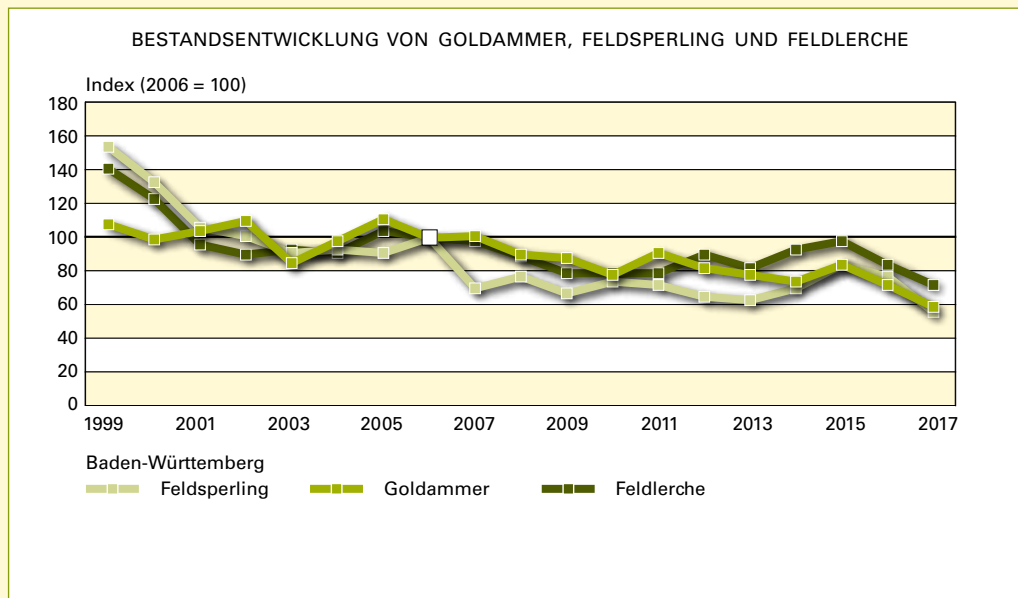
LEITSATZ

VIelfÄLTIGE NATUR

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... die Lebensgrundlagen und die vielfältige Natur sowie die einzigartigen Kulturlandschaften des Landes zu schützen und zu erhalten sowie Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt auch über das Land hinaus möglichst gering zu halten.

SDG-ZUORDNUNG



Nitrat im Grundwasser



DEFINITION

Dargestellt wird der Anteil der Messstellen mit einem Nitratgehalt über 50 Milligramm pro Liter (mg/l) sowie der Anteil der Messstellen mit einem Nitratgehalt über 25 mg/l. Die Messstellen mit Nitratgehalten über 50 mg/l sind eine Teilmenge der Messstellen mit Nitratwerten größer als 25 mg/l. Grundlage für die Berechnung sind 120 seit 1994 durchgehend beprobte Messstellen in ganz Baden-Württemberg. Die Daten dieses Messnetzes werden auch für die jährliche Berichterstattung an die Europäische Umweltagentur (EUA) herangezogen.

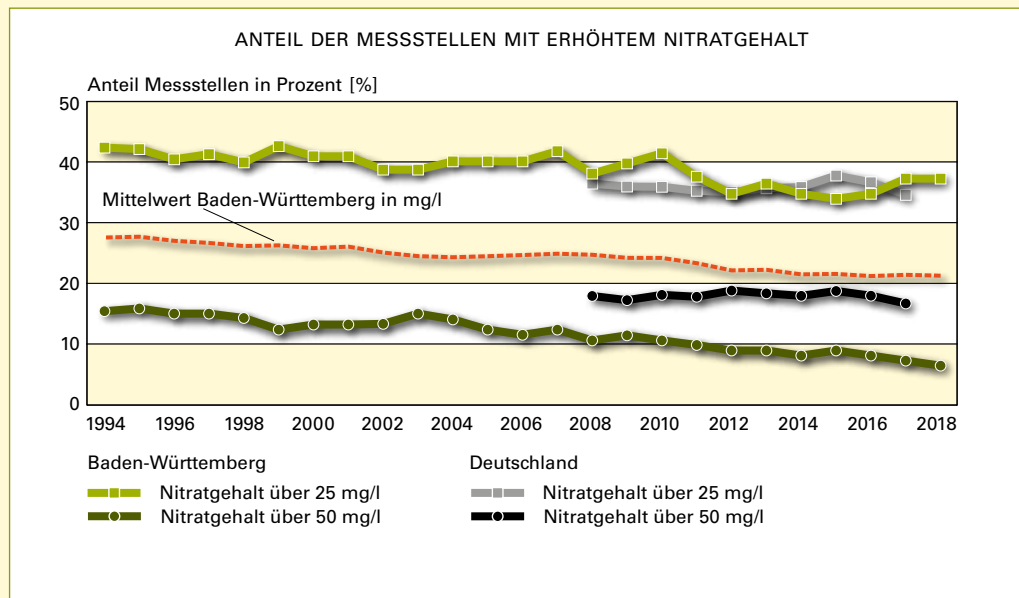
BESCHREIBUNG

Stickstoff ist als Nährstoff für das Pflanzenwachstum unentbehrlich. In der Landwirtschaft wird Stickstoff deshalb in organischen und chemischen Düngern auf die bewirtschafteten Flächen ausgebracht und kann so als Nitrat ins Grundwasser gelangen. Ein zu hoher Eintrag von Nitrat über das Grundwasser in Bäche und Flüsse kann zu einem Überangebot an Nährstoffen und dadurch zu einer Veränderung der Lebensraumfunktionen dieser Gewässer führen, die oft durch übermäßiges Wachstum von Algen gekennzeichnet ist.

Ein Nitratgehalt von über 50 mg/l im Trinkwasser, das in Baden-Württemberg zu knapp drei Vierteln aus Grundwasser gewonnen wird, kann die menschliche Gesundheit gefährden, besonders die von Säuglingen. Europaweit gilt daher die einheitlich festgelegte Qualitätsnorm von 50 mg Nitrat je Liter, sie wurde auch in der deutschen Wassergesetzgebung als Schwellenwert verankert. Der Indikator zeigt somit die Wirkung von Maßnahmen zur Reduzierung des Stickstoffeintrages aus der Landwirtschaft auf die Grundwasserbeschaffenheit. So können langfristig die Veränderungen von Bewirtschaftungsformen belegt werden.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Nitrat stellt weiterhin die Hauptbelastung des Grundwassers dar. An knapp 7 Prozent (%) der betrachteten 120 Messstellen wird eine Überschreitung des Schwellenwertes der Grundwasserverordnung beziehungsweise des Grenzwertes der Trinkwasserverordnung von 50 mg/l festgestellt. Langfristig zeigt die Nitratbelastung des Grundwassers einen rückläufigen Trend. So nahm die mittlere Nitratkonzentration landesweit seit 1994 um rund 23 % ab.



Datenquelle: LUBW, Länderinitiative Kernindikatoren

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

VIelfÄLTIGE NATUR

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... die Lebensgrundlagen und die vielfältige Natur sowie die einzigartigen Kulturlandschaften des Landes zu schützen und zu erhalten sowie Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt auch über das Land hinaus möglichst gering zu halten.

SDG-ZUORDNUNG



Durchgängigkeit von Fließgewässern für Lachse



DEFINITION

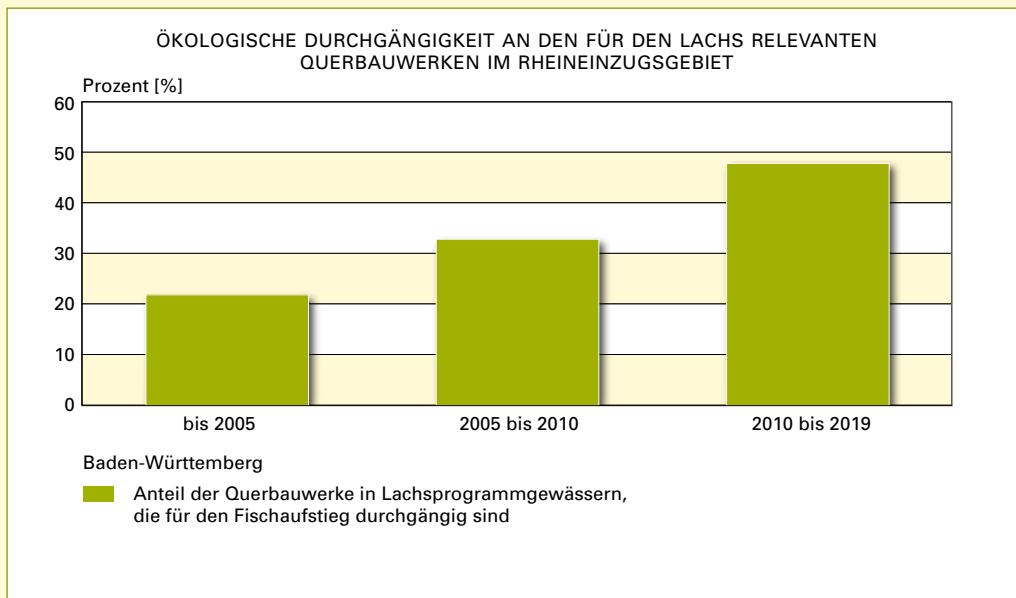
Für den Indikator ökologische Durchgängigkeit in Fließgewässern werden die Lachsprogrammgewässer in Baden-Württemberg betrachtet. Die für die Aufwärtswanderung des Lachses durchgängigen Querbauwerke im Rheineinzugsgebiet werden ins Verhältnis zur Gesamtzahl der vorhandenen Querbauwerke mit einer Absturzhöhe von mindestens 1 Meter gesetzt. Die in Bezug auf den Fischaufstieg durchgängigen Querbauwerksstandorte sind mit Wanderhilfen wie Fischtreppen ausgestattet. Angaben in Prozent (%)

BESCHREIBUNG

Die biologische Durchgängigkeit in Fließgewässern hat eine herausragende Bedeutung für die Erhaltung und Wiederherstellung von natürlichen Verhältnissen mit artenreichen und gewässertypischen Lebensgemeinschaften, insbesondere für die heimische Fischfauna. Für den Lebenszyklus des Atlantischen Lachses als Langdistanzwanderfisch ist die Durchwanderbarkeit vom Meer bis in die Oberläufe der Flüsse überlebenswichtig. Die Erreichbarkeit der Laichplätze muss für den Lachs wieder ermöglicht werden. Erste Erfolge bei der Wiederansiedlung des Lachses konnten bereits festgestellt werden. Die Durchgängigkeit im Wiederansiedlungsgebiet wird schrittweise verbessert, damit werden zunehmend ehemalige Lebensräume für den Lachs wieder erschlossen. Inzwischen kann in allen Programmgewässern eine natürliche Reproduktion des Lachses regelmäßig nachgewiesen werden. Die Lachspopulation beginnt sich wieder zu etablieren.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2019 sind bereits 48 % der insgesamt 247 für den Lachs relevanten Querbauwerke im Rheineinzugsgebiet Baden-Württembergs aufwärts durchgängig gestaltet. Die weitere Herstellung der aufwärtsgerichteten Durchgängigkeit bis zum Zielwert 100 % ist erforderlich, um alle Laichhabitats und Jungfischlebensräume zu erschließen. Es besteht somit noch erheblicher Handlungsbedarf in Baden-Württemberg.



Datenquelle: LUBW

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

VIelfÄLTIGE NATUR

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... die Lebensgrundlagen und die vielfältige Natur sowie die einzigartigen Kulturlandschaften des Landes zu schützen und zu erhalten sowie Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt auch über das Land hinaus möglichst gering zu halten.

SDG-ZUORDNUNG



Rohstoffproduktivität



DEFINITION

Der Indikator Rohstoffproduktivität, dargestellt als Index, drückt aus, welche volkswirtschaftliche Gesamtleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – mit einer Tonne nicht erneuerbarer Rohstoffe erzeugt wird. Um die beiden Größen vergleichbar zu machen und ihre Entwicklung im Zeitablauf zu verdeutlichen, werden sie als Indexgrößen dargestellt (Basisjahr 1994 = 100).

Die materialeitige Bezugszahl setzt sich zusammen aus verwerteten abiotischen Rohstoffen (zum Beispiel Kohle, Erdöl, Erze, Mineralien) aus dem Inland zuzüglich importierter abiotischer Güter und dem Saldo aus Empfang und Versand abiotischer Güter aus dem Handel zwischen den Bundesländern.

BESCHREIBUNG

Die Rohstoffproduktivität nimmt zu, wenn eine wirtschaftliche Leistung mit einem geringeren Materialaufwand erbracht wird. Eine solche Verbesserung der Materialeffizienz kann in allen Wirtschaftsbereichen erzielt werden, ist aber in Bereichen, in denen – wie etwa im Baubereich – große Stoffmengen bewegt werden, besonders wirksam. Beispielsweise trägt eine Verlagerung von Investitionen vom Neubau in die Sanierung von bestehenden Gebäuden erheblich zur Rohstoffproduktivität bei, da hier vergleichbare Geldströme mit sehr viel geringeren Materialströmen verbunden sind. Die Indexbetrachtung ermöglicht eine vergleichende Bewertung der Bezugsgrößen im Zeitablauf. Der Anstieg des Indikators zeigt, inwieweit die Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden konnte. Dabei ist allerdings eine Schwachstelle des Indikators zu beachten: Der Rohstoffverbrauch, der durch die Produktion von Importgütern im Ausland verursacht wird, wird durch den Indikator nur teilweise erfasst. Indikatoren, die Material und Materialströme berücksichtigen und damit den Rohstoffverbrauch realistischer widerspiegeln, sollen im Rahmen der Landesstrategie Ressourceneffizienz Baden-Württemberg erarbeitet werden.

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

RESSOURCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Einsatz von Ressourcen
zu optimieren und das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch nicht
erneuerbarer Ressourcen zu entkoppeln.

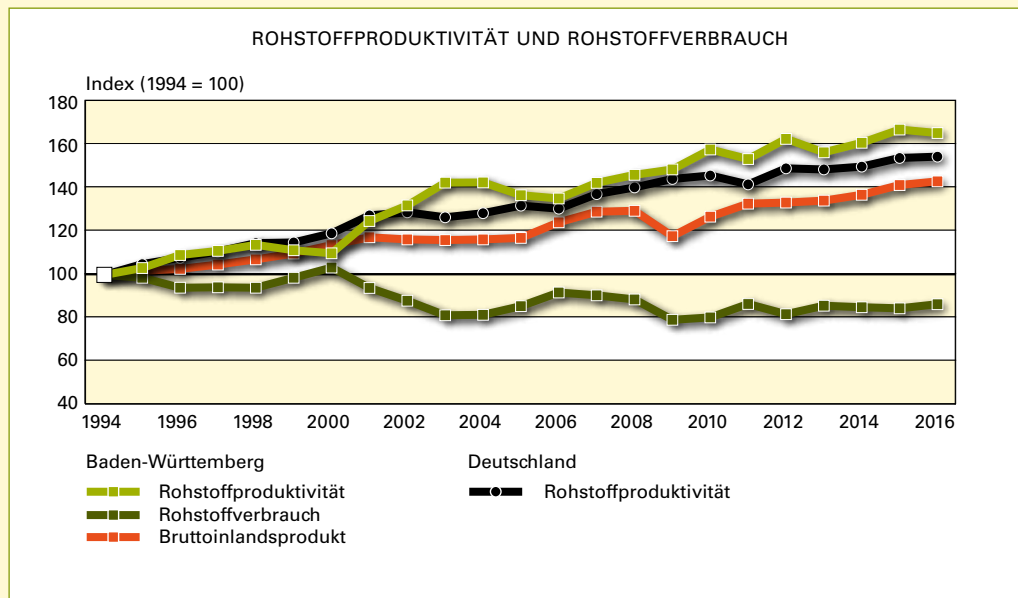
SDG-ZUORDNUNG



ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

2016 stieg der Rohstoffverbrauch in Baden-Württemberg nach leichten Rückgängen in den beiden Vorjahren wieder an, was bei leicht wachsendem BIP zu einem Rückgang der Rohstoffproduktivität führte. Seit 1994 konnte die Rohstoffproduktivität um 66 Prozent (%) gesteigert werden, was zeigt, dass insgesamt eine Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wirtschaft stattfindet. Deutschland hat sich mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, bei der Gesamtrohstoff-

produktivität den Trend der Jahre 2000 bis 2010 bis 2030 beizubehalten. Dieser Indikator kann für die Bundesländer nicht erhoben werden, daher wird weiterhin auf die Rohstoffproduktivität zurückgegriffen. Baden-Württemberg hat im Vergleichszeitraum 2000 bis 2010 eine deutlich höhere Steigerung der Rohstoffproduktivität erreicht als der Bund, die über die letzten zehn Jahre betrachtete Entwicklung verläuft aber wieder flacher.



Rohstoffverbrauch



DEFINITION

Rohstoffe sind natürliche, aus der Natur gewonnene Ressourcen, die entweder direkt verwendet werden oder als Ausgangsmaterial für eine weitere Verwendung dienen. Die hier betrachteten nicht erneuerbaren (abiotischen) Rohstoffe umfassen die verwertete Entnahme im Inland sowie die aus dem Ausland importierten abiotischen Rohstoffe. Der Rohstoffverbrauch wird einwohnerbezogen in Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner (t/EW) angegeben. Ergänzend wird die absolute Rohstoffproduktivität dargestellt, die zeigt, welche volkswirtschaftliche Gesamtleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen – mit einer Tonne nicht erneuerbarer Rohstoffe erzeugt wird (Euro pro Tonne EUR/t).

BESCHREIBUNG

Nachhaltiges Wirtschaften verlangt einen schonenden Umgang mit der Natur, damit auch den nachfolgenden Generationen noch eine intakte Umwelt zur Verfügung steht. Die Gewinnung und Nutzung eines Rohstoffs geht mit Flächen-, Material- und Energieinanspruchnahme, Stoffverlagerung sowie Schadstoffemissionen einher.

Außerdem trägt der effiziente Umgang mit Rohstoffen gerade für ein Rohstoffe importierendes und Industriegüter exportierendes Land wie Baden-Württemberg zur Wettbewerbsfähigkeit bei, denn Rohstoffe werden auf den Weltmärkten knapper und teurer.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Die Art der verbrauchten Rohstoffe unterscheidet sich in Baden-Württemberg deutlich vom Rohstoffverbrauch in Deutschland insgesamt: Während in Baden-Württemberg die Entnahme von Kies, Sand und Natursteinen (sonstiger mineralischer Rohstoffe) ein überdurchschnittliches Gewicht hat, liegt der Anteil der verbrauchten Energieträger deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

RESSOURCEN

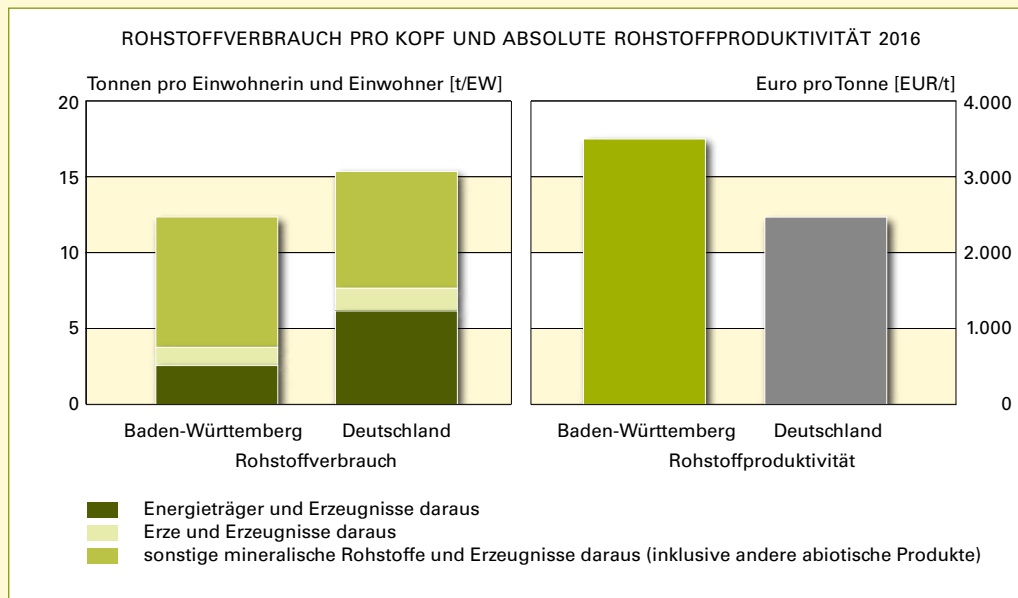
Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Einsatz von Ressourcen
zu optimieren und das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch nicht
erneuerbarer Ressourcen zu entkoppeln.

SDG-ZUORDNUNG



Der gesamte Rohstoffverbrauch je Einwohnerin und Einwohner liegt in Baden-Württemberg unter dem Bundeswert.

Die absolute Rohstoffproduktivität lag 2016 für Baden-Württemberg bei 3.508 EUR/t und damit im Vergleich zur absoluten Rohstoffproduktivität in Deutschland deutlich höher. Ein wichtiger Grund hierfür ist die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs, mit einem vergleichsweise geringen Anteil des Bergbaus und der Grundstoffindustrien.



Vergärung von Bioabfällen



DEFINITION

Betrachtet wird der Anteil häuslichen Bioabfalls in Baden-Württemberg, der einer hochwertigen Verwertung in einer kombinierten Vergärungs- und Kompostierungsanlage mit Biogaserzeugung und Kompostproduktion zugeführt wird. Die Angabe erfolgt einwohnerbezogen in Kilogramm pro Einwohnerin und Einwohner (kg/EW) und Jahr.

BESCHREIBUNG

Bioabfälle stellen eine besondere Ressource dar, die sowohl stofflich als auch energetisch genutzt werden kann. Daher sind seit dem 01.01.2015 häusliche Bioabfälle gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) getrennt zu erfassen und hochwertig zu verwerten. Bei der Verwertung von Bioabfällen in einer Vergärungsanlage entsteht Biogas, das entweder auf Erdgasqualität aufbereitet und in das öffentliche Gasnetz eingespeist oder direkt am Standort der Vergärungsanlage für die Produktion von Strom und Wärme genutzt werden kann. Das methanhaltige Biogas ersetzt fossile Energieträger, sodass klimaschädliche Emissionen vermieden werden. Die bei der Vergärung anfallenden Gärreststoffe können in einer Kompostierungsanlage zu hochwertigem Kompost verarbeitet werden. Darüber hinaus kann Kompost in Erdenwerken zu Kultursubstraten und Pflanzenerden weiterveredelt werden. Durch die Nutzung von Kompost, Kultursubstraten und Pflanzenerden werden mineralische Düngemittel und Torf oder Torfprodukte substituiert und so weniger Treibhausgase freigesetzt. Diese sogenannte „Mehrfachnutzung“ (energetische und stoffliche Nutzung) der organischen Abfälle ist sowohl wirtschaftlich günstiger als auch ökologisch vorteilhafter als

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

RESSOURCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Einsatz von Ressourcen
zu optimieren und das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch nicht
erneuerbarer Ressourcen zu entkoppeln.

SDG-ZUORDNUNG

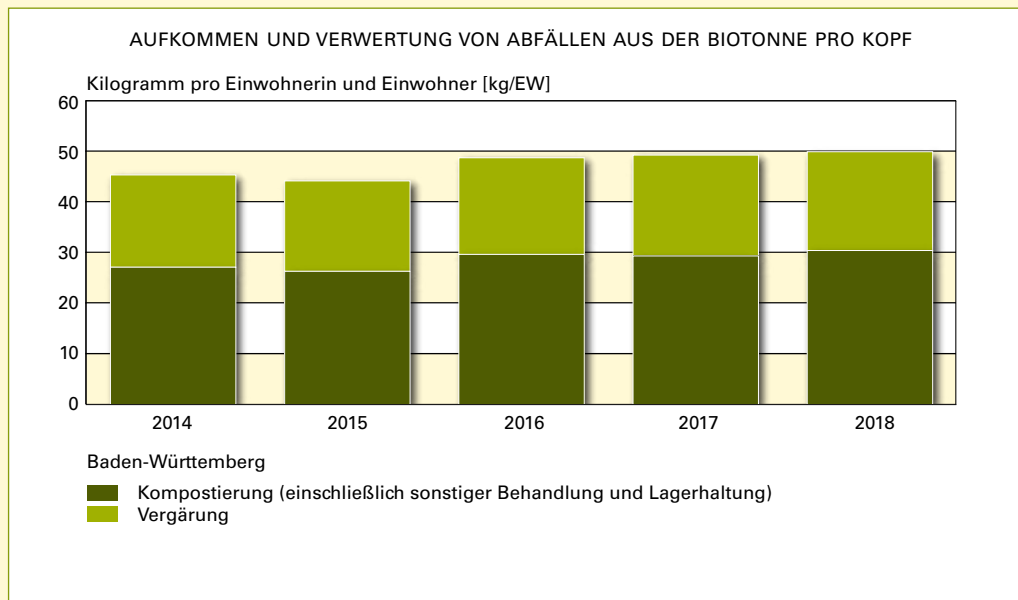


andere Entsorgungswege wie beispielsweise die Verbrennung mit dem Restmüll.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Knapp die Hälfte des 2018 in den Abfallvergärungsanlagen im Land erzeugten Biogases wurde für die dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Die andere Hälfte der Biogaserzeugung wurde aufbereitet und in ein (Erd-)Gasnetz eingespeist. Die Menge des über Biotonnen oder Biobeutel getrennt erfassten häuslichen Bioabfalls konnte von 45,7

Kilogramm pro Einwohnerin und Einwohner (kg/EW) im Jahr 2014 auf 50,1 kg/EW im Jahr 2018 gesteigert werden. Der Anteil häuslichen Bioabfalls, der einer kombinierten Vergärungs- und Kompostierungsanlage zugeführt werden konnte, liegt dabei gleichbleibend bei etwa 40 Prozent (%). Durch die 2018 neu installierten und die derzeit in der Umsetzung befindlichen Vergärungs- und Kompostierungsanlagen werden die Kapazitäten für eine hochwertige Bioabfallverwertung im Land in den kommenden Jahren deutlich gesteigert.



Datenquelle: Abfallbilanz Baden-Württemberg

Flächeninanspruchnahme



DEFINITION

Dargestellt wird die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Tag (ha/d) jeweils mit Stand zum 31.12. jeden Jahres.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Nutzungsarten Siedlung (ohne Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch) und Verkehr des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) zusammen. Zur Siedlungsfläche gehören Wohnbauflächen, Industrie- und Gewerbeflächen, Halden, Flächen gemischter Nutzung, Flächen besonderer funktionaler Prägung, Sport-, Freizeit-, Erholungs- und Friedhofsflächen.

Zum 31.12. 2016 wurde die Flächenerhebung erstmals bundeseinheitlich in ALKIS veröffentlicht.

Die Jahre zuvor wurden für Baden-Württemberg zurückgerechnet.

BESCHREIBUNG

Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche, auch Flächenneuinanspruchnahme oder Flächenverbrauch genannt, steht als ein Indikator für eine nachhaltige Raumnutzung. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche beinhaltet auch einen nicht quantifizierbaren Anteil von nicht bebauten und nicht versiegelten Frei- und Grünflächen, wodurch sie mit dem Begriff „versiegelt“ keineswegs gleichgesetzt werden kann. Nach Schätzungen beläuft sich der Versiegelungsgrad auf knapp 50 Prozent (%). Flächeninanspruchnahme bezeichnet die Umwidmungen von vormalig naturnaher, meist land- und forstwirtschaftlich genutzter Fläche hin zu siedlungsbezogener Nutzung, die im Liegenschaftskataster vor Ort erfasst und jährlich durch das Statistische Landesamt auf Landesebene aggregiert ausgewertet wird. Dabei gehen, insbesondere mit der Versiegelung von Flächen, ökologische Funktionen des Bodens selbst wie auch Lebensräume für Flora und Fauna verloren. Andererseits werden unter anderem Flächen für dringend benötigten Wohnraum gewonnen.

Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist oft verbunden mit dem kostenintensiven Ausbau der Infrastruktur, dem Anstieg des Verkehrsaufkommens und des Energiever-

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ RESSOURCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Einsatz von Ressourcen
zu optimieren und das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch nicht
erneuerbarer Ressourcen zu entkoppeln.

SDG-ZUORDNUNG



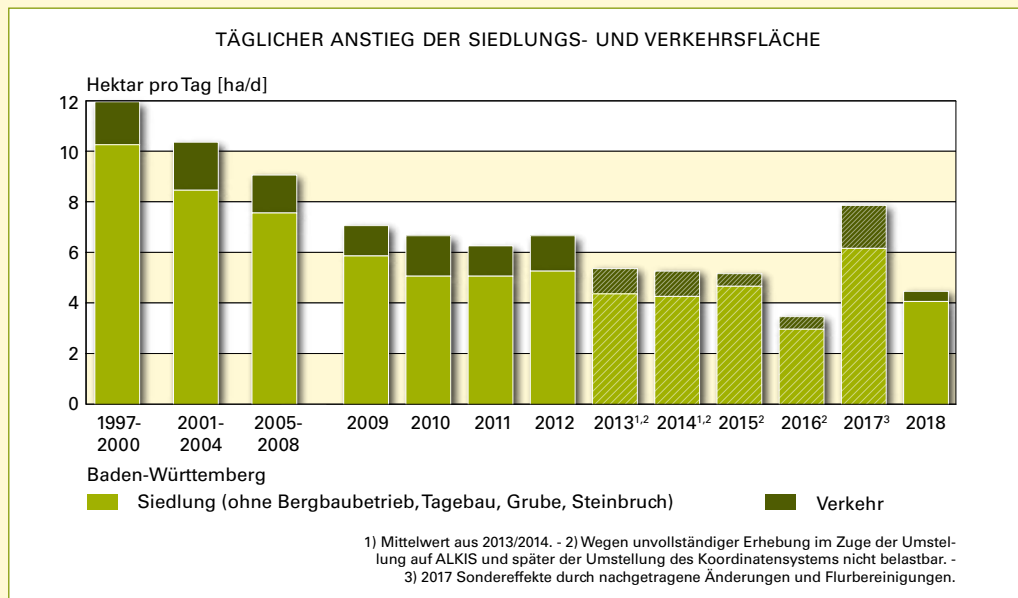
brauchs. Die Inanspruchnahme neuer Flächen induziert daher auch Entwicklungen, die über die in Anspruch genommenen Flächen hinausgehen. Baden-Württemberg strebt eine bedarfsgerechte Flächenausweisung und effiziente Flächennutzung an. Vor einer Neuausweisung soll vorrangig der Innenbereich, der Flächen innerhalb bestehender Siedlungs- und Verkehrsfläche bezeichnet, entwickelt werden.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche

an der Landesfläche Baden-Württembergs betrug 2018 14,6 %. Im Jahr 2018 wurde täglich eine Fläche von 4,5 Hektar neu in Anspruch genommen. Dies entspricht etwa 6,5 Fußballfeldern (70 mal 100 Meter).

Bei einer längerfristigen Betrachtung ist die Flächenneuinanspruchnahme insgesamt rückläufig. Im Jahr 2018 entfielen von den 4,5 Hektar pro Tag neu in Anspruch genommener Fläche 4,1 Hektar pro Tag auf Flächen für Siedlung und nur 0,4 Hektar pro Tag auf Flächen für Verkehr.



Häusliche Abfälle



DEFINITION

Häusliche Abfälle bestehen aus verschiedenen Fraktionen. Für den Indikator werden das Aufkommen von Haus- und Sperrmüll, der Anteil der getrennt erfassten Wertstofffraktionen (zum Beispiel Verpackungen, Glas oder Papier) sowie die Abfälle aus der Biotonne berücksichtigt. Die Darstellung erfolgt in Kilogramm pro Einwohnerin und Einwohner (kg/EW) und Jahr. Die im Rahmen des Zensus 2011 erhobene Bevölkerungszahl für Baden-Württemberg liegt um etwa 2,5 Prozent (%) niedriger als die auf Basis der Volkszählung von 1987 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen. Dadurch entsteht auch in der Darstellung des einwohnerbezogenen Indikators im Jahr 2011 ein Sprung.

BESCHREIBUNG

Der Verbrauch natürlicher Ressourcen ist ein globales Problem mit regionalen Ursachen, die von jedem Einzelnen unmittelbar beeinflusst werden können. Mit der Herstellung und der Verteilung von Produkten werden immer auch Rohstoffe wie Erdöl und Metalle sowie Energie verbraucht. Die Ressourcen unseres Planeten sind jedoch nicht unerschöpflich vorhanden, sodass für eine langfristig sichere Energie- und Rohstoffversorgung auf eine Optimierung der Stoffkreisläufe nicht verzichtet werden kann.

Neben der Vermeidung von Abfällen kommt damit der Rückführung von Rohstoffen in den Wirtschaftskreislauf – zum Beispiel durch Recycling – eine vorrangige Rolle zu.

Der Umbau der baden-württembergischen Abfallwirtschaft zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft erfordert, dass wertstoffhaltige Abfälle zunehmend separat erfasst und einer hochwertigen Verwertung zugeführt werden.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Seit über 20 Jahren stagniert die gesamte Pro-Kopf-Menge von Haus- und Sperrmüll sowie Wertstoffen aus Haushalten und Abfällen aus der Biotonne nahezu unverändert bei etwa 350 kg/EW.

TRENDBEWERTUNG


LEITSATZ
KONSUMSTILE

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... verantwortungsbewusste
Konsumstile und fairen Handel
zu fördern.

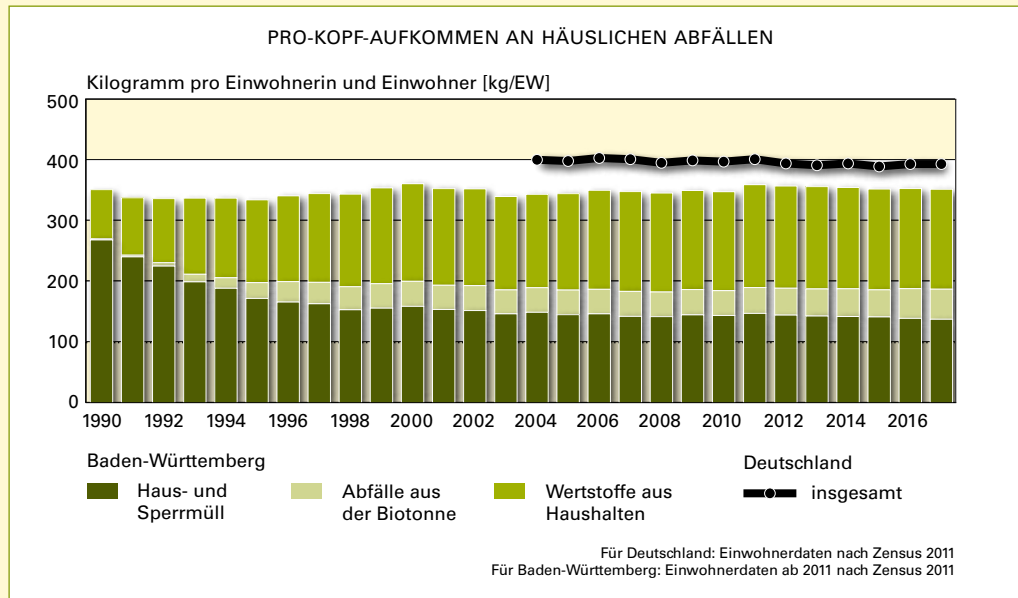
SDG-ZUORDNUNG



Das zeigt, dass das Bestreben, Abfall schon vor der Entstehung zu vermeiden, bis jetzt noch zu keiner nennenswerten Reduktion der Abfälle aus Haushalten geführt hat.

Im Zuge der zunehmenden Getrenntsammlung von häuslichen Bioabfällen nahm das Haus und Sperrmüllaufkommen in Baden-Württemberg seit 2011 von 148 kg/EW auf 139 kg/EW im Jahr 2017 ab. Im Jahr 2017 boten 36 der 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg ihren Bürgerinnen und

Bürgern flächendeckend eine Biotonne oder Biobeutel zur getrennten Sammlung von Bioabfällen an. Durch die flächendeckende Einführung der Biotonne und die Erhöhung des Anschlussgrades soll das Bioabfallaufkommen auf 60 kg/EW im Jahr 2020 gesteigert werden. Mit rund 50 kg/EW liegt die erfasste Menge von Abfällen aus der Biotonne im Jahr 2017 zwar noch unter dem angestrebten Ziel, konnte gegenüber rund 45 kg/EW im Jahr 2015 aber schon deutlich gesteigert werden.



Ökologischer Landbau



DEFINITION

Angegeben wird der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Baden-Württembergs in Prozent (%). Grundlage hierfür ist die EG-Öko-Basisverordnung („Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen“).

BESCHREIBUNG

Der ökologische Landbau steht für eine nachhaltige und besonders umweltfreundliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Der Verzicht auf schnell wirkende Mineraldüngung und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel schont Boden und Gewässer und fördert die Artenvielfalt. In der Tierhaltung wird auf die artgerechte Haltung und den ökologischen Anbau des Futters – in der Regel auf betriebseigenen Flächen – Wert gelegt. Ziel ist ein möglichst geschlossener Nährstoffkreislauf durch Nutzung eigener Ressourcen sowie eine an den jeweiligen Standort angepasste Landbewirtschaftung.

TRENDBEWERTUNG



ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

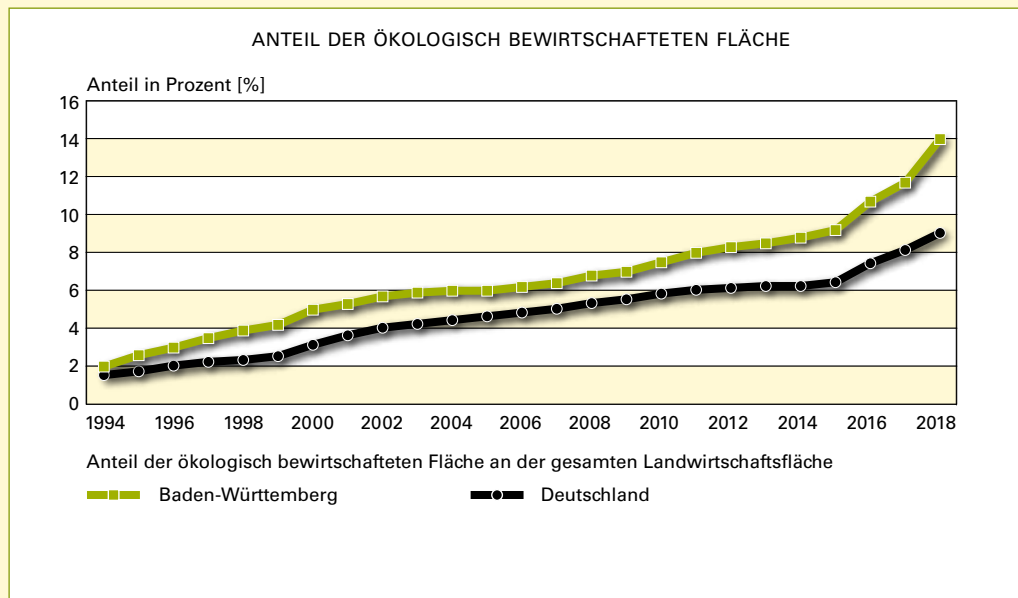
Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlichen Fläche insgesamt stieg seit 1994 stetig an. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2018 rund 198 000 Hektar landwirtschaftliche Fläche ökologisch bewirtschaftet. Dies entspricht

einem Anteil von 14,0 %. Es wirtschaften 9290 landwirtschaftliche und Streuobst-Betriebe ökologisch. Damit sind 10,8 % der landwirtschaftlichen Betriebe im Land Ökobetriebe. Auch die Anzahl öko-zertifizierter Betriebe in Verarbeitung und Handel steigt weiter an.

LEITSATZ KONSUMSTILE

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... verantwortungsbewusste
Konsumstile und fairen Handel
zu fördern.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Länderinitiative Kernindikatoren



Teilhabe und Gutes Leben

6. WANDEL DER WIRTSCHAFT

- 6.1 Bruttoinlandsprodukt
- 6.2 Investitionen
- 6.3 Eigenkapital
- 6.4 Unternehmensinsolvenzen
- 6.5 Erwerbstätigkeit
- 6.6 Atypische Beschäftigung

7. TEILHABE UND CHANCEN

- 7.1 Armutsgefährdung
- 7.2 Einkommensreichtum
- 7.3 Privatinsolvenzen
- 7.4 Verdienstabstand zwischen
Frauen und Männern
- 7.5 Frauen in Führungspositionen
- 7.6 Frauen in politischen
Vertretungen

8. GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT

- 8.1 Erwerbstätigkeit nach
Migrationsstatus
- 8.2 Inklusion am Arbeitsplatz
- 8.3 Inklusion von Schülerinnen und Schülern

9. GESUNDHEITSFÖRDERLICHE LEBENSWELT

- 9.1 Arztversorgung
- 9.2 Stickstoffdioxidbelastung im städtischen
Hintergrund
- 9.3 Lärmbelastung
- 9.4 Übergewicht
- 9.5 Raucherquote
- 9.6 Vorzeitige Sterblichkeit

10. SICHERHEIT

- 10.1 Straftaten
- 10.2 Verunglückte im Straßenverkehr

Bruttoinlandsprodukt



DEFINITION

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst den Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode. Die Waren und Dienstleistungen können in jeweiligen Preisen, also in Preisen des jeweiligen Berichtsjahres, oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen ausgewiesen werden. Die Preisbereinigung erfolgt auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Wird das BIP auf Einwohnerinnen und Einwohner bezogen, können unterschiedlich große Volkswirtschaften hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft verglichen werden. Hier ist das BIP pro Einwohnerin und Einwohner als Index mit dem Referenzjahr 2010 = 100 Prozent (%) dargestellt.

BESCHREIBUNG

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gilt als wichtiger Indikator zur Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und gibt Aufschluss über Konjunktur und Wirtschaftswachstum.

Ausreichendes Wirtschaftswachstum kann Strukturwandel ermöglichen, Beschäftigung sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Es kann die Sozialsysteme vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft und der anzustrebenden Generationengerechtigkeit stabilisieren. Andererseits kann Wirtschaftswachstum auch mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt wie zunehmenden Energie-, Rohstoff- und Flächenverbrauch verbunden sein (Wachstumsdebatte).

Ziel ist deshalb ein stetiges aber angemessenes Wachstum des BIP sowie eine weitere Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung.

Zwischen der Entwicklung des BIP und anderen Nachhaltigkeitsindikatoren gibt es vielfältige Beziehungen. So spielen soziale Faktoren wie das Arbeitskräfteangebot oder das Bildungssystem ebenfalls eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung.

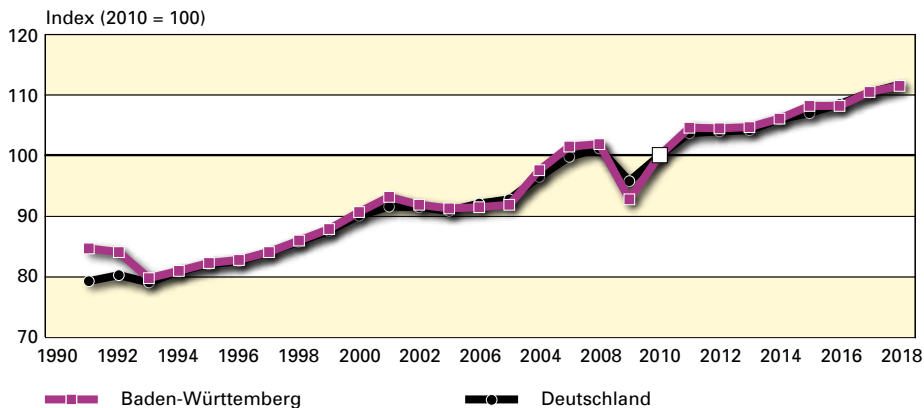
ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Das BIP je Einwohnerin und Einwohner ist in Baden-Württemberg von 1991 bis 2018 preisbereinigt um 32 % angestiegen. In diesen Zeitraum fällt auch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, durch die das BIP im Jahr 2009 um 9,1 % im Vergleich zum Vorjahr sank. Danach erholte sich die wirtschaftliche Leistung im Land mit kräftigen Wachstumsraten. In den letzten fünf Jahren erreichte das BIP ein durchschnittliches Wachstum von 2,1 % und lag im Jahr 2018 mit 1,5 % im un-

teren Bereich dieser Spanne. Dabei folgt der Verlauf des BIP in Baden-Württemberg dem auf Bundesebene. Im Schnitt erwirtschaftete die Bevölkerung in Baden-Württemberg 2018 ein nominales BIP von 46.279 Euro je Einwohnerin und Einwohner und liegt damit deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 40.851 Euro.

Vor dem Hintergrund der Wachstumsdebatte wird auf eine Trendbewertung des Indikators verzichtet.

BRUTTOINLANDSPRODUKT – PREISBEREINIGT, VERKETTET, PRO KOPF



Datenquelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistisches Bundesamt

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

WANDEL DER WIRTSCHAFT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt...

... den Wandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der Anpassungsfähigkeit voranzutreiben.

SDG-ZUORDNUNG



Investitionen



DEFINITION

Die Investitionsquote wird berechnet als Quotient aus den Bruttoanlageinvestitionen und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Prozent (%). Sie gibt an, welcher Teil der aggregierten Produktionsleistung dem Anlagevermögen zufließt und damit dem Erhalt oder Ausbau des Produktionspotenzials.

Die Investitionsquote misst somit die ökonomische Nachhaltigkeit einer Volkswirtschaft. Bruttoanlageinvestitionen setzen sich aus dem Erwerb neuer Anlagen und dem Saldo aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen zusammen. Die neuen Anlagen gliedern sich in Ausrüstungen wie zum Beispiel maschinelle Anlagen oder Fahrzeuge, sonstige Anlagen, zum Beispiel Investitionen in geistiges Eigentum und Bauten.

BESCHREIBUNG

Investitionen sind von besonderer Bedeutung für das nachhaltige Wirtschaftswachstum eines Landes. Sie sorgen für Erhalt, Modernisierung und Ausbau von Produktionskapazitäten, sichern die künftige Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und ermöglichen Wirtschaftswachstum und Folgeinvestitionen. Insbesondere durch Investitionen in neue Ausrüstungen und geistiges Eigentum können Innovationen realisiert und somit Märkte und Arbeitsplätze gesichert werden. Werden Investitionen ins Verhältnis zum BIP gesetzt, können unterschiedliche Wirtschaftsstandorte verglichen werden. Eine hohe Investitionsquote gilt als Indiz für technologischen Fortschritt, eine niedrige führt zu Investitionsstaus.

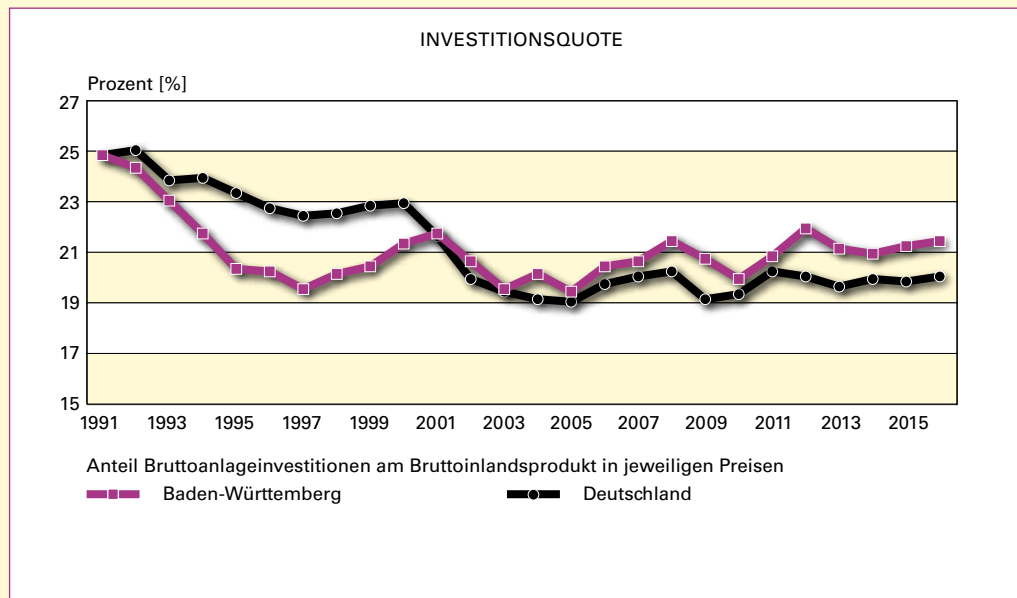
Investitionen bringen positive wie negative Umweltwirkungen mit sich. So kann zum Beispiel durch neue Produktionstechniken eine Steigerung der Rohstoff- und Energieproduktivität erreicht werden, durch Baumaßnahmen aber auch zusätzlicher Flächenverbrauch entstehen.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2016 lag die Investitionsquote in Baden-Württemberg bei 21,5 %. Anfang der 1990er Jahre lag diese noch bei über 24 %. Der stetige Rückgang bis Mitte der 1990er Jahre dürfte hauptsächlich auf die rückläufigen Bauinvestitionen zurückzuführen sein, die sich nach dem Bauboom Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre wieder zu normalisieren begannen. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt die Investitionsquote in Baden-Württemberg zwischen 19 % und

22 % bei leicht ansteigendem Trend in den letzten zehn Jahren. Dass die Investitionen im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 nicht stärker zurückgingen, ist den Konjunkturprogrammen zur Förderung der Binnenwirtschaft zu verdanken.

Die Investitionsquote in Baden-Württemberg lag im Schnitt der Jahre 2001 bis 2016 mit 20,8 % über der Investitionsquote Deutschlands (19,9 %). Dies war zuvor noch deutlich umgekehrt.



Datenquelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistisches Bundesamt

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

WANDEL DER WIRTSCHAFT

Nachhaltig handeln in Baden-Württemberg heißt ...

... den Wandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der Anpassungsfähigkeit voranzutreiben.

SDG-ZUORDNUNG



Eigenkapital



DEFINITION

Mit dem Indikator wird das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital in Prozent (%) der Bilanzsumme von nichtfinanziellen Unternehmen abgebildet. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, deren Hauptfunktion in der Produktion von marktbestimmten Waren und in der Erbringung von nichtfinanziellen Dienstleistungen besteht. Betrachtet werden alle Rechtsformen. Die Angaben stammen aus dem Jahresabschlussdatenpool der Deutschen Bundesbank.

BESCHREIBUNG

Der Statusindikator Eigenkapital bildet die Finanzstruktur der Unternehmen ab. Eine gesunde Finanzstruktur ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg.

Besonders nachhaltig wirtschaftende Unternehmen haben in der Regel einen großen Anteil an Eigenkapital. Das Risiko einer Insolvenz ist damit vergleichsweise niedriger, weil Unternehmen mit einem hohen Eigenkapitalanteil einen geringeren Kapitaldienst benötigen, sollten sie gegebenenfalls temporär Verluste erwirtschaften. Da Eigenkapitalgebende stark an Erhalt und Erfolg des Unternehmens interessiert sind, steht Unternehmen Eigenkapital praktisch zeitlich unbegrenzt zur Verfügung, während Fremdkapitalgebende Zinsen und Geld zurückfordern können.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

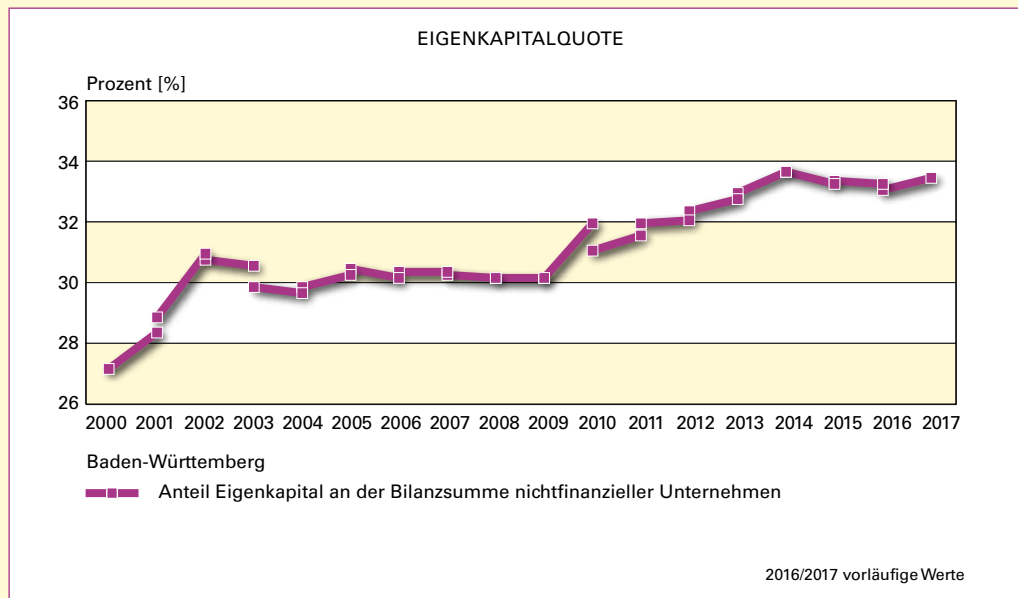
Da die Vorlage der Jahresabschlüsse an die Deutsche Bundesbank freiwillig ist und die Abschlüsse aus verschiedenen Quellen stammen, ist die Datengrundlage in jedem Jahr leicht anders. Es werden daher für die Jahre 2000 bis 2016 jeweils zwei Werte angegeben.

TRENDBEWERTUNG



Der erste Wert beschreibt jeweils den gewogenen Durchschnitt derjenigen Unternehmen, für die auch im Vorjahr Jahresabschlüsse verfügbar waren, der zweite Wert bezieht sich auf diejenigen Unternehmen, für die auch im folgenden Jahr Abschlüsse vorliegen (sogenannte vergleichbare Kreise). Tendenzen im Zeitverlauf sind aber deutlich erkennbar.

Die Eigenkapitalquote der Unternehmen in Baden-Württemberg lag im Jahr 2017 bei 33,5 % und damit um mehr als 6 Prozentpunkte höher als im Jahr 2000 (27,2 %), wobei der Anstieg im Zeitverlauf bei kleinen Unternehmen besonders stark war. Gleichwohl haben größere Unternehmen weiterhin durchschnittlich eine höhere Eigenkapitalquote.



Datenquelle: Deutsche Bundesbank

LEITSATZ

WANDEL DER WIRTSCHAFT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... den Wandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der Anpassungsfähigkeit voranzutreiben.

SDG-ZUORDNUNG



Unternehmensinsolvenzen



DEFINITION

Der Indikator erfasst die Anzahl an Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg und die Anzahl unmittelbar davon betroffener Beschäftigter.

BESCHREIBUNG

Unternehmensinsolvenzen können beispielsweise durch ein nicht (mehr) tragfähiges Geschäftsmodell oder durch Zahlungsausfälle bei der Kundschaft eintreten, aber auch durch Managementfehler ausgelöst werden. Die Folge sind Forderungen, die das Unternehmen nicht begleichen kann. Regelmäßig droht auch den Beschäftigten des Unternehmens der Verlust ihres Arbeitsplatzes, wenn dieses nicht saniert werden kann.

Ein Insolvenzverfahren kann nur auf Antrag eröffnet werden. Antragsberechtigt sind Gläubiger und Schuldner. Gründe für die Verfahrenseröffnung können Zahlungsunfähigkeit oder drohende Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens sowie dessen Überschuldung sein. Für manche Unternehmen ist die Geschäftsführung bei Eintritt von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung zur Stellung eines Insolvenzantrags verpflichtet. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens wird mangels Masse abgewiesen, wenn das Vermögen der Schuldenden voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken.

TRENDBEWERTUNG



ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Mit insgesamt 1902 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2017 stieg die Zahl an Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr zwar um fast 14 Prozent (%) an, blieb aber dennoch auf niedrigem Niveau. Eröffnet wurden 1221 Insolvenzverfahren, 681 wurden mangels Masse abgewiesen. Insgesamt waren 13 614 Arbeitsplätze von der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebenden gefährdet, 37 % mehr als im Vorjahr. Werden, wie im Jahr 2012, Insolvenzanträge von großen Unterneh-

men gestellt, die in beschäftigungsintensiven Branchen tätig sind, dominieren diese das Landesergebnis. Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen nahmen 2017 im Vergleich zum Vorjahr um knapp 49 % zu und lagen bei rund 1,8 Milliarden Euro, was etwa 953.000 Euro je Fall entspricht. 17,7 % der insolventen Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, 16,2 % im Bereich Baugewerbe und 12 % im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes.

LEITSATZ

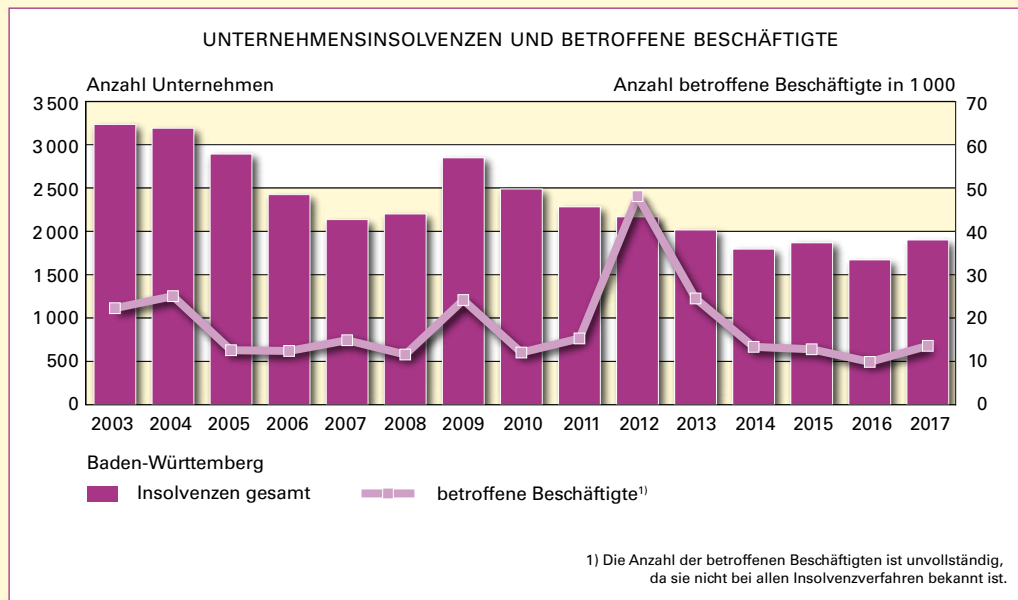
WANDEL DER WIRTSCHAFT

Nachhaltig handeln

in Baden-Württemberg heißt ...

... den Wandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der Anpassungsfähigkeit voranzutreiben.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Insolvenzstatistik)

Erwerbstätigkeit



DEFINITION

Der Indikator bildet, bezogen auf die Bevölkerung in Privathaushalten, den Anteil der Erwerbstätigen für verschiedene Altersgruppen in Prozent (%) ab. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt gearbeitet haben oder einer auf Bezahlung ausgerichteten Tätigkeit nachgegangen sind. Dazu zählen auch Personen, die aufgrund von Urlaub, Krankheit, Mutterschutz, Elternzeit oder anderem vorübergehend nicht gearbeitet haben. Die Erwerbstätigenquote gibt keine Auskunft über die Zahl geleisteter Arbeitsstunden, da zwischen geringfügiger Erwerbstätigkeit, Teilzeit- und Vollzeit-Erwerbstätigkeit nicht unterschieden wird.

BESCHREIBUNG

Der Anteil Älterer an der Bevölkerung nimmt auch in Baden-Württemberg infolge des demographischen Wandels zu. Langfristig führt dies dazu, dass Arbeitskräfte, insbesondere Fachkräfte, knapp werden. Ebenso hat dies auch Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, denen eine Unterfinanzierung droht. Für einzelne bedeutet Erwerbstätigkeit in der Regel Schutz vor Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Daher ist es erforderlich, das vorhandene Arbeitskraftpotenzial künftig besser auszuschöpfen.

Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (20- bis unter 65-Jährige) bis zum Jahr 2030 auf 78 % zu erhöhen und die Erwerbstätigenquote der Älteren (60- bis unter 65-Jährige) auf 60 % zu steigern.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

In Baden-Württemberg stieg die Erwerbstätigenquote der 20- bis unter 65-Jährigen von 74,9 % im Jahr 2005 auf 81,9 % im Jahr 2017 an, sodass der Zielwert der Bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie von 78 % im Land bereits erreicht ist.

TRENDBEWERTUNG



Die Erwerbstätigenquote der Frauen ist seit 2005 deutlich stärker angestiegen als die der Männer. Der geschlechtsspezifische Unterschied ist im Jahr 2017 auf unter 10 Prozentpunkte gesunken, trotzdem sind Frauen weiterhin seltener erwerbstätig. Dabei ging der starke Anstieg der Quote der Frauen mit einer deutlichen Zunahme der Teilzeiterwerbstätigung einher, während die Zahl der vollzeiterwerbstätigen Frauen nur wenig zunahm.

Die Menschen bleiben mittlerweile länger erwerbstätig. Die Quote der 60- bis unter 65-Jährigen ist von 33,7 % im Jahr 2005 auf 63,8 % im Jahr 2017 angestiegen und hat sich damit fast verdoppelt. Auch in dieser Altersgruppe nahm der Anteil erwerbstätiger Frauen stärker zu als der der Männer. Ebenfalls seit 2005 verdoppelt hat sich die Quote in der Gruppe der 65- bis unter 70-Jährigen.

LEITSATZ

WANDEL DER WIRTSCHAFT

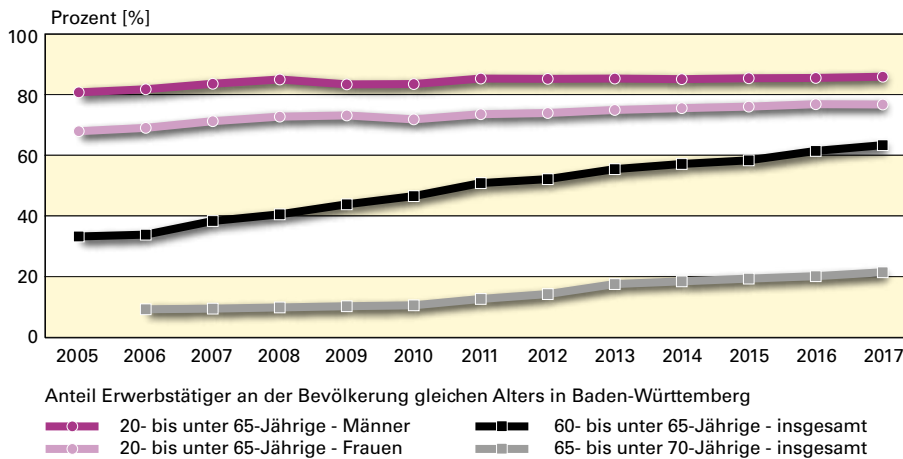
Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... den Wandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der Anpassungsfähigkeit voranzutreiben.

SDG-ZUORDNUNG



ERWERBSTÄTIGENQUOTE



Wegen methodischer Änderungen 2012 und 2016 jeweils eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren

Atypische Beschäftigung



DEFINITION

Zu den atypisch Beschäftigten zählen befristet Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Zeitarbeitende. Normalarbeitnehmende, die im Nebenjob noch einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, zählen nicht zum Personenkreis der atypisch Beschäftigten. Ausgewiesen wird für die Bevölkerung in Privathaushalten der Anteil der atypisch Beschäftigten an den Kernerwerbstätigen in Prozent (%). Kernerwerbstätige sind Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die sich nicht in Bildung, Ausbildung oder einem Freiwilligendienst befinden.

BESCHREIBUNG

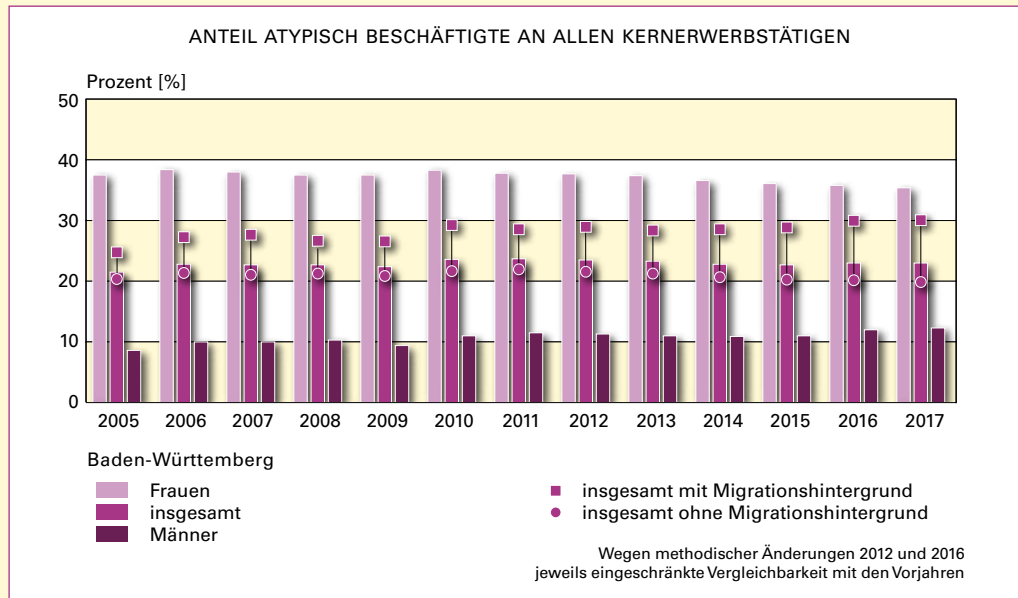
Im Gegensatz zu einem Normalarbeitsverhältnis, das in der Regel darauf ausgerichtet ist, den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen voll zu finanzieren, erfüllen viele atypische Beschäftigungsformen diesen Anspruch nur bedingt. Atypische Beschäftigungsformen sind jedoch nicht durchgängig mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen. Prekäre Beschäftigung zeichnet sich durch ein erhöhtes Armutsrisiko des Beschäftigten aus, welches zusätzlich von der persönlichen Berufsbiografie und dem persönlichen Haushaltskontext abhängig ist. Die hier angesprochenen Formen atypischer Beschäftigung können jedoch Personen eine Berufstätigkeit ermöglichen, die aus persönlichen oder sonstigen Gründen keinem Normalarbeitsverhältnis nachgehen können oder wollen und somit beschäftigungslos wären. Auch bietet die atypische Beschäftigung als solche Unternehmen eine Möglichkeit, auf vorübergehend hohen Auftrags- eingang flexibel zu reagieren.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Der Anteil atypisch Beschäftigter an den Kernerwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren betrug 2017 in Baden-Württemberg 23,0 % und lag somit gut 2 Prozentpunkte über dem deutschlandweiten Wert (20,8 %). Seit 2005 hat sich der Anteil atypisch Beschäftigter insgesamt kaum verändert. Bei Frauen ist der Anteil atypisch Beschäftigter rückläufig, liegt aber mit 35,4 % immer noch fast dreimal so hoch wie bei den Männern.

Mit 30,2 % ist der Anteil atypisch Beschäftigter mit Migrationshintergrund ebenfalls vergleichsweise hoch. Bei dieser Gruppe ist insgesamt ein leicht steigender Trend zu beobachten.

Mit 14,8 % stellten die Teilzeitbeschäftigten im Jahr 2017 den größten Anteil der atypisch Beschäftigten an den Kernerwerbstätigen in Baden-Württemberg, mit 7,0 % folgten darauf die befristet Beschäftigten, 6,3 % sind geringfügig beschäftigt.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Mikrozensus)

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

WANDEL DER WIRTSCHAFT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Wandel der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Stärkung der Anpassungsfähigkeit voranzutreiben.

SDG-ZUORDNUNG



Armutsgefährdung



DEFINITION

Als armutsgefährdet gelten Personen, die über weniger als 60 Prozent (%) des mittleren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung verfügen. Das Äquivalenzeinkommen wird benutzt, um Einkommen von allein lebenden Personen mit jenen, die in Hausgemeinschaften wohnen, zu vergleichen. Dafür wird das Gesamteinkommen des Haushalts berechnet und nach einer EU-weiten, standardisierten Skala gewichtet. So werden unterschiedliche Haushaltsstrukturen und Einspareffekte berücksichtigt, die durch das Zusammenleben entstehen, wie zum Beispiel beim Energieverbrauch. Das mittlere Äquivalenzeinkommen ist hier als Median zu verstehen, das heißt die Hälfte der Einkommen liegt unter diesem Wert, die andere Hälfte darüber.

BESCHREIBUNG

Armutsgefährdet ist, wer im Vergleich zur übrigen Bevölkerung so geringe Mittel zur Verfügung hat, dass er am gesellschaftlichen Leben nur sehr begrenzt teilhaben kann. Für Kinder und Jugendliche kann das Aufwachsen unter solchen Bedingungen zu schlechten Schul- und Ausbildungsergebnissen führen. Dies wiederum erhöht das Risiko künftiger Arbeitslosigkeit und Armut. Damit schränkt relative Armut nicht nur die persönliche Lebensqualität ein, sondern führt auch zu weniger aktiver Mitwirkung in der Gesellschaft, zu höheren Sozialausgaben und verringert auf Dauer das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2017 waren 15,5 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg von Armut bedroht. Das entspricht in etwa dem bundesweiten Niveau von 15,8 %. Der Anteil armutsgefährdeter Personen steigt bundesweit und in Baden-Württemberg seit 2007 leicht aber stetig an. Nicht alle Teile der Bevölkerung sind gleichermaßen von Armut bedroht. So liegt das Armutsrisiko für Frauen leicht über dem von Männern. Auch die Herkunft spielt beim Armutsrisiko eine Rolle.

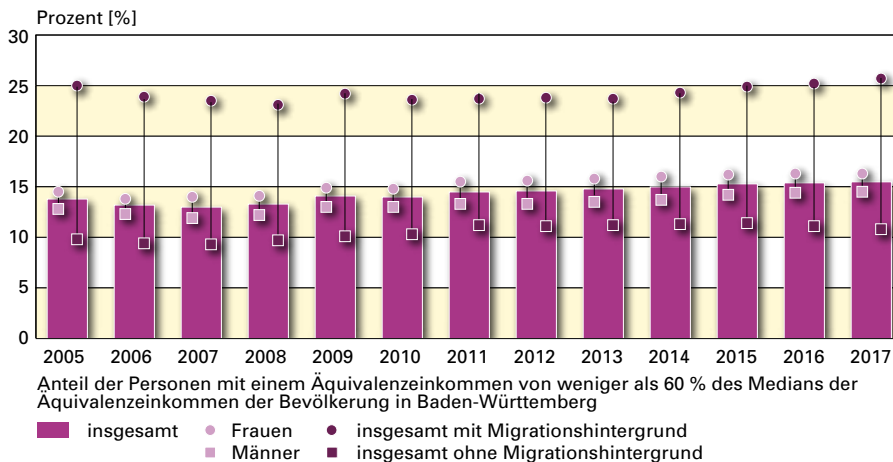
TRENDBEWERTUNG



Mit 25,8 % waren im Jahr 2017 Menschen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so stark von Armut bedroht wie Menschen ohne Migrationshintergrund (10,9 %).

Noch stärker beeinflusst der Bildungsabschluss die Armutsgefährdung: In Haushalten, in denen der Haupteinkommensbezieher ein niedriges Qualifikationsniveau aufweist, lag das Armutsrisiko 2017 bei 38,5 % und damit deutlich über dem der Hochqualifizierten (5,7 %).

ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE GEMESSEN AM LANDESMEDIAN



Wegen methodischer Änderungen 2012 und 2016 jeweils eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Mikrozensus)

LEITSATZ

TEILHABE UND CHANCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... allen Menschen im Land eine faire und gleiche Teilhabe sowie gleiche Chancen in der Gesellschaft zu eröffnen und den Anteil der Menschen in Armut zu reduzieren.

SDG-ZUORDNUNG



Einkommensreichtum



DEFINITION

Die Einkommensreichumsquote stellt den Anteil der Personen dar, die über ein Einkommen von mehr als 200 Prozent (%) des mittleren Äquivalenzeinkommens verfügen. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes und nach einer Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-Skala) gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Dabei werden unterschiedliche Haushaltsstrukturen und Einspareffekte berücksichtigt, die durch das Zusammenleben entstehen, zum Beispiel durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen. Das mittlere Äquivalenzeinkommen ist hier als Median zu verstehen, das heißt die Hälfte der Einkommen liegt unter diesem Wert, die andere Hälfte darüber.

BESCHREIBUNG

Anhand der Einkommensreichumsquote wird der Anteil der Bevölkerung mit einem relativ hohen Einkommen sichtbar. Als einkommensreich gilt, wer über ein mehr als doppelt so hohes Einkommen wie das durchschnittliche Einkommen in Baden-Württemberg verfügt. Wie auch bei der Armutsgefährdungsquote beziehen sich die Daten lediglich auf (laufendes) monetäres Einkommen. Auf vorhandene Vermögenswerte (Geld, Sachvermögen) wird kein Bezug genommen.

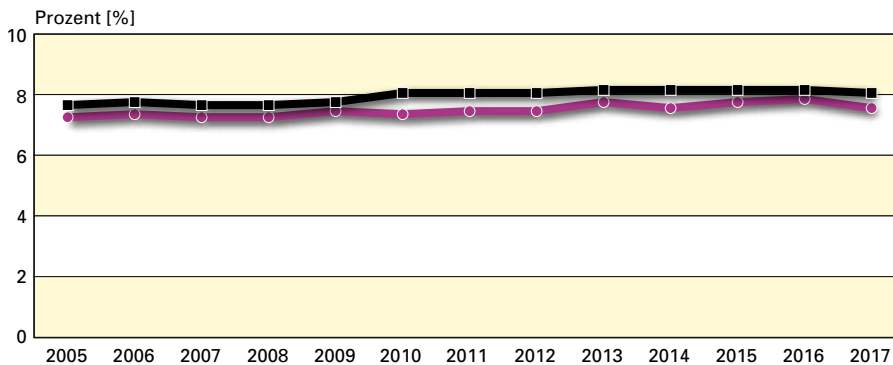
Bei gemeinsamer Betrachtung von Armutsgefährdungs- und Einkommensreichumsquote kann die Schere zwischen Arm und Reich als ein Gradmesser für die Ungleichheit in der Einkommensverteilung dienen. Durch das Setzen entsprechender Rahmenbedingungen (zum Beispiel Steuern und Sozialleistungen) soll erreicht werden, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich nicht weiter verbreitert.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

In Baden-Württemberg galten im Jahr 2017 7,6 % der Bevölkerung als vergleichsweise einkommensreich. Die Einkommensreichumsquote war seit 2005 geringen Schwankungen unterworfen und lag 2017 auf einem leicht höheren Niveau als 2005 (7,3 %). Damit folgt Baden-Württemberg dem Trend der bundesweiten Einkommensreichumsquote. Diese liegt insgesamt etwas höher als in Baden-Württemberg, mit 8,1 % im Jahr 2017 um 0,5 Prozentpunkte.

Legt man für die Einkommen in Baden-Württemberg allerdings das bundesweite mittlere Äquivalenzeinkommen zugrunde, haben 10,2 % der Menschen in Baden-Württemberg im Jahr 2017 mehr als das Doppelte des bundesdurchschnittlichen Einkommens zur Verfügung.

EINKOMMENSREICHTUMSQUOTE



Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der jeweiligen Bevölkerung

■ ■ ■ Baden-Württemberg (gemessen am Landesmedian) ● ● ● Deutschland

Wegen methodischer Änderungen 2012 und 2016 jeweils eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

TEILHABE UND CHANCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... allen Menschen im Land eine faire und gleiche Teilhabe sowie gleiche Chancen in der Gesellschaft zu eröffnen und den Anteil der Menschen in Armut zu reduzieren.

SDG-ZUORDNUNG



Privatinsolvenzen



DEFINITION

Der Indikator erfasst alle beantragten Insolvenzen von Privatpersonen bezogen auf 10000 Einwohnerinnen und Einwohner. Zu den Privatinsolvenzverfahren zählen Verbraucherinsolvenzen, Nachlassinsolvenzen, Verfahren ehemals selbstständig Tätiger sowie Insolvenzen von natürlichen Personen als Gesellschafter.

BESCHREIBUNG

Überschuldung von Privatpersonen ist mehr als ein gesellschaftliches Randphänomen. Zu den häufigsten Ursachen gehören Arbeitslosigkeit, Schicksalsschläge, unwirtschaftliche Haushaltsführung, gescheiterte Selbstständigkeit oder ein längerfristiges Niedrigeinkommen.

Einmal in der Schuldenspirale gefangen, bleibt den Betroffenen eine selbstbestimmte Lebensgestaltung oft verwehrt. Auch für Gläubiger kann dies weitreichende Folgen haben. Ziel des Insolvenzverfahrens für Privatschuldende ist primär die bestmögliche Befriedigung der Gläubiger, aber auch die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Neubeginns über eine Restschuldbefreiung der Schuldnerinnen und Schuldner.

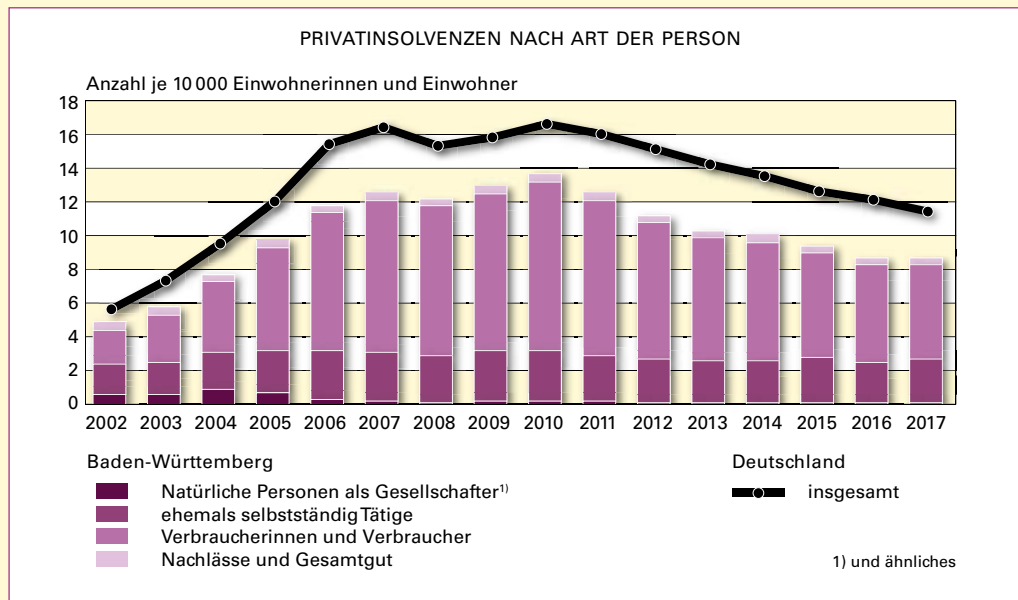
Der Indikator zeigt, wie häufig Privatpersonen, die in eine extreme finanzielle Notlage geraten sind, den Ausweg aus der Schuldenspirale suchen, und bildet damit einen Aspekt der materiellen Situation innerhalb der Gesellschaft ab.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2017 gab es in Baden-Württemberg insgesamt 8,7 Fälle von Privatinsolvenzen je 10000 Einwohnerinnen und Einwohner, davon 5,6 Fälle im Bereich der Verbraucher-

insolvenzen und 2,6 Fälle ehemals selbstständig Tätiger. Dies sind genauso viele Fälle wie im Vorjahr, die Privatinsolvenzen sind damit 2017 weiterhin auf dem niedrigsten Niveau seit 2004. Der Rückgang der Privatinsolvenzen seit dem Jahr 2010 beruht zum größten Teil auf zurückgehenden Verbraucherinsolvenzen. Weitaus weniger rückläufig waren die Fallzahlen der mit Hilfe der Schuldenberatungsstellen im außergerichtlichen Einigungsverfahren erzielten Vergleiche, die den Überschuldeten ein langwieriges gerichtliches Restschuldbefreiungsverfahren erspart haben. Die Entwicklung in den Jahren bis 2006 erklärt sich vor allem aus der Zunahme der Insolvenzverfahren nach Einführung und Novellierung der Insolvenzordnung 1999 beziehungsweise 2001. Mit der seit 2001 möglichen Stundung der Verfahrenskosten bis zur Restschuldbefreiung können auch mittellose Schuldende ein Insolvenzverfahren durchlaufen. Deutschlandweit waren im Jahr 2017 11,5 Personen je 10 000 Einwohnerin und Einwohner von einer privaten Insolvenz betroffen.

freiungsverfahren erspart haben. Die Entwicklung in den Jahren bis 2006 erklärt sich vor allem aus der Zunahme der Insolvenzverfahren nach Einführung und Novellierung der Insolvenzordnung 1999 beziehungsweise 2001. Mit der seit 2001 möglichen Stundung der Verfahrenskosten bis zur Restschuldbefreiung können auch mittellose Schuldende ein Insolvenzverfahren durchlaufen. Deutschlandweit waren im Jahr 2017 11,5 Personen je 10 000 Einwohnerin und Einwohner von einer privaten Insolvenz betroffen.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Insolvenzstatistik), Statistisches Bundesamt

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

TEILHABE UND CHANCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... allen Menschen im Land eine faire und gleiche Teilhabe sowie gleiche Chancen in der Gesellschaft zu eröffnen und den Anteil der Menschen in Armut zu reduzieren.

SDG-ZUORDNUNG



Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern



DEFINITION

Gezeigt wird der unbereinigte geschlechtsspezifische Verdienstunterschied, der sogenannte unadjusted Gender Pay Gap (GPG). Er verdeutlicht den Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttoverdienst der Frauen und dem der Männer, angegeben in Prozent (%) des durchschnittlichen Bruttoverdienstes der Männer. Unbereinigt bedeutet, dass Ursachen für unterschiedliche Entlohnungen wie Qualifikation, Tätigkeit, Teilzeitarbeitsverhältnisse oder unterschiedliche Erwerbsbiografien, nicht berücksichtigt werden. Es lässt sich somit keine Aussage zum Unterschied in den Verdiensten von weiblichen und männlichen Beschäftigten mit gleichem Beruf, Tätigkeit und Bildungsabschluss treffen. Für die Berechnung werden die Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) aller Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Mitarbeitenden einbezogen.

BESCHREIBUNG

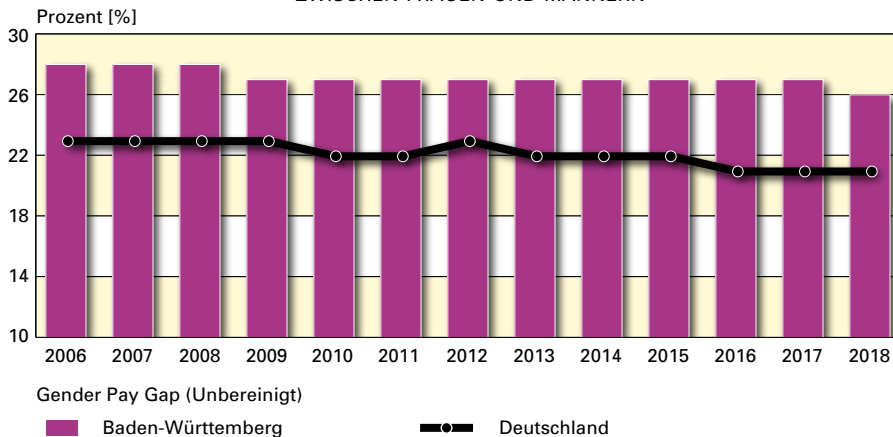
Unterschiede in den Löhnen von Frauen und Männern sind in modernen Erwerbsgesellschaften ein Zeichen für soziale Ungleichheit. Im unbereinigten Gender Pay Gap (GPG) schlagen sich nicht nur Unterschiede in der individuellen Entlohnung nieder, sondern auch die unterschiedliche Verteilung von Frauen und Männern auf Wirtschaftszweige, Tätigkeiten und Beschäftigungsgruppen. So sind Berufe, die überdurchschnittlich von Frauen gewählt werden, häufig geringer bezahlt. In höheren Positionen sind Frauen dagegen deutlich weniger vertreten als Männer. Auch reduzieren Frauen wegen Kinderbetreuung und Angehörigenpflege ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger als ihre männlichen Kollegen und sind häufiger teilzeit- oder geringfügig beschäftigt. Durch diese Faktoren können rund drei Viertel des unbereinigten GPG statistisch erklärt werden. Das verbleibende Viertel entspricht dem bereinigten Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern, also der geringeren Bezahlung von Frauen bei gleicher Qualifikation und geringeren Aufstiegsmöglichkeiten.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2018 lag der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in Baden-Württemberg bei 26 % und damit um einen Prozentpunkt niedriger als in den Vorjahren. Somit verdienten Frauen durchschnittlich mehr als ein Viertel weniger als Männer. Deutschlandweit lag der unbereinigte GPG bei 21 %, wobei die östlichen Bundesländer deutlich niedrigere Werte aufweisen als die westdeutschen. In Baden-Württemberg ist der unbereinigte, geschlechtsspezifische Verdienstunterschied

zwischen Männern und Frauen am höchsten. Der unbereinigte GPG hat sich sowohl in Baden-Württemberg als auch bundesweit seit über zehn Jahren kaum verändert. Verdienststrukturen ändern sich nur langsam und werden maßgeblich von Zu- und Abgängen beeinflusst, für das Gros der Beschäftigten ergibt sich auf kurze Sicht keine Veränderung ihrer beruflichen Situation. Beim bereinigten GPG zeigt sich auf Ebene der Bundesländer ein wesentlich einheitlicheres Bild, dieser lag im Jahr 2014 bundesweit bei 6 %.

UNTERSCHIED DER DURCHSCHNITTlichen BRUTTOSTUNDENVERDIENSTE
ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (fortgeschriebene Ergebnisse der Verdienststrukturerhebungen)

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

TEILHABE UND CHANCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... allen Menschen im Land eine
faire und gleiche Teilhabe sowie
gleiche Chancen in der Gesellschaft
zu eröffnen und den Anteil der
Menschen in Armut zu reduzieren.

SDG-ZUORDNUNG



Frauen in Führungspositionen



DEFINITION

Der Indikator zeigt den Anteil der Frauen an den Führungskräften in Prozent (%). Berücksichtigt wurden alle in Privathaushalten lebenden Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Die Führungskräfte wurden nach der von der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2010 veröffentlichten Klassifikation der Berufe abgegrenzt. Als Führungskräfte gelten fachlich zugeordnete Führungskräfte sowie die Geschäftsführung und Vorstände, Angehörige gesetzgebender Körperschaften sowie leitende Bedienstete von Interessenorganisationen. Führungskräfte sind nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Sie werden hier auf Basis einer Stichprobenerhebung, dem Mikrozensus, nachgewiesen. Bei kleinen Gruppen unterliegen die Anteile größeren Stichprobenbedingten Fehlern. Schwankungen im Zeitverlauf sollten hier nicht überinterpretiert werden.

BESCHREIBUNG

Nach Artikel 3 des Grundgesetzes sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Trotz gleicher Rechte unterscheidet sich jedoch weiterhin der Alltag von Frauen und Männern in Deutschland. In einigen Lebensbereichen sind Frauen und Männer bereits gleichgestellt, in anderen bestehen Unterschiede fort. Zur Überwindung der Unterschiede wurde das Organisations- und Politikkonzept Gender Mainstreaming zur aktiven Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern entwickelt. Gender Mainstreaming bedeutet, dass bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen sind. In allen Lebensbereichen sollen Bedingungen geschaffen werden, die es Frauen und Männern ermöglichen, gleichberechtigt miteinander zu leben.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Bereich der Führungspositionen in der baden-württembergischen Wirtschaft und Verwaltung ist der Grundsatz der Gleichberechtigung noch keine Realität.

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

TEILHABE UND CHANCEN

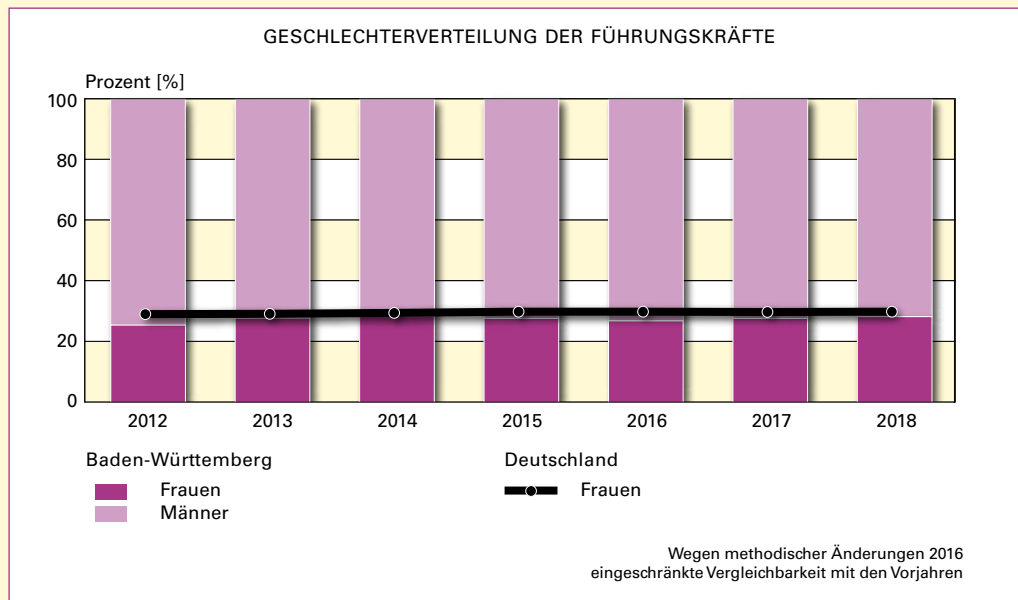
Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... allen Menschen im Land eine
faire und gleiche Teilhabe sowie
gleiche Chancen in der Gesellschaft
zu eröffnen und den Anteil der
Menschen in Armut zu reduzieren.

SDG-ZUORDNUNG



Von allen Erwerbstätigen im Jahr 2018 waren in Baden-Württemberg 5,2 % Führungskräfte. Frauen sind in den Chefetagen jedoch deutlich unterrepräsentiert. Obwohl 2018 rund die Hälfte aller Erwerbstätigen im Land weiblich war, lag der Frauenanteil unter den Führungskräften nur bei 28,3 %. Deutschlandweit lag der Anteil mit 30,2 % etwas höher. Weder deutschlandweit noch in Baden-Württemberg sind die Anteile in den letzten Jahren signifikant gestiegen.



Frauen in politischen Vertretungen



DEFINITION

Der Indikator stellt den prozentualen Anteil (%) der Frauen an den gewählten Mitgliedern in den Gemeinderäten Baden-Württembergs sowie an den gewählten Abgeordneten im Landtag Baden-Württemberg dar. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der seit 2001 alle fünf Jahre stattfindenden Wahlen.

Vor 2001 wurde in vierjährigem Turnus gewählt. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatstragenden und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücken zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben.

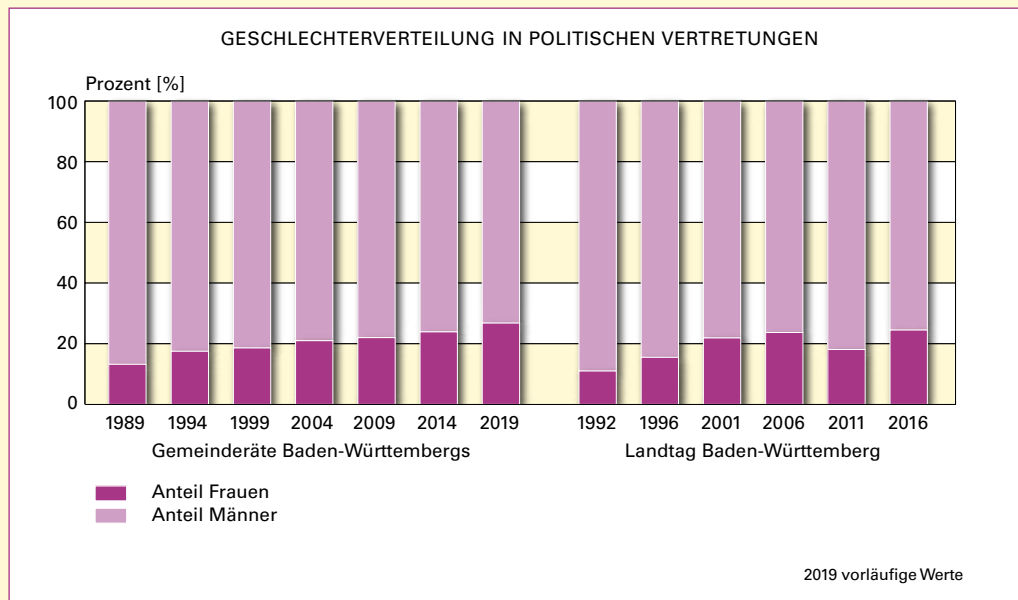
BESCHREIBUNG

Gemeinderat und Landtag sind politische Vertretungen von Bürgerinnen und Bürgern im Land. Anzustreben ist, dass deren Mitglieder das ganze Spektrum der Bürgerschaft abbilden. Denn nur so können die vielfältigen Interessen eingebracht und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Ein Indikator für die Chancengleichheit in einer Gesellschaft ist der Anteil von Frauen in politischen Vertretungen. Für eine gleichberechtigte Teilhabe sollte deren Anteil daher in etwa proportional zu ihrem Anteil an der Bevölkerung sein.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Sowohl bei den Gemeinderäten als auch im Landtag ist langfristig ein Trend zu einem höheren Frauenanteil zu erkennen. Während 1989 nur 13,2 % der Gemeinderatsmitglieder Frauen waren, ist ihr Anteil stetig gestiegen und lag im Jahr 2019 bei 26,8 %. Auch der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Landtag hat sich von 11 % im Jahr 1992 auf 24,5 % im Jahr 2016 mehr als verdoppelt. Unterbrochen wurde dieser Trend nur bei der Landtagswahl 2011.

Trotz des positiven Trends sind Frauen in beiden politischen Vertretungen noch deutlich unterrepräsentiert, denn ihr Anteil an der baden-württembergischen Bevölkerung lag 2016 bei 50,4 %. Mit einem Frauenanteil unter 25 % ist Baden-Württemberg unter den deutschen Landesparlamenten sogar Schlusslicht.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.
Für 2019 wird bei den Gemeinderatswahlen das vorläufige Ergebnis zugrunde gelegt.

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

TEILHABE UND CHANCEN

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... allen Menschen im Land eine
faire und gleiche Teilhabe sowie
gleiche Chancen in der Gesellschaft
zu eröffnen und den Anteil der
Menschen in Armut zu reduzieren.

SDG-ZUORDNUNG



Erwerbstätigkeit nach Migrationsstatus



DEFINITION

Der Indikator bildet, bezogen auf die Bevölkerung in Privathaushalten, den Anteil der Erwerbstätigen nach Migrationsstatus im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe in Prozent (%) ab. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt gearbeitet haben oder einer auf Bezahlung ausgerichteten Tätigkeit nachgegangen sind. Dazu zählen auch Personen, die vorübergehend nicht gearbeitet haben, etwa aufgrund von Urlaub, Krankheit, Mutterschutz oder Elternzeit. Die Erwerbstätigenquote gibt keine Auskunft über die Zahl geleisteter Arbeitsstunden, da zwischen geringfügiger Erwerbstätigkeit, Teilzeit- und Vollzeit-Erwerbstätigkeit nicht unterschieden wird. Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.

BESCHREIBUNG

Zu einer gelungenen Integration trägt eine stabile Verankerung auf dem Arbeitsmarkt deutlich bei. Eine Angleichung der Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund würde eine Angleichung der Teilhabe am Arbeitsmarkt anzeigen. Allerdings ist zu beachten, dass die berufliche Qualifikation von Menschen mit Migrationshintergrund oft niedriger ausfällt, zumindest gemessen an den formalen beruflichen Bildungsabschlüssen, als bei jenen ohne. 2017 hatten 28,5 % der 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund gegenüber nur 7,8 % derjenigen ohne Migrationshintergrund keinen Abschluss in einem Beruf oder an einer Hochschule. Der Indikator lässt keine Aussagen über die Verteilung der Gruppen in Branchen und Wirtschaftszweigen oder über konjunkturelle Einflüsse auf die Arbeitsplätze von unterschiedlich Qualifizierten zu.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Die Beteiligung am Erwerbsleben unterscheidet sich bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund signifikant. Bei Personen ohne Migrationshintergrund lag die Erwerbstätigenquote im Jahr 2017 bei 84,8 %, während sie bei den Zugewanderten und

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... gesellschaftliche und
kulturelle Vielfalt als Bereicherung
anzuerkennen, den interkultu-
rellen Dialog zu fördern und jeg-
lichen Formen von Ausgrenzung
effektiv entgegenzutreten.

SDG-ZUORDNUNG

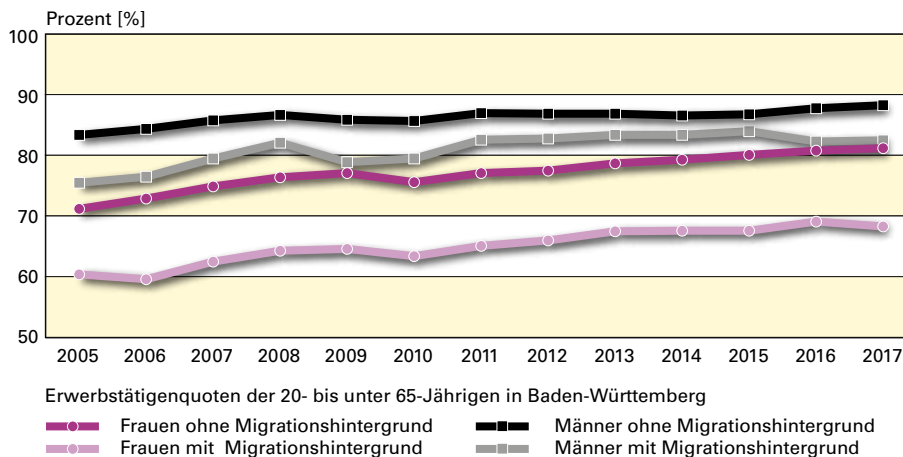


ihren Nachkommen bei 75,6 % lag. Der leichte Rückgang der Quote bei Männern mit Migrationshintergrund im Jahr 2016 und Frauen mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 ist durch die hohe Zuwanderung in diesen Jahren begründet. Gegenüber dem Jahr 2005 ist die Quote in beiden Gruppen etwa gleichstark gestiegen, somit hat sich der Abstand zwischen den Merkmalsgruppen 2017 gegenüber 2005 kaum verändert.

Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind die Geschlechtsunterschiede bei der

Erwerbsbeteiligung besonders stark ausgeprägt. Während 82,5 % der männlichen Bevölkerung mit Migrationshintergrund erwerbstätig waren, lag bei den Frauen derselben Personengruppe die Quote nur bei 68,3 %. Die insgesamt niedrigere Erwerbstätigenquote der Menschen mit Migrationshintergrund ist damit zu einem großen Teil auf die geringe Quote der Frauen zurückzuführen. Insgesamt konnten Frauen mit und ohne Migrationshintergrund mit jeweils gut 14 % jedoch die höchste Steigerung in der Erwerbstätigkeit seit 2005 verzeichnen.

ERWERBSTÄTIGENQUOTE NACH MIGRATIONSTATUS UND GESCHLECHT



Erwerbstätigenquoten der 20- bis unter 65-Jährigen in Baden-Württemberg

—○— Frauen ohne Migrationshintergrund
 —■— Männer ohne Migrationshintergrund
—○— Frauen mit Migrationshintergrund
 —■— Männer mit Migrationshintergrund

Wegen methodischer Änderungen 2012 und 2016 jeweils eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren

Inklusion am Arbeitsplatz



DEFINITION

Gemäß Sozialgesetzbuch (SGB IX) sind Menschen schwerbehindert, wenn ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt. Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber mindestens 30, die einen geeigneten Arbeitsplatz nicht finden oder nicht behalten können, sollen schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden. Arbeitgebende ab einer Größe von 20 Beschäftigten sind dazu verpflichtet, 5 Prozent (%) der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. Der Indikator gibt den Anteil der schwerbehinderten, gleichgestellten oder sonstig anrechnungsfähigen Personen gemessen an allen zu zählenden Arbeitsplätzen wieder. Daraus lässt sich nicht der Anteil der schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten ableiten.

BESCHREIBUNG

Inklusion bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gleichberechtigt in allen Lebensbereichen zusammenleben. Ein zentraler Lebensbereich ist das Arbeitsleben. Artikel 27 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, in dem das Recht auf Arbeit geregelt ist, verpflichtet die Vertragsstaaten daher zur Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes. Der Arbeitsmarkt für schwerbehinderte Menschen wird weniger durch die Konjunktur als vielmehr durch rechtliche Rahmenbedingungen und die demographische Entwicklung geprägt.

Häufigste Ursache einer Schwerbehinderung ist eine im Lebensverlauf erworbene Krankheit. Schwerbehinderte Menschen sind daher meist älter; in Folge des demografischen Wandels wird ihre Zahl steigen. Die Teilhabe dieser Menschen am Arbeitsleben – idealerweise auf dem ersten Arbeitsmarkt – bleibt eine große Herausforderung.

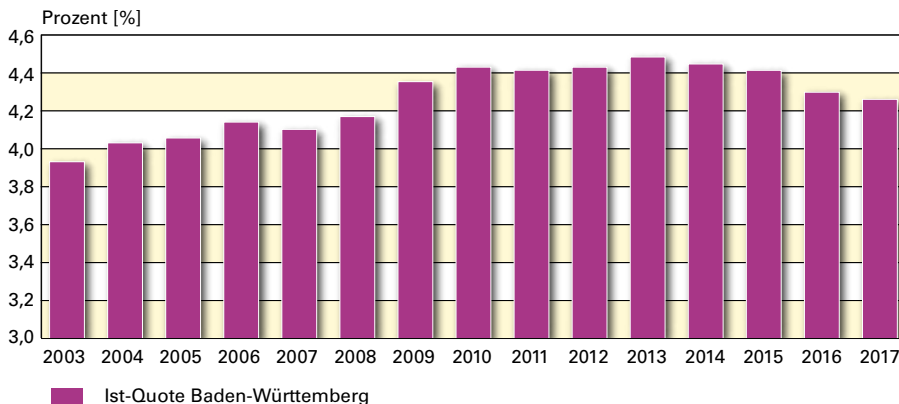
ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Der Anteil der schwerbehinderten oder gleichgestellten Beschäftigten ist in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitsplätzen jahrelang

gestiegen und hat stärker zugenommen als der Anteil der Menschen mit Behinderungen innerhalb der Bevölkerung. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Erhöhung des Anteils der schwerbehinderten oder gleichgestellten Beschäftigten auch darauf zurückgeht, dass bei immer mehr Beschäftigten erst im Laufe ihres Arbeitslebens die Schwerbehinderung auftritt beziehungsweise festgestellt wird oder sie gleichgestellt werden. Seit dem Jahr 2014 ist der Anteil der schwerbehinderten oder gleichgestellten Beschäftigten – trotz-

dem – rückläufig. Im Jahr 2017 waren in Baden-Württemberg 4,3 % aller Arbeitsplätze mit schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen besetzt. Bei den öffentlichen Arbeitgebenden liegt die Ist-Quote mit 5,3 % höher als in der Privatwirtschaft mit 4,0 %. Insgesamt liegt das Land unterhalb der von § 71 SGB IX geforderten Quote von 5 % und auch unter dem Bundesdurchschnitt von 4,6 %.

ANTEIL DER MIT SCHWERBEHINDERTEN BESETZTEN ARBEITSPLÄTZE



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... gesellschaftliche und
kulturelle Vielfalt als Bereicherung
anzuerkennen, den interkultu-
rellen Dialog zu fördern und jeg-
lichen Formen von Ausgrenzung
effektiv entgegenzutreten.

SDG-ZUORDNUNG



Inklusion von Schülerinnen und Schülern



DEFINITION

Der Indikator zeigt die Verteilung von Schülerinnen und Schülern, die Bedarf an sonderpädagogischer Beratung und Unterstützung oder Anspruch auf sonderpädagogische Bildungsangebote haben, auf die Schultypen Allgemeine Schulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Angaben in Prozent (%).

BESCHREIBUNG

Eine hochwertige Bildung ermöglicht Menschen mit Behinderung, ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen und gleichberechtigt die Gesellschaft mitzugestalten. 2015 wurde das Schulgesetz geändert. Seitdem können Eltern von Kindern und Jugendlichen mit festgestelltem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot wählen, ob dieser Anspruch in einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) oder im Rahmen eines inklusiven Bildungsangebots an einer allgemeinen Schule eingelöst werden soll.

Andere Kinder und Jugendliche mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Beratung und Unterstützung besuchen ebenfalls allgemeine Schulen und werden dort vom sonderpädagogischen Dienst beraten und unterstützt.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

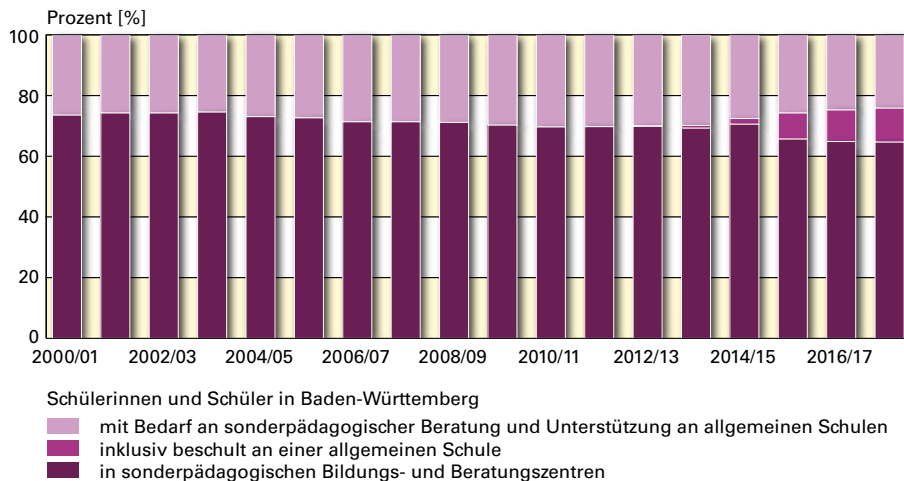
Im Schuljahr 2017/18 benötigten rund 500 Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg sonderpädagogische Förderung in der Schule. Knapp drei Viertel von ihnen hatten einen förmlich festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot und besuchten ein öffentliches oder ein

privates SBBZ oder erhielten ein inklusives Bildungsangebot in der allgemeinen Schule. Bei Letzteren handelt es sich um rund 8500 Schülerinnen und Schüler, deren Eltern sich für ein inklusives Bildungsangebot an einer allgemeinen Schule entschieden haben. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler in inklusiven Bildungsangeboten ist seit dem Schuljahr 2012/2013 steigend.

Unter den Schülerinnen und Schülern in inklusiven Bildungsangeboten lernen zwei Drittel im Förderschwerpunkt Lernen,

10% im Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, 9% im Schwerpunkt geistige Entwicklung und 7% im Schwerpunkt Sprache. Nicht berücksichtigt sind hierbei rund 3200 Schülerinnen und Schüler mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, die zusammen mit einer festen Partnerklasse an einer allgemeinen Schule in einer kooperativen Organisationsform lernen.

INKLUSIONSQUOTE VON SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik)

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... gesellschaftliche und
kulturelle Vielfalt als Bereicherung
anzuerkennen, den interkultu-
rellen Dialog zu fördern und jeg-
lichen Formen von Ausgrenzung
effektiv entgegenzutreten.

SDG-ZUORDNUNG



Ärztliche Versorgung



DEFINITION

Der Indikator beschreibt die Versorgungssituation der Bevölkerung in Baden-Württemberg mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, beziehungsweise solchen, die in freier Praxis tätig sind. Diese sind in der Regel die erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen und sind für die ambulante Versorgung der Bevölkerung zuständig. Ab dem Berichtsjahr 2015 steht die Zahl der Ärztinnen und Ärzte nur für Kreise zur Verfügung, die räumlich mit Ärzteschaften identisch sind oder sich aus diesen zusammenfassen lassen. Dadurch wurden Kreise teilweise zusammengefasst oder gar nicht ausgewiesen. Eine Abgrenzung nach Ländlichen Kreisen ist deshalb seit 2015 nicht mehr möglich.

BESCHREIBUNG

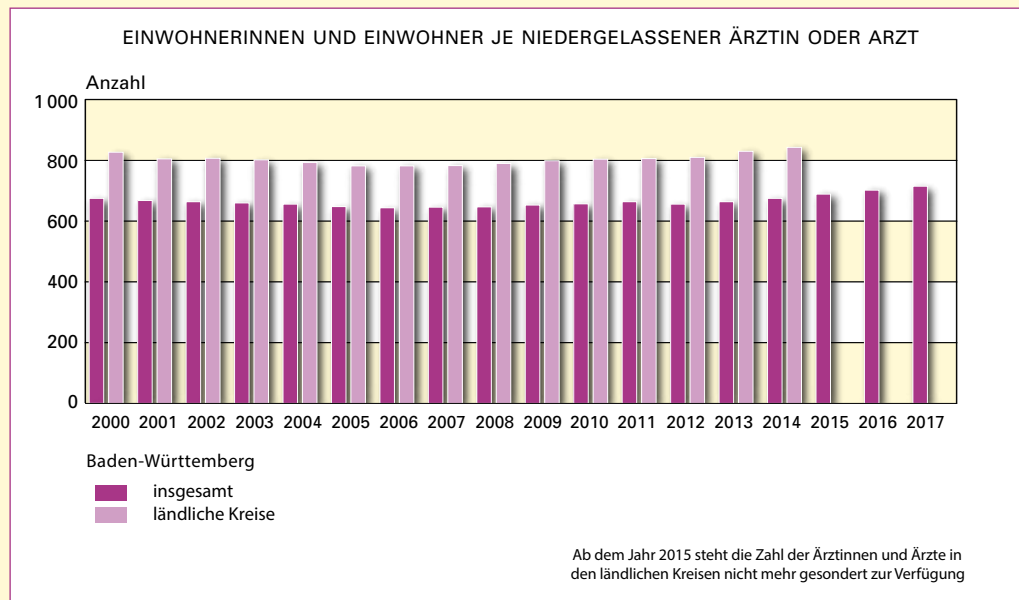
Die ambulante ärztliche Versorgung in Baden-Württemberg ist gut. Und doch stellt der demographische Wandel das Land vor Herausforderungen. Über ein Drittel des hausärztlichen Fachpersonals in Baden-Württemberg ist 60 Jahre oder älter. Außerdem zieht es viele junge Ärztinnen und Ärzte in Städte und Ballungsgebiete, was auf dem Land zu erheblichen Nachwuchsproblemen, insbesondere im hausärztlichen Bereich, führt. So kommen auf eine Ärztin oder einen Arzt immer mehr Patientinnen und Patienten. Gleichwohl wird eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger im Land weiter angestrebt. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die das Zusammenwirken mit allen Beteiligten im Gesundheitswesen fordert. So werden attraktive Strukturen vor Ort aufgebaut, die angehende Ärztinnen und Ärzte dazu motivieren soll, sich im ländlichen Raum niederzulassen, um somit die erforderlichen Versorgungsstrukturen zu erhalten.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Ein niedergelassener Arzt beziehungsweise eine niedergelassene Ärztin betreute im Jahr

2017 im Schnitt 715 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Spanne ist beträchtlich und reicht von 299 in der Stadt Freiburg bis 1013 im Landkreis Freudenstadt. Bis zum Jahr 2006 hatte sich die ärztliche Versorgung der Bevölkerung noch leicht aber kontinuierlich verbessert. 2007 hat sich dieser positive Trend umgekehrt und verschlechtert sich seitdem stetig. Seit 2015 ist ein deutlicher Anstieg der zu betreuenden Menschen je niedergelassener Ärztin oder je niedergelassenem Arzt zu beobachten.

Im ländlichen Raum ist die Versorgung generell deutlich schlechter als im Landesdurchschnitt. Die Entwicklung verläuft ähnlich wie auf Landesebene: auch im ländlichen Raum müssen sich immer mehr Menschen eine Person im ärztlichen Dienst teilen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in einigen ländlichen Kreisen Versorgungsfunktionen durch angrenzende Stadt- und hochverdichtete Landkreise wahrgenommen werden.



Datenquelle: Bezirksärztekammern Baden-Württemberg, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ GESUNDHEITSFÖRDERLICHE LEBENSWELT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... eine gesundheitsförderliche
Lebenswelt zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG



Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund



DEFINITION

Der Indikator „Stickstoffdioxidbelastung (NO_2) im städtischen Hintergrund“ steht für die langfristige, mittlere Luftbelastung in städtischen Wohngebieten, unabhängig von lokalen Spitzenwerten. Als Vergleich werden hier auch die mittleren NO_2 -Konzentrationen an höher belasteten Straßenabschnitten und in den quellfernen, unbelasteten Höhenlagen des Schwarzwaldes betrachtet. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage von Messdaten aus den Stationen des landesweiten Luftmessnetzes, wofür im städtischen Hintergrund 22 Messstationen und in Straßennähe drei Messstationen herangezogen werden. Für die Hintergrundbelastung in ländlichen Gebieten steht die Messstation Schwarzwald-Süd. Angegeben sind die als arithmetisches Jahresmittel gebildeten Kenngrößen in Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$).

BESCHREIBUNG

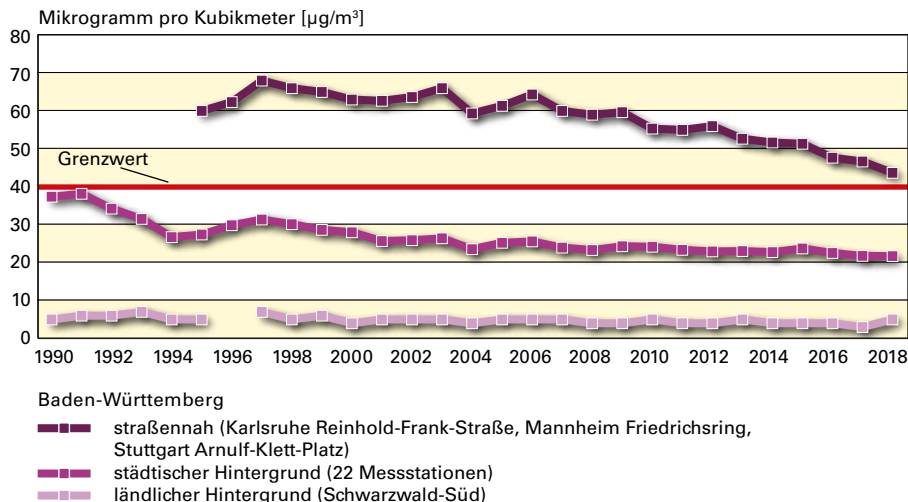
Die im städtischen Hintergrund gemessene Schadstoffbelastung der Luft ist für einen weiten Teil der Stadtfläche repräsentativ und entspricht damit dem Schadstoffniveau, dem die Mehrzahl der in Städten Wohnenden dauerhaft ausgesetzt ist. Davon unabhängig können Menschen kurzzeitig wesentlich höheren Schadstoffbelastungen ausgesetzt sein, wenn sie sich in unmittelbarer Nähe von Luftschadstoffquellen aufhalten. Auswertungen der hochbelasteten Stationen belegen, dass der Straßenverkehr zwischen 54 und 78 Prozent (%) zu den gemessenen Belastungen beiträgt. Damit gilt er als Hauptverursacher. Erhöhte NO_2 -Konzentrationen können beim Menschen zu Reizungen der Atemwege führen. Gefährdet sind insbesondere Bevölkerungsgruppen wie Kranke, Alte, Kinder und Schwangere. NO_2 ist zudem eine wichtige Vorläufersubstanz für die sommerliche Ozonbildung in den bodennahen Luftschichten.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Die Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund ist seit Anfang der Neunzigerjahre leicht rückläufig und liegt 2018 im Mittel bei $21 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die Entwicklung ähnelt somit derjenigen anderer Luftschadstoffe, zum Beispiel Partikel PM_{10} (Feinstaub). Auch in Straßennähe ist die NO_2 -Konzentration in den letzten 25 Jahren rückläufig. An einigen straßennahen Belastungsschwerpunkten wurden eindrucksvolle Reduzierungen der Belastung mit Stickstoffdioxid erzielt, zum

Teil wird der zulässige Immissionsgrenzwert jedoch noch überschritten. Weiterer Handlungsbedarf besteht beispielsweise am Stuttgarter Neckartor, hier lag der Jahresmittelwert 2018 mit $71 \mu\text{g}/\text{m}^3$ deutlich oberhalb des zulässigen Grenzwertes. Bereits die vorliegenden Werte des laufenden Jahres lassen für 2019 eine deutliche Verbesserung erwarten. Ursächlich sind die ergriffenen, in Umsetzung befindlichen und geplanten Maßnahmen von Land und Städten.

JAHRESMITTELWERTE DER STICKSTOFFDIOXID-IMMISSIONSKONZENTRATION



Datenquelle: LUBW

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

GESUNDHEITSFÖRDERLICHE LEBENSWELT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... eine gesundheitsförderliche
Lebenswelt zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG



Lärmbelastung



DEFINITION

Durch den Indikator wird der prozentuale Anteil (%) der Bevölkerung in durch Straßenverkehrslärm belasteten Gebieten erfasst, der dauerhaft einer Belastung oberhalb eines definierten Geräuschpegels ausgesetzt ist. Hierzu werden die Lärmindizes nach der Umgebungslärmrichtlinie der Europäischen Union herangezogen. Dies sind zum einen die über 24 Stunden gemittelte Lärmbelastung L_{DEN} (Tag, Abend, Nacht) mit Zuschlägen für den Abend- und Nachtzeitraum und zum anderen die ausschließlich über die Nacht gemittelte Lärmbelastung L_{Night} (22:00 Uhr bis 6:00 Uhr).

BESCHREIBUNG

Lärm ist eine der wichtigsten umweltbedingten Gefahren für die körperliche und psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung.

Bei Dauerbelastungen durch Lärm besteht ein signifikant höheres gesundheitliches Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, für Bluthochdruck und weitere Erkrankungen. Dies ist unabhängig davon, ob die Geräusche von den Betroffenen bewusst als störend wahrgenommen werden oder nicht. Eine physische Gewöhnung an Lärm findet nicht statt. Hauptlärmquelle in Baden-Württemberg ist der Straßenverkehr. Er hat großen Anteil daran, dass weite Teile der Landesfläche nicht mehr als ruhig bezeichnet werden können. Daneben zählen der Schienen- und Flugverkehr zu den Lärmquellen, die die Anwohner am meisten beeinträchtigen.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

In Baden-Württemberg waren nach Ergebnissen der Lärmkartierung 2017 2,2 % der Bevölkerung nachts einer gesundheitsschädlichen Lärmbelastung durch Straßenverkehrslärm nach EU-Umgebungslärmrichtlinie von über 55 Dezibel (A) ausgesetzt. Gegenüber der Kartierung von 2012 entspricht das einem

TRENDBEWERTUNG



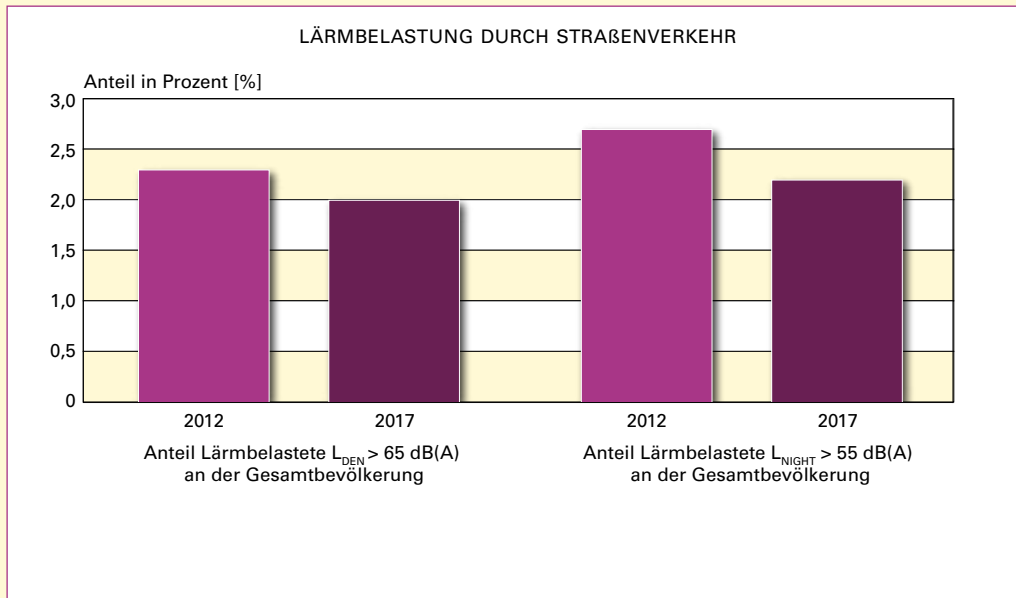
Rückgang um 16,4 %. Um das Ziel der Landesregierung zu erreichen, bis 2020 die Anzahl der Menschen, die gesundheitsschädigendem Verkehrslärm ausgesetzt sind, um 20 % zu verringern, sind weitere Anstrengungen nötig. Tagsüber war 2017 ein Anteil von 2,0 % der Bevölkerung gesundheitsschädlichem Lärm von über 65 dB(A) ausgesetzt, 16,1 % weniger als 2012. Gründe hierfür sind sowohl Maßnahmen zum Lärmschutz als auch eine verbesserte Datengrundlage für die Lärmkartierung.

In den kürzlich veröffentlichten „Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region“ vom 10. Oktober 2018 empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) jedoch, den ganztägigen Lärmpegel durch den Straßenverkehr auf weniger als 53 dB(A) und nachts weniger als 45 dB(A) zu verringern. Das bedeutet, dass trotz der bisher erreichten Erfolge in Baden-Württemberg weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Bevölkerung vor Lärm und seinen gesundheitsschädigenden Folgen zu schützen.

LEITSATZ GESUNDHEITSFÖRDERLICHE LEBENSWELT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... eine gesundheitsförderliche
Lebenswelt zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Lärmkartierungen der Ballungsräume und Hauptverkehrsstraßen in Baden-Württemberg

Übergewicht



DEFINITION

Der Indikator zeigt den Anteil in Prozent (%) der übergewichtigen und adipösen Erwachsenen, differenziert nach Geschlecht. Übergewicht und Adipositas wird anhand des Body-Mass-Index (BMI) festgestellt. Menschen mit einem BMI ab 25 gelten nach Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als übergewichtig, ab einem BMI von 30 als adipös (fettleibig). Der BMI wird berechnet als Körpergewicht in Kilogramm geteilt durch das Quadrat der Körpergröße in Metern ($BMI = M/L^2$). Der Körperbau, alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede und die individuelle Zusammensetzung der Körpermasse bleiben dabei unberücksichtigt. Grundlage der Berechnung sind Erwachsene ab 18 Jahren, die im Rahmen der erfolgten Zusatzerhebung zum Mikrozensus die Fragen zu Körpergewicht und Körpergröße beantwortet haben.

BESCHREIBUNG

Übergewicht und Adipositas können den Gesundheitszustand erheblich beeinträchtigen. Sie sind maßgeblich bei der Entstehung von Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Bluthochdruck oder Gelenkschäden beteiligt. Übergewicht kann von vielen Faktoren verursacht werden: Unmittelbar durch unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel, mittelbar ist aber auch ein Zusammenhang mit psychischen oder sozialen Ursachen zu sehen. Neben den gesundheitlichen und sozialen Folgen wirken sich Übergewicht und die dadurch resultierenden Krankheitskosten auch negativ auf die Volkswirtschaft aus.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2017 war die Hälfte der Bevölkerung in Baden-Württemberg ab 18 Jahren übergewichtig, 59,9 % der Männer und 40,3 % der Frauen. 1999 lag der Anteil der übergewichtigen Bevölkerung noch deutlich niedriger. Die weitaus gefährlichere Fettleibigkeit nahm in Baden-Württemberg – verglichen mit der Zunahme der Übergewichtigen – sogar deutlicher zu. Der Anteil an adipösen Männern

TRENDBEWERTUNG



stieg seit 1999 um über die Hälfte auf 16,4 % im Jahr 2017, während der Anteil der adipösen Frauen von 9,6 % auf 13,2 % anstieg. Das Risiko zu Übergewicht und Fettleibigkeit nimmt mit dem Alter grundsätzlich zu und geht erst im höheren Alter wieder zurück. Die Bevölkerung in Baden-Württemberg folgt damit dem bundesweiten Trend zum Übergewicht. 2017 galten deutschlandweit 48,5 % der Bevölkerung als übergewichtig, 14,6 % als adipös.

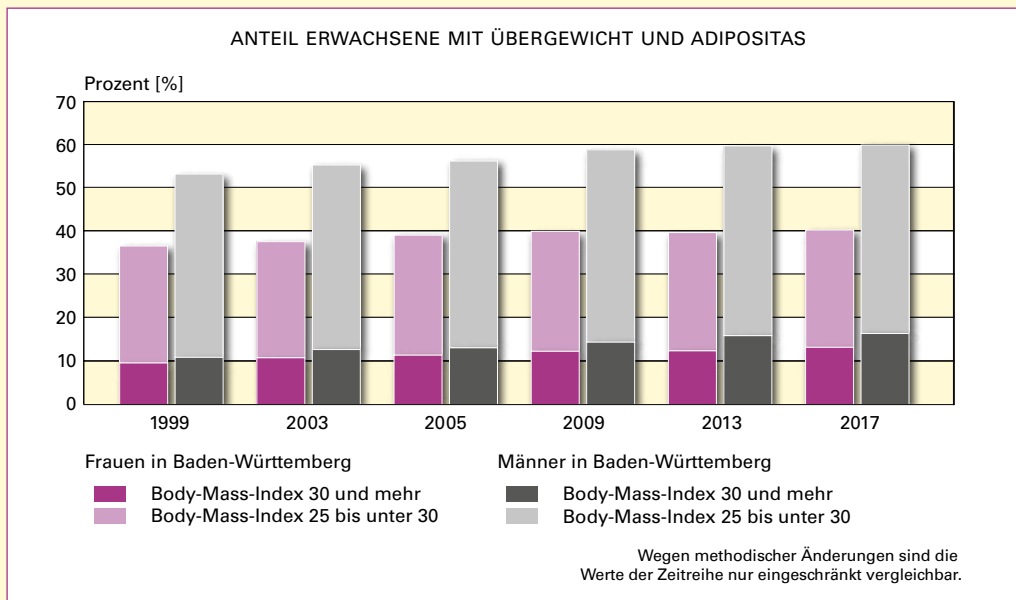
Übrigens: Untergewicht, das heißt Erwachsene mit einem BMI kleiner als 18,5, stellt einen der Fettleibigkeit entgegengesetzten gesundheitlichen Risikofaktor dar. 2 % der Bevölkerung waren 2017 untergewichtig. In der Gruppe der jungen Frauen im Alter von 18 bis 20 Jahren waren sogar 12,1 % untergewichtig.

LEITSATZ

GESUNDHEITSFÖRDERLICHE LEBENSWELT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... eine gesundheitsförderliche
Lebenswelt zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG



Raucherquote



DEFINITION

Die Raucherquote zeigt, bezogen auf die Bevölkerung ab 15 Jahren, die Angaben zum Rauchverhalten machten, wie hoch der Anteil in Prozent (%) der regelmäßig Rauchenden unter den Befragten ist. Gelegenheitsraucher bleiben unberücksichtigt.

BESCHREIBUNG

Rauchen kann zu erheblichen Gesundheitsschäden und frühzeitigem Tod führen. Von diesen Risiken betroffen sind nicht nur die Rauchenden selbst. Auch Nichtraucherinnen und Nichtraucher, die dem Tabakrauch ausgesetzt sind, werden durch Rauch belastigt und können davon erkranken. Seit 2002 wurden verstärkt Maßnahmen ergriffen, die Nichtraucher schützen, den Einstieg in das Rauchen erschweren oder Rauchende zur Aufgabe der Gewohnheit bewegen sollen. Hierzu zählen die Tabaksteuererhöhung, größere Warnhinweise auf den Packungen sowie verschärfte Werbeverbote für Tabakerzeugnisse. 2007 wurde zum Nichtraucherschutz in öffentlichen Gebäuden sowie in den meisten Gaststätten ein Rauchverbot eingeführt. Die Bundesregierung hat das Ziel, den Anteil der Rauchenden über 15 Jahren bis 2030 auf 19 % zu senken.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2017 rauchten knapp 1,3 Millionen Menschen in Baden-Württemberg regelmäßig, das waren 17,2 % der Bevölkerung. Damit wurde das Ziel der Bundesregierung im Land bereits erreicht.

TRENDBEWERTUNG


LEITSATZ
GESUNDHEITSFÖRDERLICHE
LEBENSWELT

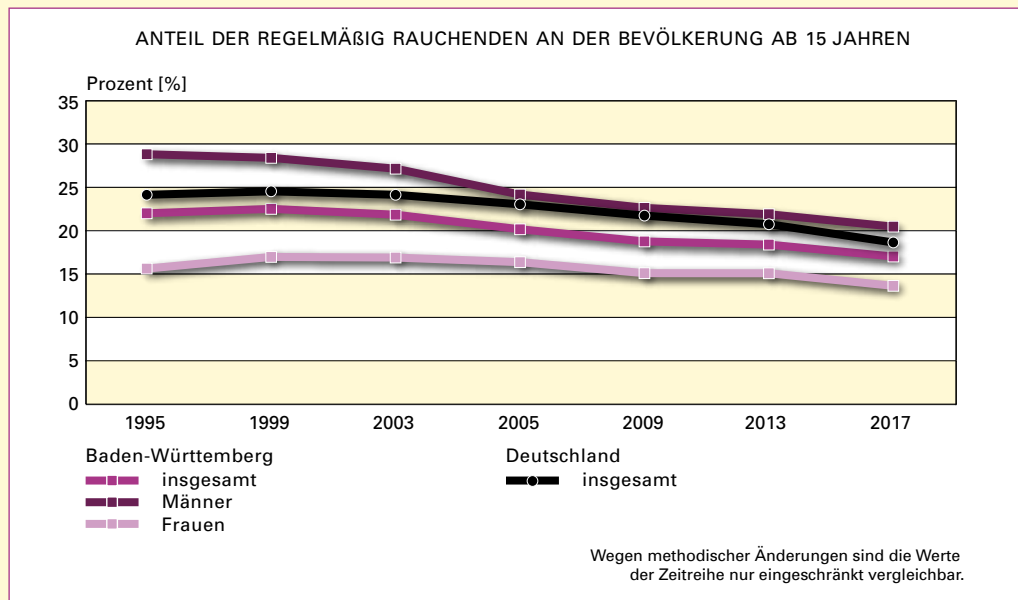
Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... eine gesundheitsförderliche
Lebenswelt zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG



Der Anteil rauchender Männer war 2017 mit 20,6 % deutlich höher als der rauchender Frauen (13,8 %). Hatte bis zum Jahr 1999 der Raucheranteil insgesamt noch leicht zugenommen, ist der Anteil seitdem um rund ein Viertel zurückgegangen. Dieser Rückgang ist allerdings nicht dadurch bedingt, dass ein höherer Prozentsatz mit dem Rauchen aufhört, sondern dadurch, dass weniger Personen mit dem regelmäßigen Tabakkonsum beginnen.

Dieses Ergebnis zeigt, dass das Rauchverhalten durch politische Maßnahmen und die damit verbundene Akzeptanzveränderung in der Gesellschaft beeinflusst wird und Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums und zum Nichtraucherschutz deutlich Wirkung zeigen.



Vorzeitige Sterblichkeit



DEFINITION

Der Indikator zeigt die Zahl der Todesfälle innerhalb der Bevölkerung unter 70 Jahren. Diese Zahl wird bezogen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner unter 70 Jahren, die anhand der „alten Europa-standardbevölkerung“ ermittelt wird.

Die unter 1-Jährigen und damit die Säuglingssterblichkeit sind von der Betrachtung ausgeschlossen.

Datenquelle ist die Todesursachenstatistik, in deren Rahmen alle Todesbescheinigungen erfasst und ausgewertet werden.

BESCHREIBUNG

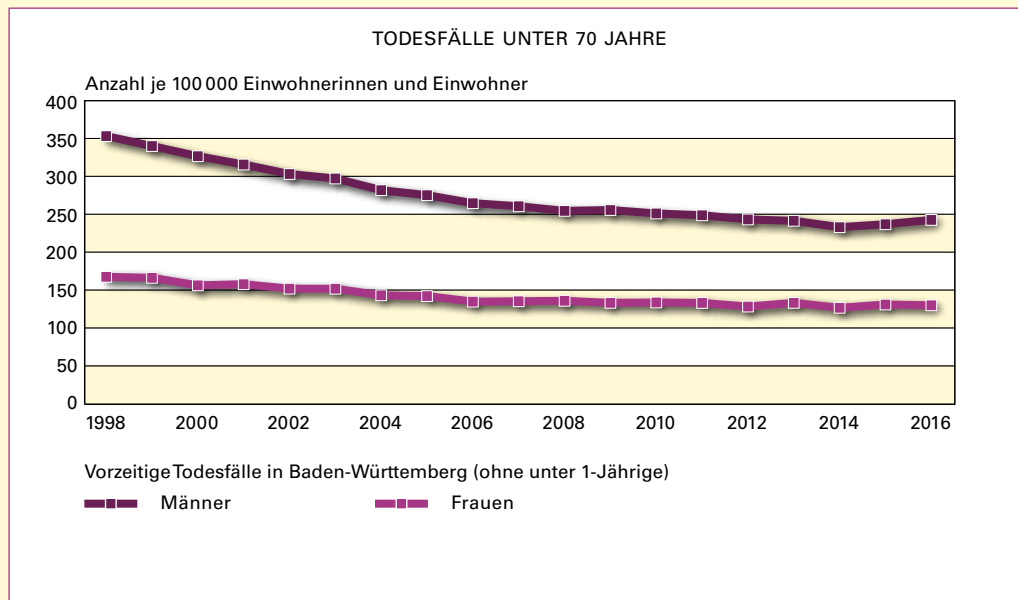
Gesundheit und Lebenserwartung werden von zahlreichen Einflussfaktoren bestimmt. So auch der Anteil der Bevölkerung, der vor dem 70. Lebensjahr und damit vorzeitig verstirbt. Individuelle Lebensgewohnheiten, beispielsweise der Konsum von Tabak und Alkohol, die Ernährungsweise sowie Umfang und Regelmäßigkeit körperlicher Betätigung, beeinflussen die Lebensdauer. Aber auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen, wie Einkommen und Bildung, die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen oder die Qualität der medizinischen Versorgung spielen eine Rolle.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Die vorzeitige Sterblichkeit geht in Baden-Württemberg stetig zurück. Im Jahr 2016 starben im Land 14 001 Männer und 7 784 Frauen, bevor sie das 70. Lebensjahr erreichten. Dies sind knapp 245 Männer und 132 Frauen je 100 000 der (standardisierten) Bevölkerung. Das ist deutlich weniger als im bundesweiten Schnitt, der 2016 bei 284 Männern und 152 Frauen je 100 000 der entsprechenden Altersklasse lag.

Wie auch im Bundesdurchschnitt hat sich bei längerfristiger Betrachtung der geschlechter-spezifische Abstand bei der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern und Frauen weiter leicht verringert. Den größten Anteil an den Todesursachen vorzeitiger Sterblichkeit hatten im Jahr 2016 bösartige Neubildungen (38,3 %), gefolgt von Krankheiten des Kreislaufsystems (19,2 %). Auch Todesfälle aufgrund äußerer Ursachen (wie Unfälle, Vergiftungen, Suizid) hatten einen nicht unerheblichen Anteil (9,6 %).

Entsprechend dem Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit hat sich die Lebenserwartung in Baden-Württemberg weiter deutlich positiv entwickelt und weist nach wie vor den höchsten Wert in der Bundesrepublik auf. Ein 2018 geborener Junge kann in Baden-Württemberg auf eine durchschnittliche Lebenserwartung von 79,5 Jahren hoffen, ein im gleichen Jahr geborenes Mädchen sogar auf 84,0 Jahre.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Todesursachenstatistik)

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

GESUNDHEITSFÖRDERLICHE LEBENSWELT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... eine gesundheitsförderliche
Lebenswelt zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG



Straftaten



DEFINITION

Der Indikator beschreibt die Anzahl der Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner und Jahr, die der Polizei angezeigt und in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden (Kriminalitätsbelastung). Darin nicht enthalten sind Ordnungswidrigkeiten, politisch motivierte Straftaten, Verkehrsdelikte und Auslandsstraftaten. Der Betrachtungszeitraum für die Kriminalitätsentwicklung ist auf 15 Jahre festgelegt. Die Aufklärungsquote zeigt den Anteil in Prozent (%) der aufgeklärten Fälle an den bekannt gewordenen Straftaten.

BESCHREIBUNG

Ein wichtiger Aspekt von Lebensqualität ist die Sicherheit. Ein Umfeld, in dem die Bürgerinnen und Bürger eines Staates ohne Angst und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Eine aussagekräftige Kenngröße für die persönliche Sicherheit ist die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten. Die Straftatenhäufigkeit beschreibt die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung beziehungsweise die innere Sicherheit. Veränderungen in der polizeilichen Kriminalstatistik können beispielsweise aber auch auf Änderungen im Anzeigeverhalten, in der Verfolgungsintensität der Polizei oder auf Änderungen des Strafrechts zurückzuführen sein.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Baden-Württemberg ist auch im Jahr 2018 eines der sichersten Länder bundesweit. Der Rückgang der Straftaten setzt sich weiter fort. Im Vergleich zum Vorjahr (2017) liegt die Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg im Jahr 2018 bei 5191 (5295) Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner – dies ist der niedrigste Wert seit Anfang der

TRENDBEWERTUNG



1990er Jahre. Die Aufklärungsquote steigt erneut und hat mit 62,7 % (62,4 %) einen Spitzenwert erreicht.

Bleiben Verstöße gegen das Ausländerrecht unberücksichtigt, liegt die gleichwohl rückläufige Kriminalitätsbelastung bei 5023 (5093) Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner bei gleichzeitiger Steigerung der Aufklärungsquote auf 61,5 % (60,9 %).

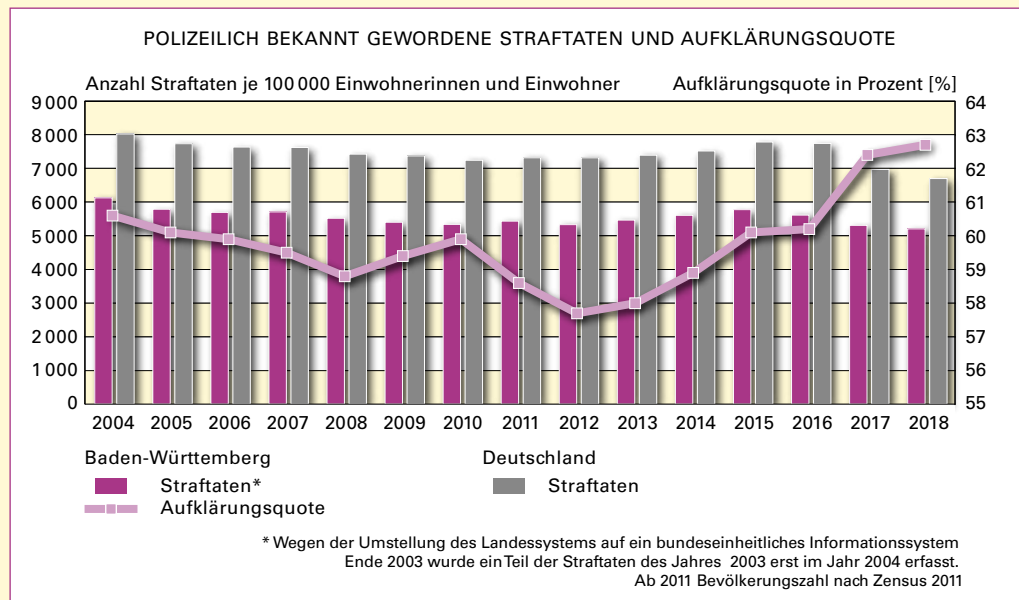
Ziel der Landesregierung ist die Gewährleistung eines niedrigen Niveaus von deutlich unter 6000 Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Umfassende Informationen zur Kriminalitätssituation in Baden-Württemberg bietet der Sicherheitsbericht 2018, abrufbar auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration.

LEITSATZ
SICHERHEIT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Menschen ein Leben in
Sicherheit zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik 2018),
Landeskriminalamt Baden-Württemberg (Polizeiliche Kriminalitätsstatistik)

Verunglückte im Straßenverkehr



DEFINITION

Der Indikator misst die Anzahl der Verunglückten im Straßenverkehr je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Verunglückte sind Personen (auch Mitfahrende), die bei einem Straßenverkehrsunfall getötet, schwer- oder leichtverletzt wurden.

BESCHREIBUNG

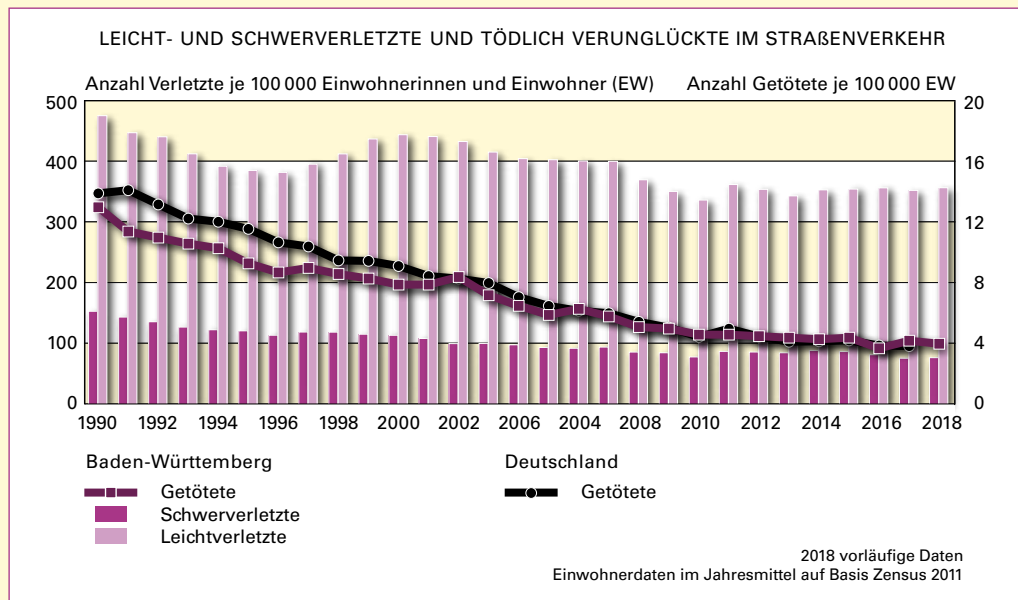
Die Anzahl der Verunglückten im Straßenverkehr ist ein Maßstab für die Beurteilung des Sicherheitsniveaus im Straßenverkehr. Die Betrachtung der Zahl der Verunglückten bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner bringt als Risikokennziffer das Ausmaß der bevölkerungsbezogenen Gefährdung zum Ausdruck. Das Verkehrsaufkommen, das sich maßgeblich auf die Unfallhäufigkeit auswirkt, wird bei dieser Kennziffer nicht berücksichtigt. Als Hauptunfallursachen gelten die nicht angepasste beziehungsweise überhöhte Geschwindigkeit, die Missachtung der Vorfahrt und ungenügender Sicherheitsabstand. Die Landesregierung hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Die Anzahl der Verkehrsunfalltoten soll bis 2020 gegenüber 2010 um 40 Prozent (%) reduziert werden.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hat sich, über die letzten Jahre betrachtet, nicht mehr wesentlich verändert. Im Jahr 2018 wurden auf baden-württembergischen Straßen 440 Personen getötet und 48 554 verletzt. Das sind circa 439 Verunglückte je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Insgesamt sind 1254 Personen mehr verunglückt als 2017 (47 300). Dies beruht ausschließlich auf einer Zunahme der Schwer- und Leichtverletzten. Die Zahl der Getöteten nahm hingegen nach einem deutlichen Anstieg im Jahr 2017 wieder ab, 2018 starben 18 Menschen weniger im Straßenverkehr als noch 2017. Damit verlor 2018 durchschnittlich mehr als ein Mensch pro Tag sein Leben im Straßenverkehr, knapp 133 Personen wurden zudem täglich verletzt. Der Anteil der Verunglückten je 100 000 Einwohnerinnen

und Einwohnern ist seit dem Jahr 1990 sowohl bei Fußgängerinnen und Fußgängern als auch bei Fahrerinnen und Fahrern von Personen- und Lastkraftwagen sowie motorisierten Zweirädern motorisierten Zweirädern um 20 bis 40 % zurückgegangen. Nur bei Fahrradfahrerinnen und -fahrern liegt dieser Wert heute wieder fast auf demselben Niveau wie im Jahr 1990. Die Wahrscheinlichkeit, schwer verletzt zu werden, ist bei der Nutzung von Elektrofahrrädern (Pedelects) besonders hoch.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistisches Bundesamt

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ SICHERHEIT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Menschen ein Leben in
Sicherheit zu ermöglichen.

SDG-ZUORDNUNG





Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren

11. MOBILITÄT

- 11.1 Öffentlicher Personennahverkehr
- 11.2 Modal Split
- 11.3 Straßenverkehr nach Fahrzeugkategorien

12. STADT- UND RAUMENTWICKLUNG

- 12.1 Wohnkosten

13. BILDUNGSGERECHTIGKEIT

- 13.1 Ganztagsbetreuung für Kinder
- 13.2 Frühe Schul- und Ausbildungs-abgängerinnen und -abgänger
- 13.3 Abschlüsse im tertiären Sektor
- 13.4 Ausländische Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss

14. WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

- 14.1 Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- 14.2 Patentanmeldungen

15. EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

- 15.1 Wahlbeteiligung
- 15.2 Engagementquote

16. HAUSHALT

- 16.1 Zulässige Kreditaufnahmen
- 16.2 Haushaltsmäßige Verschuldung

17. ENTWICKLUNGSPOLITISCHES ENGAGEMENT

- 17.1 Öffentliche Entwicklungsausgaben

Öffentlicher Personennahverkehr



DEFINITION

Die Beförderungsleistung beschreibt die Wegstrecke, die in Baden-Württemberg innerhalb eines Jahres von Nutzenden des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zurückgelegt wurde. Die Beförderungsleistung ergibt sich rechnerisch aus der Multiplikation der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV mit deren durchschnittlicher Reiseweite in Kilometern. Die Angabe des Indikators in Personenkilometer pro Einwohnerin und Einwohner (Pkm/EW) spiegelt die Nachfrage der Bevölkerung nach Angeboten des ÖPNV wider. Der ÖPNV umfasst hierbei den Linienahverkehr innerhalb Baden-Württembergs mit Eisenbahnen (inklusive des S-Bahn-Verkehrs), Straßenbahnen und Omnibussen. Der Gelegenheitsverkehr und der Personenfernverkehr mit Omnibussen bleiben unberücksichtigt.

BESCHREIBUNG

Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel entlastet Innenstädte von Lärm und Abgasen, vor allem die Hauptverkehrsstraßen und Wohngebiete mit Durchgangsstraßen. Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs könnte auch den Flächenverbrauch verringern, der für den Straßenausbau und für Parkraum erforderlich ist. Eine Veränderung der Beförderungsleistung im ÖPNV kann dabei sowohl eine veränderte Anzahl an Fahrgästen im ÖPNV als auch eine veränderte durchschnittliche Reiseweite widerspiegeln. Eine Steigerung der Beförderungsleistung im ÖPNV kann zudem ein Hinweis für eine Substitution aufgrund von Umwelteffekten des motorisierten Individualverkehrs sein. Eine Veränderung zugunsten energie- und schadstoffarmer Verkehrsmittel geht dabei mit einer Verminderung der Umweltbelastung einher.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

In Baden-Württemberg werden die Kapazitäten im Öffentlichen Personennahverkehr kontinuierlich ausgebaut. Seit 2012 wächst die Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg tendenziell jedoch stärker als die ermittelte Beförderungsleistung, dadurch sinkt der Wert der Personenkilometer im ÖPNV pro Kopf und Jahr.

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ MOBILITÄT

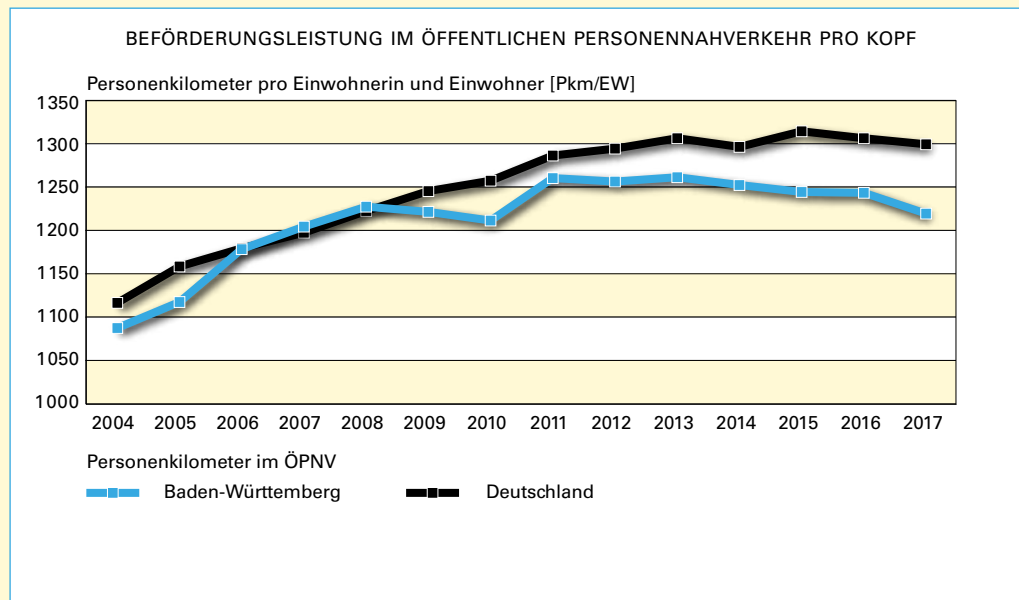
Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... innovative, umweltgerechte
und soziale Mobilität fördern
und umsetzen.

SDG-ZUORDNUNG



Eine mögliche Erklärung für diesen Rückgang ist, dass der Bedarf an Öffentlichem Nahverkehr stärker zunimmt als das Angebot den Bedarf decken kann. Die Landesregierung verfolgt das ambitionierte Leitziel, die Anzahl der Personenkilometer, die mit Bus und Bahn zurückgelegt werden, bis 2030 gegenüber dem Jahr 2010 zu verdoppeln. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, muss der Nahverkehr sowohl auf der Schiene als auch mit Bussen weiter ausgebaut, qualitativ verbessert und als verlässliches Gesamtsystem attraktiver gestaltet werden.

Dazu werden zum Beispiel schrittweise das Basisangebot eines flächendeckenden Stundentakts und flexible Angebote vor allem im ländlichen Raum realisiert (Mobilitätsgarantie). Der 2018 eingeführte landesweite Verkehrstarif (BW-Tarif) macht Fahrten über Verbundgrenzen hinweg einfacher und günstiger und stärkt so die Attraktivität des ÖPNV in Baden-Württemberg. In Gegenden ohne Schienenverkehrsangebot schließen Regiobusse die Lücke und sorgen somit für mehrseitige, regelmäßige Anbindungen auch der Unter- und Mittelzentren.



Datenquelle: Länderinitiative Kernindikatoren

Modal Split



DEFINITION

Modal Split bezeichnet die Verteilung der von Personen im Alltagsverkehr zurückgelegten Wege auf die einzelnen Verkehrsträger. Von einem Weg wird gesprochen, wenn sich eine Person außer Haus zu Fuß oder mit anderen Verkehrsmitteln von einem Ort zu einem anderen Ort bewegt. Hin- und Rückweg werden als zwei Wege gezählt. Erfolgt auf dem Weg zu einem Ziel der Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln, so bleibt es weiterhin ein Weg. Pro Weg werden alle genutzten Verkehrsmittel erhoben, nicht jedoch der Zeitanteil und der Entfernungsanteil, der pro Weg auf die verschiedenen Verkehrsträger entfällt. Angaben in Prozent (%).

BESCHREIBUNG

Mobilität ist heute eine Selbstverständlichkeit. Ebenso unbestritten wie die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Mobilität sind aber auch die vielfältigen nachteiligen Auswirkungen, die vom Verkehr ausgehen. Umweltbelastungen entstehen vor allem durch Emissionen von Luftschadstoffen und klimaschädlichen Gasen, durch Lärmbelastungen und durch die Inanspruchnahme von Flächen. Dabei belasten die verschiedenen Verkehrsträger Umwelt und Gesundheit unterschiedlich stark. Je größer dabei der Anteil der umweltfreundlichen Verkehrsträger am Modal Split ist, desto weniger umweltbelastende Einflüsse gehen mit der Mobilität einher.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Unverändert werden seit 2002 in Baden-Württemberg weit über die Hälfte aller Wege (59 %) mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV: Auto, Motorrad oder Lastkraftwagen) zurückgelegt. Die Summe der täglichen MIV-Kilometer ist sogar etwas gewachsen.

2002 lag sie bei rund 240 Millionen pro Tag. 2017 erreichte sie die Marke von etwa 250

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ
MOBILITÄT

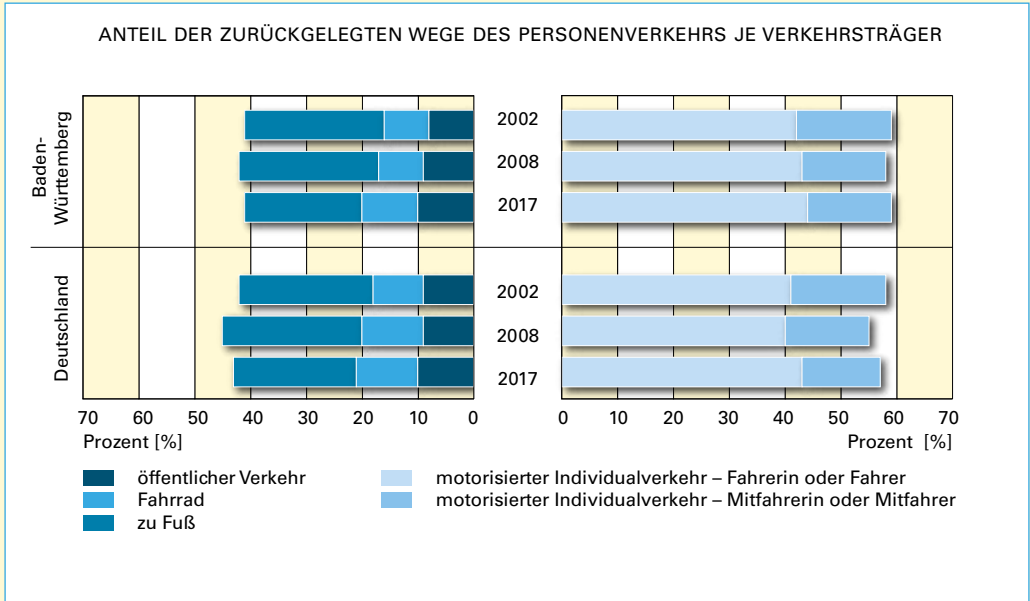
Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... innovative, umweltgerechte
und soziale Mobilität fördern
und umsetzen.

SDG-ZUORDNUNG



Millionen Personenkilometern täglich.
Entsprechend gering ist der Zuwachs bei den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln.
Den größten Zuwachs zeigen die mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege. Allerdings wird durch das Fahrrad nicht das Auto ersetzt, sondern Wege, die früher zu Fuß gegangen wurden.
Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 den Anteil des Radverkehrs am Modal Split auf 16 % und bis 2030 auf 20 % zu steigern.

Um mehr Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu erleichtern, muss die Attraktivität des Radverkehrs gesteigert werden, zum Beispiel durch den Ausbau von Radschnellverbindungen und des Landesradverkehrsnetzes.
Auch bundesweit dominiert der MIV den Modal Split, mit 57 % allerdings weniger deutlich als in Baden-Württemberg. Dies ist vor allem den Stadtstaaten geschuldet, hier erreicht der Öffentliche Nahverkehr einen weit größeren Anteil als in den Flächenstaaten.



Datenquelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Mobilität in Deutschland – MiD

Straßenverkehr nach Fahrzeugkategorien



DEFINITION

Dargestellt sind die pro Jahr gefahrenen Kilometer, unterteilt nach Fahrzeugkategorien in Kilometer pro Jahr (km/a).

Herangezogen für die Ermittlung der Fahrleistungen wurden die Straßendatenbank des Landes sowie die Ergebnisse der ausführlichen Straßenverkehrszählungen, die alle fünf Jahre, zuletzt für 2015, stattfinden. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf der Basis der automatischen Dauerzählstellen. Eine Änderung der Erhebungsmethodik führte im Zähljahr 2010 auf den Landes- und Kreisstraßen zu teils erheblichen Abweichungen gegenüber den Ergebnissen aus dem Jahr 2005, welche sich in einem Rückgang der Fahrleistungen äußern.

BESCHREIBUNG

Straßenverkehr ist eine bedeutende Umweltbelastung: In Baden-Württemberg ist er die Hauptlärmquelle und stellt so eines der größten Gesundheitsprobleme unserer Zeit dar. Außerdem verursachte der Straßenverkehr im Jahr 2017 28 Prozent (%) der Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg und leistet damit den größten Einzelbeitrag noch vor den öffentlichen Wärmekraftwerken.

Neu- und Ausbau von Straßen tragen außerdem zum Verlust, zur Verkleinerung und zunehmenden Zerschneidung der natürlichen Lebensräume bei.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Die Jahresfahrleistung des Straßenverkehrs lag im Jahr 2017 bei 95 Milliarden Kilometern und damit nur 0,2 % über dem Vorjahreswert. Das ist auf einen leichten Rückgang des Pkw-Verkehrs (Pkw: Personenkraftwagen) zurückzuführen, der insgesamt 84 % der Jahresfahrleistung ausmacht, innerorts sogar 88 %. Auf Autobahnen ist der Anteil des Pkw-Verkehrs mit 77 % der Jahresfahrleistung wegen eines höheren Güterverkehrsanteils etwas geringer. Seit 2015 entfällt über die Hälfte der Jahresfahrleistungen der Pkw auf Dieselfahrzeuge.

TRENDBEWERTUNG



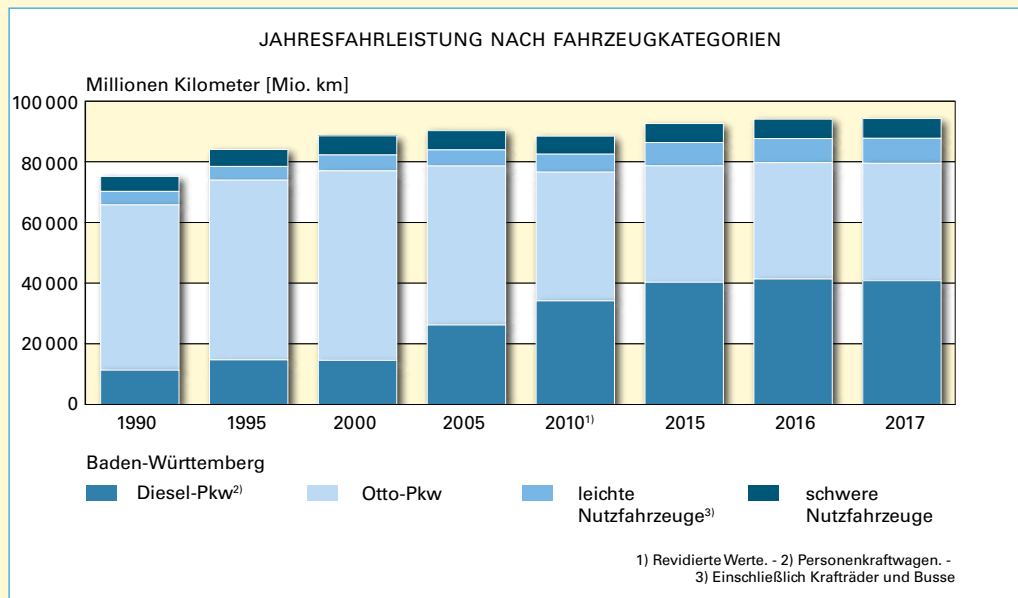
Die Pkw-Dichte, ausgedrückt in Anzahl zugelassener Pkw je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, nimmt in Baden-Württemberg nach wie vor zu und ist im Jahr 2017 auf 583 Fahrzeuge angewachsen. Da die Entwicklung der Pkw-Fahrleistungen hinter dieser Steigerung zurückblieb, hat sich die je Pkw pro Jahr durchschnittlich gefahrene Strecke auf nun 7300 km reduziert.

Im Gegensatz dazu stieg der Güterverkehr seit 1990 nahezu stetig an. Lediglich infolge der Wirtschaftskrise 2008/2009 war ein Einbruch zu verzeichnen. Seit 2010 haben die Fahrleistungen des Güterverkehrs um über 30 % zugenommen.

LEITSATZ MOBILITÄT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... innovative, umweltgerechte
und soziale Mobilität fördern
und umsetzen.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator beschreibt die Wohnkosten der privaten Haushalte in Baden-Württemberg. Diese setzen sich aus den Wohnungsmieten (inklusive unterstellter Mietzahlungen für selbstgenutztes Wohneigentum) sowie den Energie- und Wohnungsinstandhaltungskosten zusammen. Zum Vergleich werden die privaten Konsumausgaben der privaten Haushalte dargestellt. Diese beinhalten neben den Wohnkosten auch die Ausgaben beispielsweise für Essen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Haushalte von Selbstständigen und Landwirten sowie Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 Euro und mehr wurden bei der Ermittlung der Wohnkosten und den privaten Konsumausgaben nicht berücksichtigt.

BESCHREIBUNG

2010 erklärte die Europäische Kommission den Zugang zu bezahlbaren Unterkünften zu einem grundlegenden Bedürfnis und Recht. In den Ballungsräumen Baden-Württembergs, aber auch in vielen Regionen des ländlichen Raums sind Mieten und Immobilienpreise zum Teil deutlich gestiegen. Es fehlen insbesondere günstige Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen. Die Wohnkosten geben die Kosten für alle erfassten Wohnungen an, Rückschlüsse auf Mietpreissteigerungen bei Neuvermietungen können hieraus nicht gezogen werden.

Die Wohnkosten werden zum größten Teil durch die Höhe der Wohnungsmieten bestimmt. Diese lagen im Jahr 2017 bei 81 Prozent (%) der gesamten Wohnkosten (2006 bei 80 %). Die Ausgaben für Energie trugen 2017 16 % zu den Wohnkosten bei (2006 knapp 19 %), die Ausgaben für die Wohnungsinstandhaltung knapp 3 % (2006 gut 1 %). Von den Konsumausgaben privater Haushalte in Baden-Württemberg wurde 2017 gut ein Drittel für die Wohnkosten aufgewendet.

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

STADT- UND RAUM-
ENTWICKLUNG

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt:

... eine zukunftsgerechte Stadt- und
Raumentwicklung umzusetzen.

SDG-ZUORDNUNG



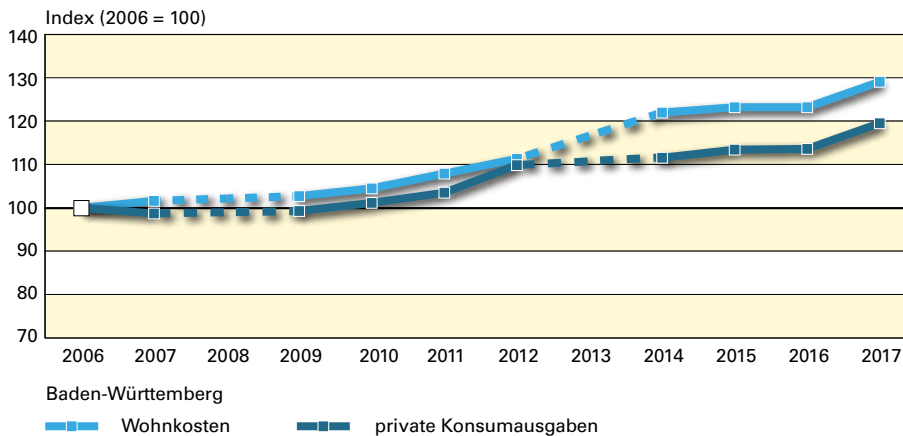
ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Monatlich wurden 2017 von den privaten Haushalten durchschnittlich 945 Euro für die Wohnkosten aufgewendet. 2006 lagen diese Ausgaben noch bei 732 Euro je Haushalt. Seit 2006 sind die Wohnkosten in Baden-Württemberg kontinuierlich um insgesamt 29 % angestiegen.

Die privaten Konsumausgaben der Haushalte sind im selben Zeitraum ebenfalls angestiegen, jedoch nur um knapp 20 % von 2.298 Euro im Jahr 2006 auf 2.747 Euro im Jahr 2017.

Allein die Höhe der Wohnkosten sagt jedoch noch nicht viel darüber aus, wie stark einzelne Haushalte durch Mietkosten finanziell belastet sind. Im Rahmen der europaweiten Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2017 gaben aus der Stichprobe 14 % der baden-württembergischen Haushalte in der Umfrage an, dass sie die Wohnkosten als große Belastung ansehen, 57 % der Haushalte nahmen diese als gewisse Belastung war.

WOHNKOSTEN UND KONSUMAUSGABEN DER PRIVATEN HAUSHALTE



Keine Erhebung 2008 und 2013.

Ganztagsbetreuung für Kinder



DEFINITION

Der Indikator zeigt den Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern in der jeweiligen Altersgruppe in Prozent (%). Zur Ganztagsbetreuung zählen Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, die durchgehend mehr als sieben Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Kinder, die in Kindertagespflege betreut werden und zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, werden nur einmal berücksichtigt.

BESCHREIBUNG

Durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden Müttern und Vätern bessere Chancen als bislang auf dem Arbeitsmarkt eröffnet und es kann beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung, insbesondere von Ganztagsangeboten, ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Die frühe Förderung der Kinder im Rahmen von bedarfsgerechten Angeboten kann aber auch die Bildungschancen von Kindern erhöhen, unter anderem bei Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern. Sie ist außerdem ein wichtiger Bestandteil der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Seit August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung und Betreuung in einer Tageseinrichtung oder einer Kindertagespflege für alle Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2018 konnten Eltern in Baden-Württemberg für 24,6 % der 3- bis unter 6-Jährigen (Kindergartenalter) eine Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen. Für Kinder unter 3 Jahren (Krippenalter) lag dieser Wert bei 11,0 %. Somit hat sich der Anteil der ganztags

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... Bildungsgerechtigkeit für alle
sowie Gestaltungskompetenz
für nachhaltige Entwicklung zu
fördern.

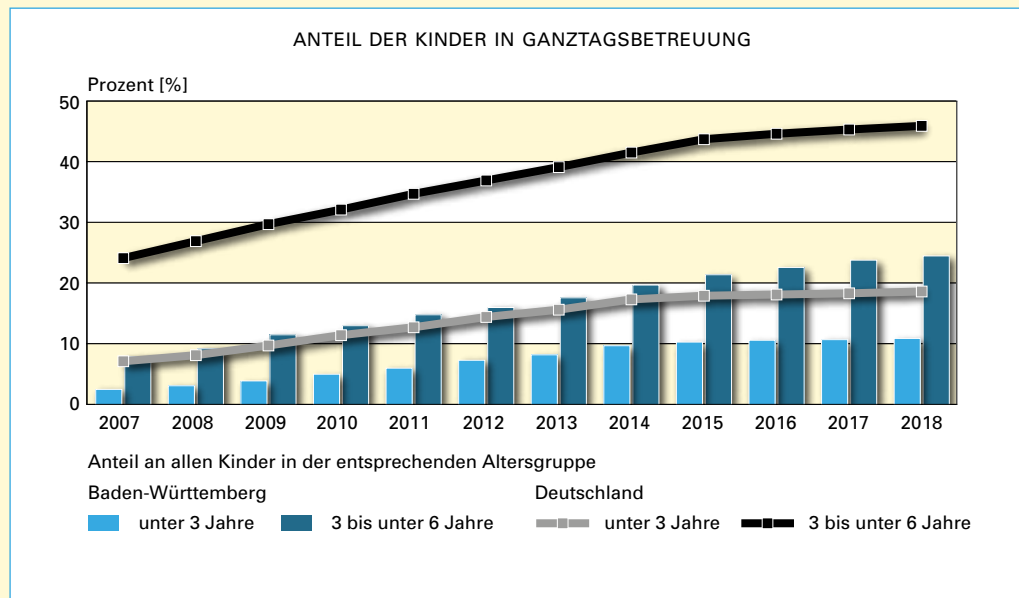
SDG-ZUORDNUNG



betreuten Kinder seit 2007 deutlich erhöht. Diese Werte liegen aber weit unter dem bundesdeutschen Schnitt. Besonderer Nachholbedarf besteht bei der Ganztagsbetreuung von Kindern zwischen 3 und 6 Jahren. Hier besucht nur etwa ein Viertel der Kindergartenkinder eine Ganztagsbetreuung. Bundesweit ist es fast die Hälfte.

Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bedarfsgerecht auszubauen.

Wichtige Voraussetzung hierfür ist neben der Verfügbarkeit eines Betreuungsplatzes auch die Qualität der Betreuung, die annäherungsweise durch den Betreuungsschlüssel bewertet werden kann. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2018 im Durchschnitt 6,7 Kinder im Alter von 2 bis unter 8 Jahren (ohne Schulkinder) von einer Erziehungskraft betreut, bundesweit lag die Betreuungsquote wesentlich höher bei 8,4 Kindern pro Erzieher beziehungsweise Erzieherin.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Kinder- und Jugendhilfestatistiken)

Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger



DEFINITION

Der Indikator gibt, bezogen auf die 18- bis unter 25-jährige Bevölkerung in Privathaushalten, den Anteil der Personen wieder, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung noch über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, also keinen Abschluss der Stufe drei nach International Standard Classification of Education (ISCED) nachweisen können und derzeit nicht an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger sind nicht mit Schulabbrecherinnen und -abbrechern zu verwechseln. Zu den frühen Abgängerinnen und Abgängern zählen auch junge Menschen, die beispielsweise die Haupt- oder Realschule erfolgreich abgeschlossen, aber keine abgeschlossene Berufsausbildung aufzuweisen haben und sich auch nicht in Ausbildung befinden.

BESCHREIBUNG

Das staatliche Bildungssystem und das duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation junger Menschen. Wird das Bildungssystem vorzeitig, mit geringem Bildungsniveau oder ohne Berufsausbildung verlassen, führt dies zu schlechten Chancen auf einem immer stärker wissensbasierten Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Damit erhöht sich das Risiko späterer Arbeitslosigkeit und Armut. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Rückgang der Zahl der Menschen im Erwerbstätigenalter trägt die Erhöhung des Qualifikationsniveaus junger Menschen auch zur Sicherung des künftigen Arbeitskräfteangebots und zur Stützung der Sozialsysteme bei.

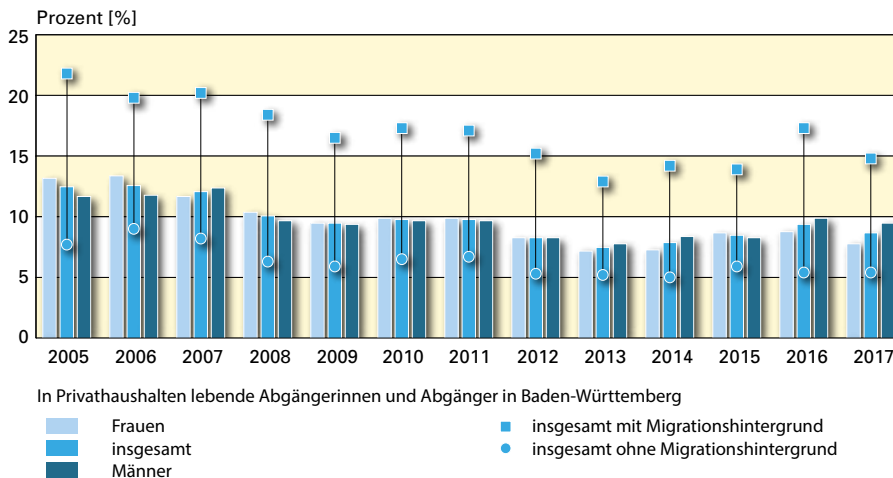
ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Ziel der Wachstumsstrategie Europa 2020 und der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, das Bildungssystem so zu verbessern, dass der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger unter 10 Prozent (%) sinkt.

Insgesamt ist dieses Ziel im Südwesten bereits seit 2009 erfüllt. 2017 galten 8,7 % von den 18- bis unter 25-Jährigen, die in Baden-Württemberg lebten, als frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger. Dabei ist ein deutlicher Unterschied hinsichtlich des Migrationsstatus zu erkennen. Menschen mit Migrationshintergrund verlassen das Bildungssystem überdurchschnittlich häufig früher.

Hier ist zwar langfristig ein positiver Trend erkennbar, jedoch ist das Ziel der Wachstumsstrategie Europa 2020 und der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für diese Bevölkerungsgruppe noch lange nicht erreicht. Der Anteil von Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgängern mit Migrationshintergrund lag 2017 bei 14,9 % und damit fast dreimal so hoch wie der ihrer Kolleginnen und Kollegen ohne Migrationshintergrund (5,5 %).

ANTEIL FRÜHZEITIGER SCHUL- UND AUSBILDUNGSABGÄNGERINNIEN UND ABGÄNGER



TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... Bildungsgerechtigkeit für alle
sowie Gestaltungskompetenz
für nachhaltige Entwicklung zu
fördern.

SDG-ZUORDNUNG



Abschlüsse im tertiären Sektor



DEFINITION

Der Indikator zeigt den Anteil derjenigen mit einem Abschluss des Tertiärbereichs unter allen 30- bis 35-Jährigen, die in Privathaushalten leben in Prozent (%). Zu den Abschlüssen des Tertiärbereichs zählen Fachhochschul- oder Hochschulabschlüsse, die Meister/Technikerausbildung oder gleichwertige Fachschulabschlüsse, der Abschluss an einer Fachakademie, Berufsakademie oder Verwaltungsfachhochschule, die Promotion sowie bis 2013 die Abschlüsse der zwei- und dreijährigen Schulen des Gesundheitswesens. Klassifikation bis 2013 gemäß International Standard Classification of Education (ISCED) 97 Stufen mit den Stufen 5 und 6, ab 2014 ISCED 2011 mit den Stufen 5 bis 8. Die Abgrenzungen von ISCED 2011 sind etwas enger, darum sind die Daten vor 2014 mit der Zeitreihe ab 2014 nur eingeschränkt vergleichbar.

BESCHREIBUNG

In einer hoch entwickelten Volkswirtschaft wird der Bedarf an Wissen und Expertise immer wichtiger. Hochqualifizierte leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ist hoch. Sie gelten als einer der Schlüsselfaktoren für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Innovation. Im Rahmen der Wachstumsstrategie Europa 2020 hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, bis 2020 den Anteil der jungen Erwachsenen mit einem Abschluss des Tertiärbereichs auf 40 % zu steigern.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit einem tertiären Bildungsabschluss ist in Baden-Württemberg zwischen 2005 und 2016 von 29,1 % auf 38,0 % angestiegen. Sollte sich der Anstieg bis 2020 unverändert fortsetzen, dürfte der Zielwert der Wachstumsstrategie Europa 2020 von 42 % in Baden-Württemberg erreicht werden. Der Rückgang von 2013 bis 2014 auf 35,8 % ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass die Abschlüsse der 2- beziehungsweise 3-jährigen Schulen des Gesundheitswesens ab 2014 nach der ISCED 2011 nicht mehr zu den tertiären Abschlüssen zählen.

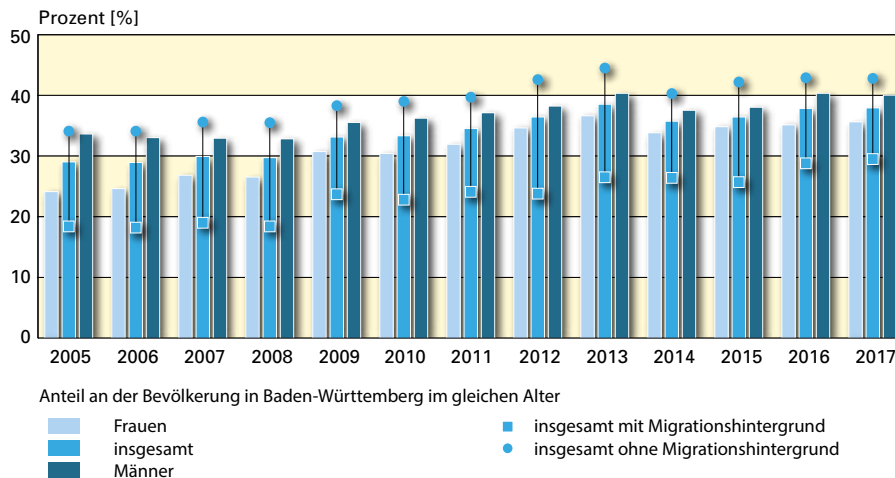
TRENDBEWERTUNG



Im Jahr 2017 hatten 38 % der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren einen Hochschulabschluss oder einen entsprechenden beruflichen Abschluss. Das waren 40,1 % der Männer und 35,7 % der Frauen in der entsprechenden Altersklasse. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern hat sich dabei seit 2005 mehr als halbiert. Der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund und einem tertiären Bildungsabschluss liegt unter dem Durchschnitt.

Dabei zeichnet sich allerdings ein eindeutig steigender Trend ab: Der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund und einem tertiären Bildungsabschluss an allen Personen mit Migrationshintergrund derselben Altersgruppe stieg seit 2005 von 18,6 % auf 29,7 %, wobei hier der Anstieg bei den Frauen noch deutlicher von 16,3 % im Jahr 2005 auf 28,9 % im Jahr 2017 ausfiel als bei den Männern.

ANTEIL DER 30- BIS UNTER 35-JÄHRIGEN MIT TERTIÄREM BILDUNGSABSCHLUSS



LEITSATZ

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... Bildungsgerechtigkeit für alle
sowie Gestaltungskompetenz
für nachhaltige Entwicklung zu
fördern.

SDG-ZUORDNUNG



Ausländische Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss



DEFINITION

Der Indikator zeigt, welcher Anteil in Prozent (%) eines Geburtsjahrgangs das Schulsystem ohne Hauptschulabschluss verlassen hat. Hierfür wird die Anzahl der Schulabgänge je Geburtsjahrgang durch die Bevölkerungszahl dieses Geburtsjahrgangs geteilt. Anschließend werden die Einzelquoten für die Geburtsjahre summiert. Die Quote wird sowohl für Jugendliche mit deutscher als auch mit ausländischer Staatsangehörigkeit ermittelt.

BESCHREIBUNG

Die Integration der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration ist eine gute schulische Qualifizierung, die berufliche Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Vor allem für Ausländerinnen und Ausländer, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist und die im privaten Umfeld nicht aktiv mit der deutschen Sprache umgehen und nicht mit ihr aufgewachsen sind, ist Bildungsgerechtigkeit nur durch gezielte Sprachförderung und Unterstützung erreichbar. Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2030 den Anteil ausländischer Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hauptschulabschluss zu erhöhen und an die Quote deutscher Schulabsolventinnen und -absolventen anzugleichen.

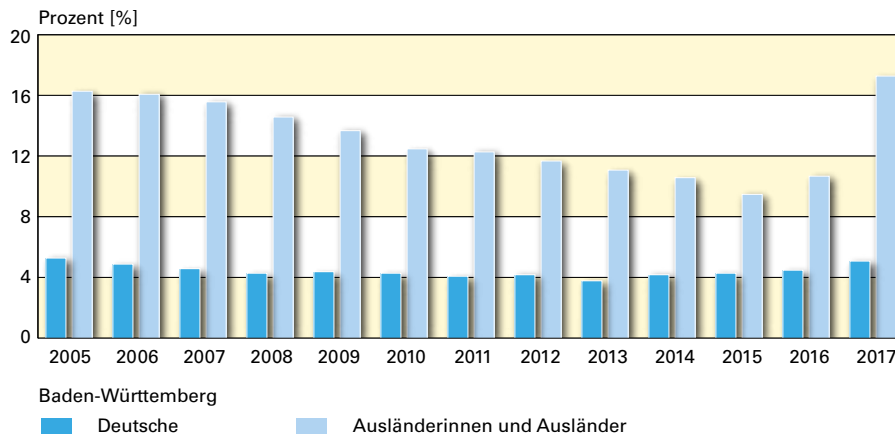
ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Von 2005 bis 2015 ist die Quote ausländischer Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss kontinuierlich von 16,3 % auf 9,5 % zurückgegangen.

Viele nicht deutschsprachige Ausländerinnen und Ausländer konnten den Hauptschulabschluss entweder an einer allgemeinbildenden Schule oder durch ein „Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse“ an einer beruflichen Schule erwerben. Ab 2015 ist der Einfluss der Zuwanderung von Jugendlichen deutlich sichtbar. Die Quote stieg dadurch bis 2017 auf 17,3 % an und ist somit mehr als dreimal so hoch wie die Abgangsquote deutscher

Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss. Diese stieg zwar ebenfalls an, lag 2017 aber nur bei 5,1 %. Auch bei höheren Bildungsabschlüssen spielt die Herkunft der Absolventinnen und Absolventen eine Rolle. Die Quote für den Erwerb der (Fach-)Hochschulreife lag 2017 unter den deutschen Absolventinnen und Absolventen bei 63,8 %, während sie unter den ausländischen nur 18,0 % betrug.

SCHULABGÄNGERINNEN UND -ABGÄNGER OHNE HAUPTSCHULABSCHLUSS



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Amtliche Schulstatistik)

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... Bildungsgerechtigkeit für alle
sowie Gestaltungskompetenz
für nachhaltige Entwicklung zu
fördern.

SDG-ZUORDNUNG



Ausgaben für Forschung und Entwicklung



DEFINITION

Der Indikator stellt die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Prozent (%) dar. Die privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung entstammen dem Wirtschaftssektor. Zu den öffentlichen Ausgaben gehören die Ausgaben des Hochschulsektors und des Staatssektors. Zum Staatssektor werden alle öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Technik außerhalb der Hochschulen gezählt, ebenso wie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden als prozentualer Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt gemessen.

BESCHREIBUNG

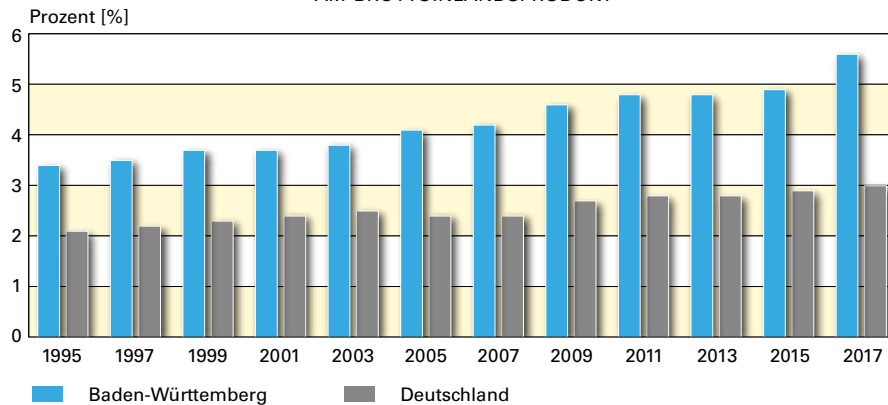
Durch die schöpferischen und systematischen Arbeiten der Forschung und Entwicklung werden Neuheiten entwickelt oder der Wissensstand um neue Anwendungen erweitert. Daher sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung eine bedeutende, wenn auch nicht alleinige Bestimmungsgröße für die Innovationskraft einer Wirtschaft. So haben beispielsweise auch die Investitionsquote sowie die Patentanmeldungen Einfluss auf Innovationen. Höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung bewirken die Steigerung der Produktivität, ein erhöhtes Wachstum, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und eine nachhaltige Weiterentwicklung von Produktions- und Konsummustern.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Seit 1995 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu verzeichnen. Im Jahr 2017 betrugen diese in Baden-Württemberg 27,9 Milliarden Euro, was mehr als einem Viertel der gesamtdeutschen Ausgaben entspricht (99,5 Milliarden Euro). Kein anderes Bundesland investierte in dieser Größenordnung. Mit 83,5 % im Jahr 2017 stammt der Großteil der Ausgaben aus dem privaten Bereich.

Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 5,5 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dieses Ziel ist bereits erreicht. Im Jahr 2017 lag der Anteil bei 5,6 %.

ANTEIL DER AUSGABEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG
AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Datenquelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Statistisches Bundesamt,
Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... eine leistungsfähige Wissenschaft
und Forschung zu fördern, um
Spitzenleistungen zu ermöglichen
sowie Innovationen zu unterstützen.

SDG-ZUORDNUNG



Patentanmeldungen



DEFINITION

Patentanmeldungen mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland erfolgen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA). Patente können von Personen und Institutionen mit in- und ausländischem Wohn- oder Firmensitz angemeldet werden. Der Indikator enthält die Patentanmeldungen mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland, die aus Baden-Württemberg stammen (Wohn- oder Firmensitz). Die Anmeldungen sind nicht mit den eingetragenen Patenten gleichzusetzen, da Patente erst nach erfolgreichem Prüfungsverfahren erteilt werden.

BESCHREIBUNG

Die Anzahl der Patentanmeldungen gehört zu den maßgeblichen, wenn auch nicht alleinigen Bestimmungsgrößen für die Innovationskraft einer Wirtschaft. So haben beispielsweise auch die Investitionsquote sowie Ausgaben für Forschung und Entwicklung Einfluss auf Innovationen. Ein Patent schützt neue technische Erfindungen (Produkte oder Verfahren). Es verleiht seiner Inhaberin oder seinem Inhaber das räumlich und zeitlich befristete Privileg, allein über die Erfindung zu verfügen. Dies schließt das Exklusivrecht für die Verwertung der Erfindung ein und ermöglicht damit eine wirtschaftliche Nutzung. Mit der Patentanmeldung stimmt der Patentinhaber gleichzeitig zu, dass seine Erfindung veröffentlicht wird. Ein Patent kann damit Anderen als Maßstab und Basis für Weiterentwicklungen auf dem betreffenden Gebiet der Technik dienen.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Im Jahr 2018 wurden 67 895 Patente mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland angemeldet. Der Großteil davon (46 609 entsprechend knapp 69 %) stammt von Erfinderinnen und Erfindern mit Wohn- oder Firmensitz in Deutschland.

TRENDBEWERTUNG



Während die inländischen Anmeldungen gegenüber 2017 um 2,5 % auf 46 609 gesunken sind, gab es bei den Anmeldungen aus dem Ausland einen Anstieg um 6,8 % auf 21 286. Baden-Württemberg verzeichnet seit 2008 konstant hohe Patentanmeldungen. Im Jahr 2018 kamen 14 608 Anmeldungen aus dem Land Baden-Württemberg, dies sind 0,7 % mehr als im Jahr zuvor. Damit kommen 31,3 % der inländischen Anmeldungen aus dem Land Baden-Württemberg.

Bezogen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen im Jahr 2018 133 Patentanmeldungen mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland aus Baden-Württemberg. Dies ist im Bundesvergleich der höchste Wert. Im Bundesdurchschnitt wurden 56 Patentanmeldungen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner vorgenommen.

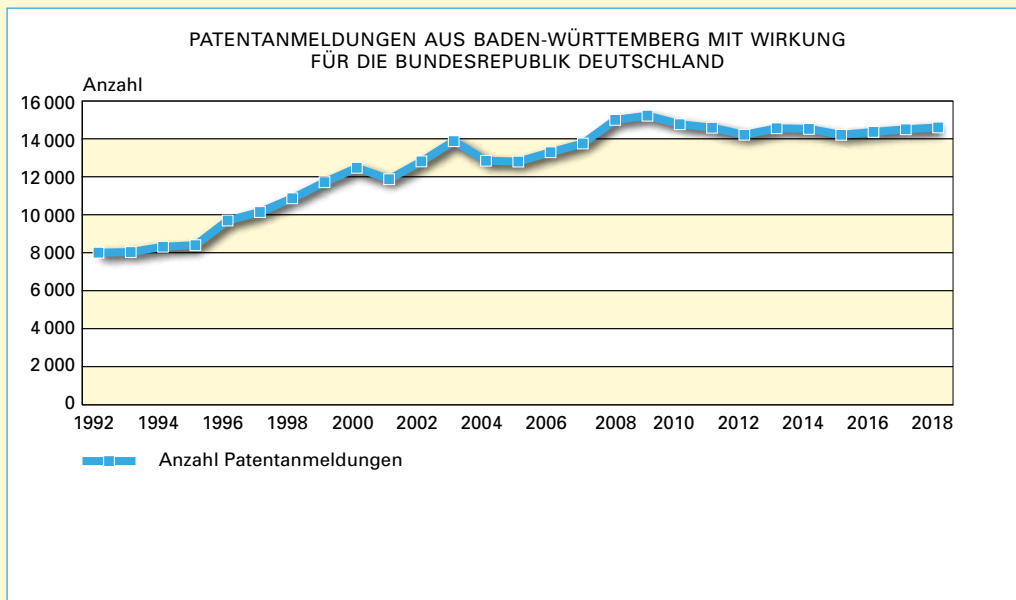
LEITSATZ

WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... eine leistungsfähige Wissenschaft und Forschung zu fördern, um Spitzenleistungen zu ermöglichen sowie Innovationen zu unterstützen.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Deutsches Patent- und Markenamt
(Jahresberichte bis 2017 sowie Aktuelle Statistiken für 2018)

Wahlbeteiligung



DEFINITION

Der Indikator stellt dar, wie hoch der Anteil der Wählerinnen und Wähler bei den Wahlen zum Landtag, den Kreistagen und Gemeinderäten in Baden-Württemberg ist, gemessen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten in Prozent (%). In die Wahlbeteiligung fließen sowohl gültige als auch ungültige Stimmen mit ein.

BESCHREIBUNG

Die Höhe der Wahlbeteiligung gilt als Maß für Demokratiebewusstsein und demokratisches Engagement. Geringe Wahlbeteiligungen können mehrere Ursachen haben: Sie können aus mangelndem politischen Interesse resultieren, ein Ausdruck von Protest unzufriedener Bürgerinnen und Bürger sein, aber auch ein Zeichen dafür, dass die Wahl nicht als wichtig angesehen wird (Low-Interest-Wahlen). Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als wünschenswert, weil sie der Legitimation der Gewählten und des demokratischen Staates dient. Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere auf kommunaler Ebene stärkt die repräsentative Demokratie und damit auch das Wahlverhalten.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Bei den Landtagswahlen ist durchweg eine höhere Wahlbeteiligung zu verzeichnen als bei den Kreistags- und Gemeinderatswahlen. Nach einem Tiefpunkt 2006 stieg die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2011 und 2016 wieder deutlich an. 2016 lag die Beteiligung bei 70,4 %, was einem Zuwachs von insgesamt 17 Prozentpunkten gegenüber 2006 entspricht.

TRENDBEWERTUNG



Damit war die Wahlbeteiligung so hoch wie seit 1992 nicht mehr.

Auch bei den Kreistags- und Gemeinderatswahlen ist die Beteiligung bei den jüngsten Wahlen wieder deutlich angestiegen.

Bis dahin nahm die Wahlbeteiligung seit 1994 kontinuierlich ab. 2014 nahmen, sowohl bei den Gemeinderats- als auch bei den Kreistagswahlen, erstmals weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten teil.

Mit einer Wahlbeteiligung von 58,6 % gingen 2019 aber wieder so viele Menschen in Baden-Württemberg wählen wie seit 1994 nicht mehr. Gegenüber 2014 stieg die Wahlbeteiligung um 9,5 Prozentpunkte bei der Gemeinderatswahl und um 9 Prozentpunkte bei der Kreistagswahl an.

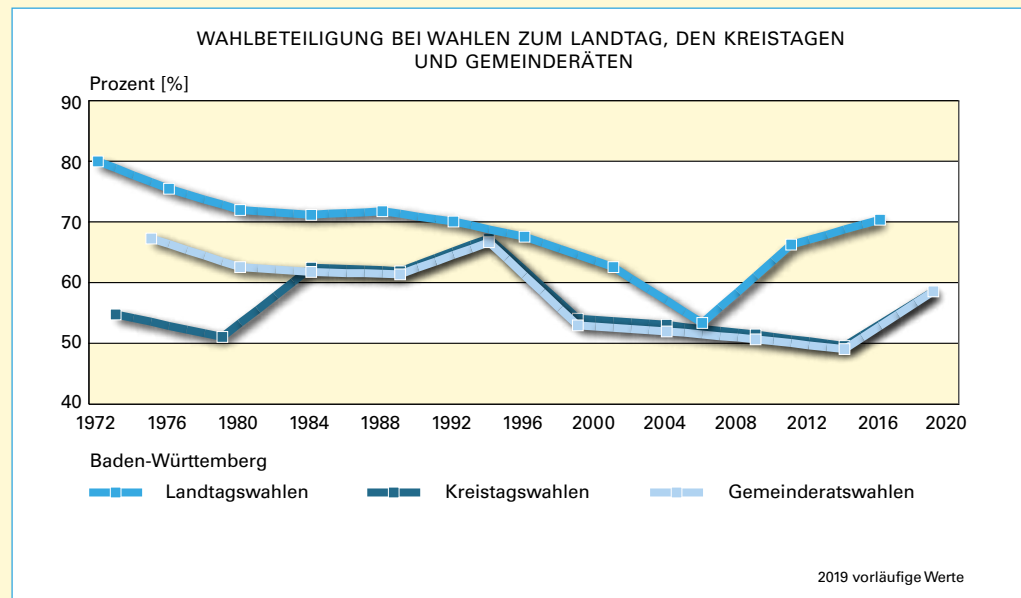
LEITSATZ

EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... Entscheidungen offen und transparent unter frühzeitiger Einbindung der Zivilgesellschaft des Landes zu treffen sowie das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Für 2019 wird bei den Kreistagswahlen und den Gemeinderatswahlen das vorläufige Ergebnis zugrunde gelegt.

Engagementquote



DEFINITION

Der Indikator erfasst den Anteil der über 14-Jährigen in Baden-Württemberg, die sich freiwillig engagieren oder sich dies zukünftig vorstellen können in Prozent (%). Für die Messung wird auf den Freiwilligen-survey zurückgegriffen, der seit 1999 alle fünf Jahre erstellt wird. Die jüngste Erhebung stammt aus dem Jahr 2014. Als freiwillig engagiert wird gezählt, wer in der Befragung angibt, freiwillige, unentgeltliche und gemeinwohlorientierte Tätigkeiten zu leisten, die öffentlich (außerhalb von Beruf und Familie) und in der Regel kooperativ ausgeübt werden. Der Freiwilligen-survey berücksichtigt sowohl klassische ehrenamtliche Tätigkeiten als auch solche, die als „Freiwilligenarbeit“ oder „bürgerschaftliches Engagement“ bezeichnet werden sowie die vielfältigen Formen der Selbsthilfe und der Initiativ- und Projektarbeit.

BESCHREIBUNG

Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement, das sich aus der Mitte der Gesellschaft organisiert, bereichert die Gesellschaft um vielfältige Leistungen zum Wohle und Nutzen der Bürgerinnen und Bürger und gibt Gelegenheit zur Teilhabe. Der sozio-kulturelle, ökologische und ökonomische Wert kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

2014 engagierten sich 48,2 % Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger ab 14 Jahre freiwillig in der Gesellschaft. Seit 1999 ist die Engagementquote um mehr als 8 Prozentpunkte angestiegen und hat im Jahr 2014 den bisher höchsten Wert erreicht. Männer sind mit 49,8 % etwas häufiger engagiert als Frauen (46,6 %), Ältere ab 65 Jahren (43,1 %) engagieren sich seltener als Jüngere. Es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen der 14- bis 29-Jährigen (49,2 %), der 30- bis 49-Jährigen (49,7 %) und 50- bis 64-Jährigen (50,0 %) hinsichtlich des Engagements.

TRENDBEWERTUNG



Die Zunahme des Engagements ist laut Simonson et al. (2016) „auf gesellschaftliche Veränderungen, wie beispielsweise die Bildungsexpansion oder die gestiegene Thematisierung und Förderung des freiwilligen Engagements in Politik und Öffentlichkeit, zurückzuführen.“

In Baden-Württemberg ist über die Hälfte (58,0 %) der nicht freiwillig engagierten Personen gewillt, sich in Zukunft einem freiwilligen Engagement zu widmen, das

entspricht 30,1 % der Wohnbevölkerung im Alter über 14 Jahren. Lediglich 21,4 % der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger möchte sich auch zukünftig nicht gesellschaftlich betätigen.

Dies ist der niedrigste Stand seit 1999.

LEITSATZ

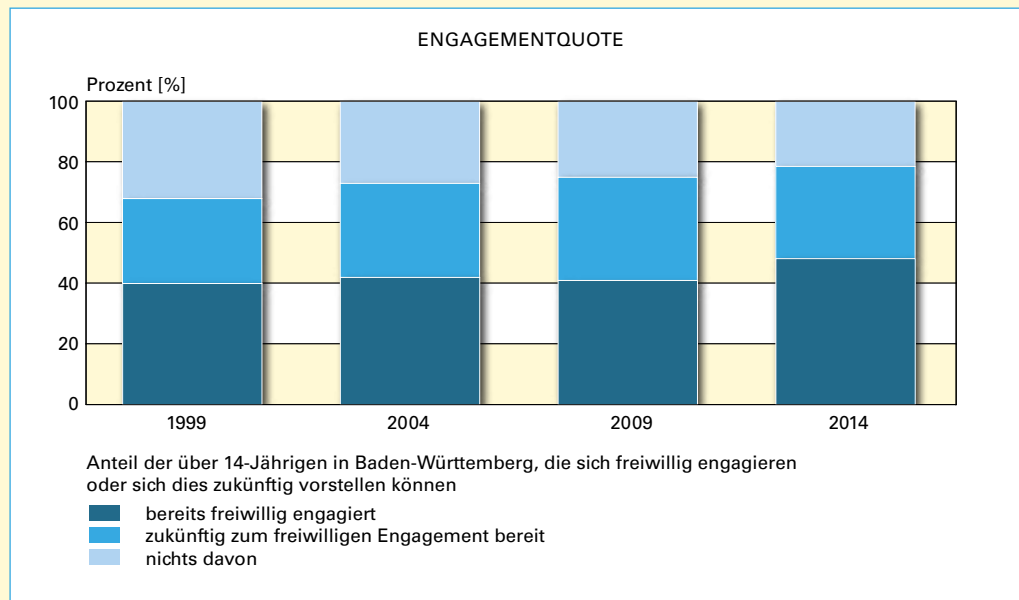
EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Nachhaltig handeln

in Baden-Württemberg heißt ...

... Entscheidungen offen und transparent unter frühzeitiger Einbindung der Zivilgesellschaft des Landes zu treffen sowie das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

SDG-ZUORDNUNG



Datenquelle: Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg (Freiwilligensurvey 1999, 2004 und 2009), Deutsches Zentrum für Altersfragen Berlin (Freiwilligensurvey 2014)

Zulässige Kreditaufnahmen



DEFINITION

Der Indikator zeigt die Einhaltung der nach § 18 Landeshaushaltsordnung (LHO) zulässigen Kreditaufnahme. Grundlage hierfür bildet die zulässige Kreditaufnahme nach § 1 Absatz 2 der Verordnung (VO) zu § 18 LHO. Diese ergibt sich aus dem Basiswert nach § 1 Absatz 1 VO zu § 18 LHO nach Verrechnung mit der Steuerschwankungs- und der Finanztransaktionskomponente (§ 2 beziehungsweise § 3 VO zu § 18 LHO). Im Vergleich darf die in Anspruch genommene Kreditaufnahme die zulässige Kreditaufnahme nicht übersteigen. Ab 2020 gilt das vom Bund eingesetzte und für die Überwachung der Schuldenbremse durch den Stabilitätsrat maßgebliche Produktionslückenverfahren.

BESCHREIBUNG

Solide Staatsfinanzen sind ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Ziel ist es daher, zunächst den bestehenden haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf durch dauerhaft wirkende Konsolidierung nachhaltig zu beseitigen, ohne notwendige Investitionen zu vernachlässigen.

Ab 2020 gilt das vom Bund eingesetzte Produktionslückenverfahren. Dieses ermittelt die Kreditermächtigung oder Tilgungsverpflichtung anhand der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung und des Produktionspotenzials.

Das Produktionspotenzial ist der Wert des Bruttoinlandsprodukts, der bei normaler Auslastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, also ohne konjunkturelle Einflüsse, zu erwarten wäre. Die Produktionslücke misst, wie stark das aktuelle Bruttoinlandsprodukt das Produktionspotenzial übersteigt (Überauslastung der Volkswirtschaft) oder unterschreitet (Unterauslastung der Volkswirtschaft). Mit einem Faktor, der abbildet, wie stark Einnahmen und Ausgaben einer Gebietskörperschaft auf Konjunkturschwankungen reagieren, errechnet sich daraus dann die Konjunkturkomponente.

TRENDBEWERTUNG

LEITSATZ
HAUSHALT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Haushalt zugunsten
nachfolgender Generationen in
sozial verantwortbarer Weise zu
konsolidieren.

SDG-ZUORDNUNG

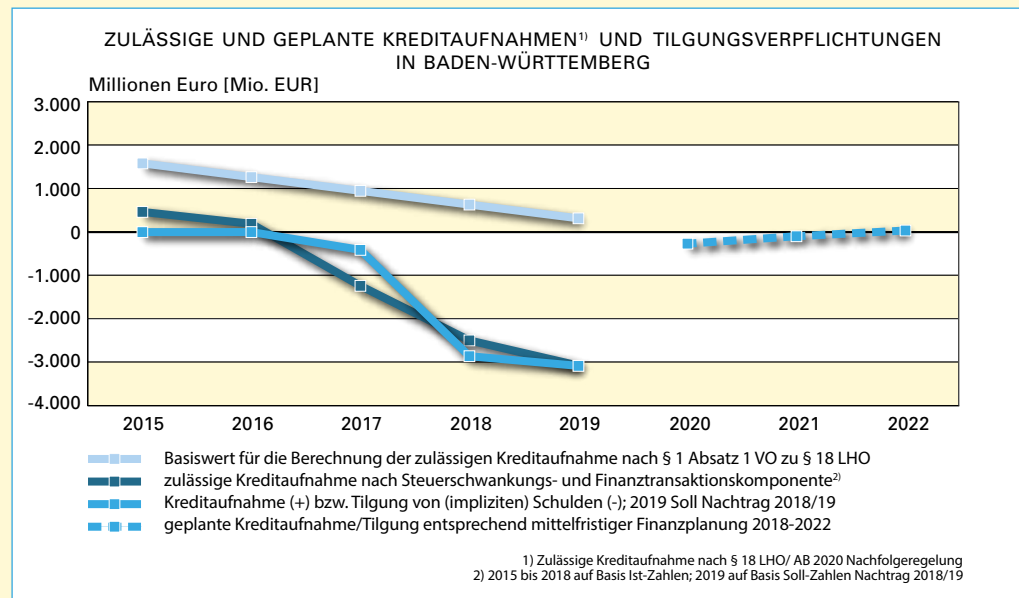


Mit der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2022 hat Baden-Württemberg den Weg aufgezeigt, dieses Ziel zu erreichen und der grundgesetzlichen Schuldenbremse zu entsprechen.

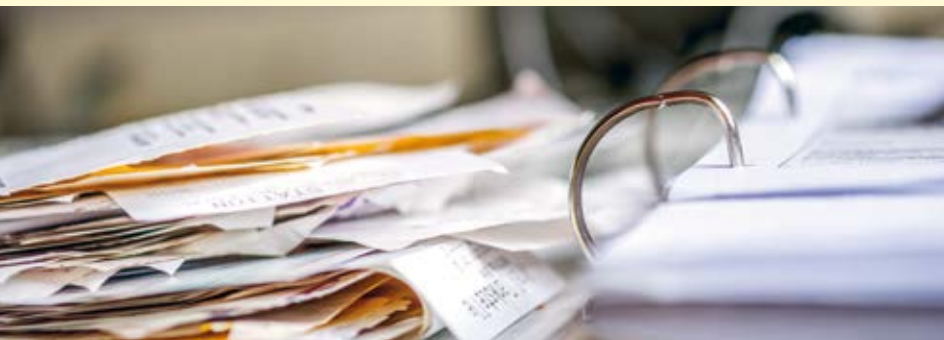
ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Seit 2015 nimmt das Land keine neuen Schulden auf. In den Jahren 2018 und 2019 werden erstmals in nennenswertem Umfang Kreditmarktschulden in Höhe von insgesamt 1,25 Milliarden Euro getilgt.

Ab 2020 wird von einer Neuregelung des Konjunkturbereinigungsverfahrens zur Schuldenbremse ausgegangen. Das vom Bund eingesetzte und für die Überwachung der Schuldenbremse durch den Stabilitätsrat maßgebliche Produktionslückenverfahren führt auf Basis der in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2022 zu Grunde gelegten Daten zu einer Tilgungsverpflichtung für 2020 und 2021.



Haushaltsmäßige Verschuldung



DEFINITION

Um die finanzielle Situation des Landes Baden-Württemberg abzubilden, wird die haushaltsmäßige Verschuldung des Landes herangezogen.

Für den Ländervergleich ist es sinnvoll, den Schuldenstand in Euro pro Einwohnerin und Einwohner darzustellen. Der Schuldenstand gibt ein Gesamtbild der Belastung, die von künftigen Generationen zu tragen ist.

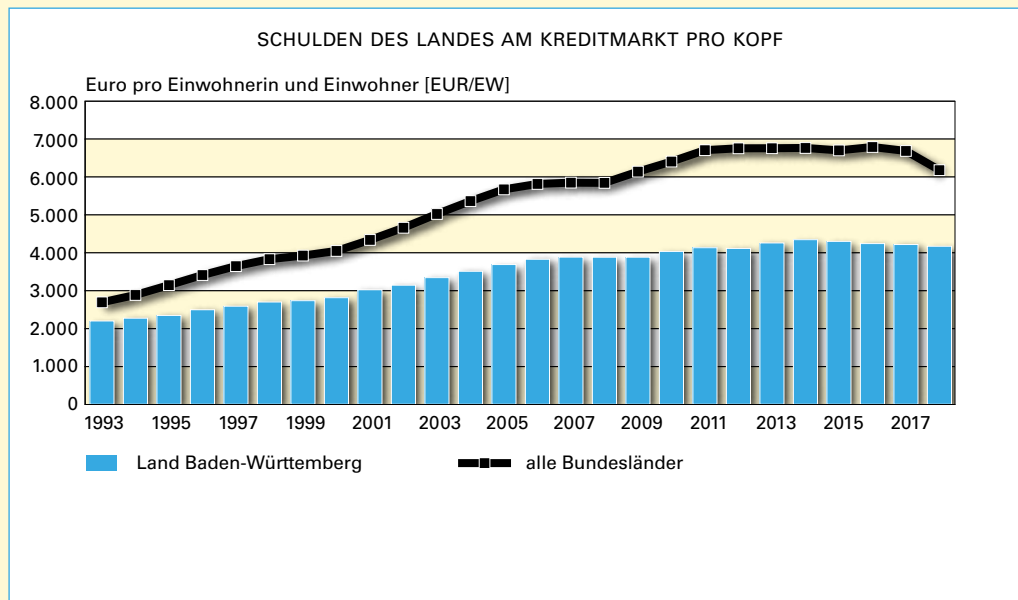
BESCHREIBUNG

Eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik ist eines der zentralen Ziele der Landesregierung. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Schuldenbremse nach Art. 109 Absatz 3 Grundgesetz gilt es, den Schuldenstand nicht unbegrenzt anwachsen zu lassen und spätestens ab 2020 grundsätzlich keine neuen Kredite mehr aufzunehmen. Die Kreditmarktschulden geben zusätzlich Hinweise auf finanzielle Einschränkungen des Gestaltungsspielraums bei der Aufgabenerfüllung des Landes aufgrund des zu leistenden Schuldendienstes.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Die haushaltsmäßige Verschuldung in Baden-Württemberg war in den vergangenen Jahrzehnten beständig angestiegen. Seit 2015 nimmt das Land keine neuen Schulden mehr auf. Im Jahr 2018 lag die haushaltsmäßige Verschuldung bei 4.167 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Für alle Länder lag sie 2018 durchschnittlich bei 6.185 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Baden-Württemberg weist damit eine verhältnismäßig geringe haushaltsmäßige Verschuldung je Einwohnerin und Einwohner auf.

Dadurch, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden, gleichzeitig aber die Steuereinnahmen steigen, wird der Landeshaushalt spürbar entlastet. Dennoch wurden im Jahr 2018 noch 3,4 Prozent (%) der Steuereinnahmen für Zinsausgaben aufgewendet. Die Zinsbelastung belief sich auf rund 1,4 Milliarden Euro.



Datenquelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg
(eigene Berechnung anhand der Daten des Bundesministeriums der Finanzen SFK 4)

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ HAUSHALT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...
... den Haushalt zugunsten
nachfolgender Generationen in
sozial verantwortbarer Weise zu
konsolidieren.

SDG-ZUORDNUNG



Öffentliche Entwicklungsausgaben



DEFINITION

Der Indikator umfasst den Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben (Official Development Assistance, ODA) am Bruttonationaleinkommen in Prozent (%). Dabei ist der größte, aus der Bildungshoheit der Länder resultierende Posten die gebührenfreie Bereitstellung von Studienplätzen für Studierende aus Entwicklungsländern der Länderliste des Development Assistance Committee (DAC). Entwicklungspolitische Haushaltsmittel gelten nur dann als ODA, wenn sie als finanzielle und technische Hilfen von staatlichen Stellen geleistet werden und an DAC-Länder gehen, hauptsächlich der Förderung von Entwicklung und besseren Lebensbedingungen dienen und (teilweise) ein Zuschuss sind.

BESCHREIBUNG

Die Lebensweise der entwickelten Länder und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcenverbrauch, rasantem Klimawandel und ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt. Gleichzeitig verschieben sich durch die wirtschaftliche und politische Dynamik eines Teils der Entwicklungsländer die globalen Rahmenbedingungen und Strukturen. Vor diesem Hintergrund kommt dem entwicklungspolitischen Engagement des Landes wachsende Bedeutung zu.

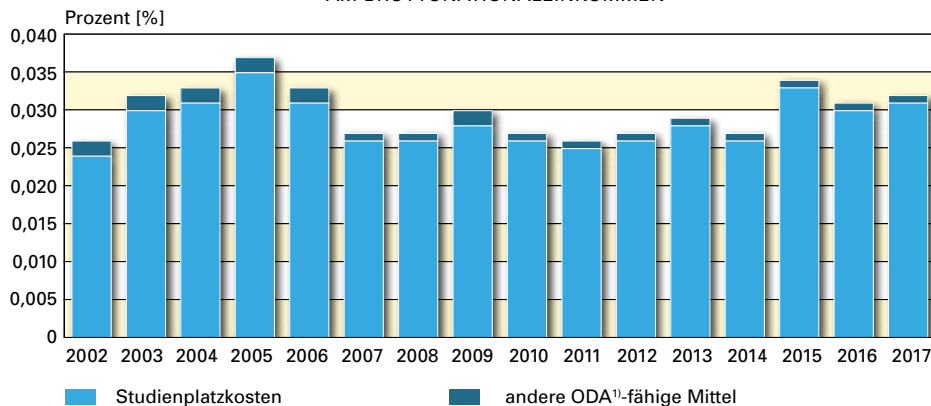
Entwicklungspolitik bedeutet heute, weltweit die gemeinsame Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen. Baden-Württemberg bekennt sich zu dieser internationalen Verantwortung. Grundlage der Entwicklungspolitik des Landes sind die 2013 verabschiedeten entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, die in die Landesnachhaltigkeitsstrategie integriert sind.

ENTWICKLUNG UND BEWERTUNG

Baden-Württemberg hat für die ODA (öffentliche Entwicklungsausgaben) im Jahr 2017 insgesamt 162 Millionen Euro aufgewendet. Dies ist im Vergleich der Länder nach Nordrhein-Westfalen die zweithöchste Ausgabe und entspricht einem Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen von 0,032 %. Nach Anteilen zwischen 0,026 % und 0,029 % in den Jahren 2007 bis 2014 erfolgte eine Zunahme. Seit 2015 liegen die ODA konstant über 0,03 % des Bruttonationaleinkommens.

Der Anteil, der auf die Übernahme von Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern zurückzuführen ist, lag 2017 bei knapp 97 %. Im Rahmen der „anderen ODA-fähigen Mittel“ wurden die entwicklungspolitischen Projektmittel seit 2012 von 400.000 auf 2,1 Millionen Euro mehr als vervierfacht.

ANTEIL DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGS-AUSGABEN BADEN-WÜRTTEMBERGS AM BRUTTONATIONALEINKOMMEN



1) Official Development Assistance

TRENDBEWERTUNG



LEITSATZ

ENTWICKLUNGSPOLITISCHES ENGAGEMENT

Nachhaltig handeln
in Baden-Württemberg heißt ...

... im Rahmen der Globalisierung Verantwortung für eine faire Entwicklung zu übernehmen, die Stärken Baden-Württembergs international einzubringen und die verschiedenen Akteursgruppen in ihrem entwicklungspolitischen Engagement zu unterstützen.

SDG-ZUORDNUNG





Subjektive Indikatoren

Ein Satz von Statusindikatoren reduziert nachhaltige Entwicklung notwendigerweise auf mess- und zählbare Sachverhalte.

Verbesserungen oder Verschlechterungen von quantitativen Daten führen jedoch nicht immer zu einer entsprechenden Veränderung der individuellen Wahrnehmung durch die Menschen.

Dieser Indikatorenbericht fügt daher den rein quantitativen Nachhaltigkeitsindikatoren eine weitere Perspektive hinzu: die subjektiven Indikatoren. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sich auch persönliche Sichtweisen, Wahrnehmungen oder Empfindungen darin widerspiegeln.

Die Daten basieren auf dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer repräsentativen Wiederholungsbefragung, die bereits seit drei Jahrzehnten jährlich durchgeführt wird. Hierzu werden in Baden-Württemberg rund 2500 Personen aus rund 1400 Haushalten zu verschiedenen Themen befragt.

Stellvertretend werden hier sechs Fragen zur Sorge um den Schutz der Umwelt und die Folgen des Klimawandels, aber auch nach der Zufriedenheit mit Gesundheit, Arbeit, dem

persönlichen Einkommen und der allgemeinen Lebenszufriedenheit betrachtet.

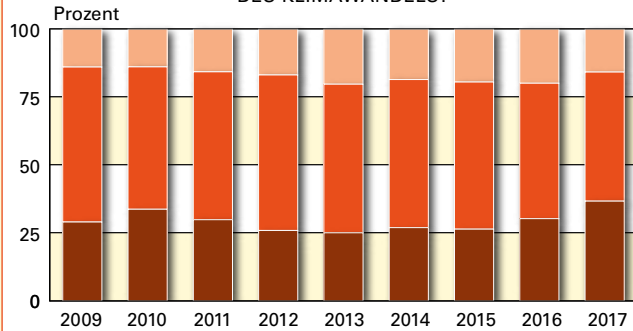
Die Beziehungen zwischen „objektiven“, klassischen Nachhaltigkeitsindikatoren und „subjektiven“ Indikatoren sind komplex und mitunter ohne direkten kausalen Zusammenhang. Es erscheint dennoch wertvoll, auch über einen längeren Zeitverlauf die Wahrnehmung der Menschen in Baden-Württemberg heranzuziehen und die Betrachtung der nachhaltigen Entwicklung im Land durch diese Perspektive zu ergänzen.

Die Befragung zeigt, dass die Zahl der Menschen in Baden-Württemberg, die sich große Sorgen um den Zustand von Umwelt und Klima machen, allein in den letzten fünf Jahren von einem Viertel auf mehr als ein Drittel der Befragten im Jahr 2017 angestiegen ist.

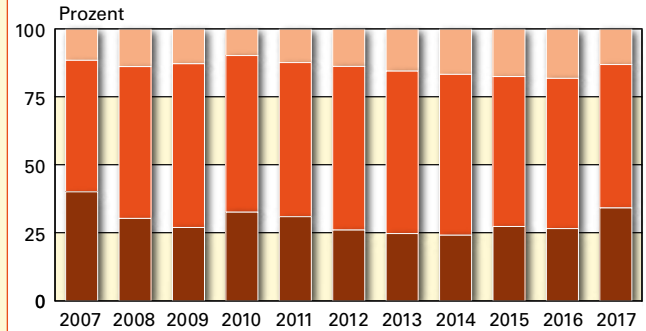
Gleichzeitig steigt die Lebenszufriedenheit der Menschen in Baden-Württemberg: auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden) stufen sich zwei Drittel der Befragten im Jahr 2017 bei einem Wert von über 7 ein.

Auf eine Bewertung der subjektiven Indikatoren wird verzichtet.

MACHEN SIE SICH SORGEN UM DIE FOLGEN DES KLIMAWANDELS?



MACHEN SIE SICH SORGEN UM DEN SCHUTZ DER UMWELT?

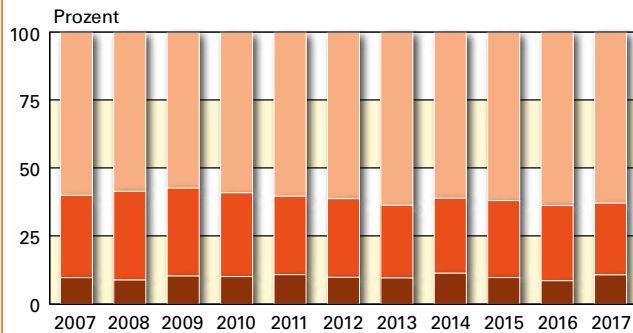


große Sorgen

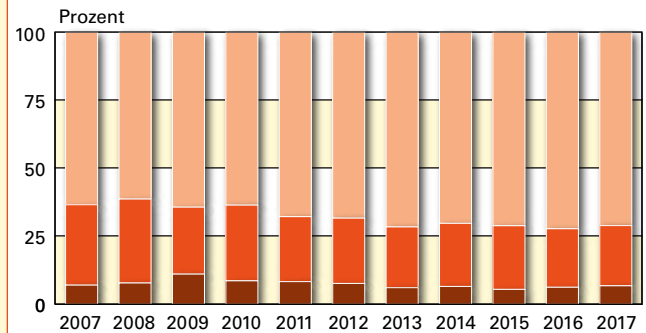
einige Sorgen

keine Sorgen

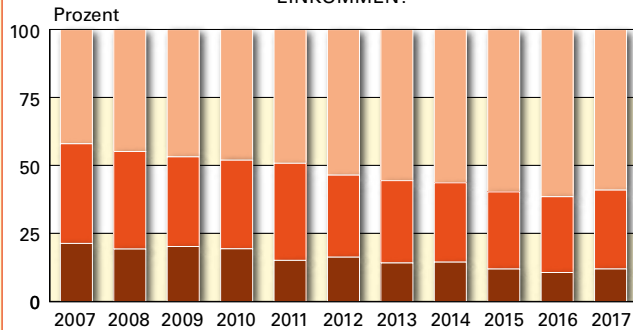
WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHRER GESUNDHEIT?



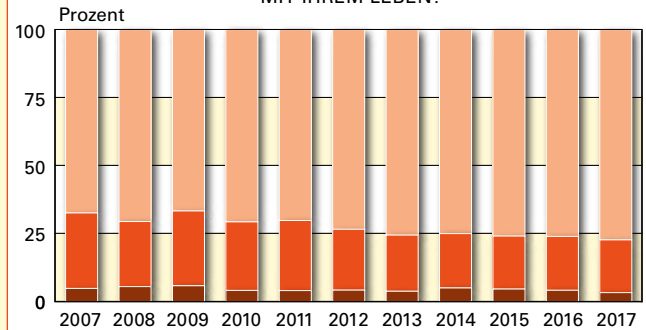
WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHRER ARBEIT?



WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHREM PERSÖNLICHEN EINKOMMEN?



WIE ZUFRIEDEN SIND SIE GEGENWÄRTIG, ALLES IN ALLEM, MIT IHREM LEBEN?



Skala von 0 = überhaupt nicht zufrieden bis 10 = vollkommen zufrieden

0 bis 3

4 bis 6

7 bis 10

Übersicht Bewertungen

Indikator		Trend	Seite
1	Energiewende		
1.1	Energieproduktivität		S. 12
1.2	Energieverbrauch privater Haushalte		S. 14
1.3	Erneuerbare Energien		S. 16
2	Klimaschutz		
2.1	Treibhausgasemissionen		S. 18
2.2	Temperaturentwicklung		S. 20
3	Vielfältige Natur		
3.1	Waldzustand		S. 22
3.2	Artenvielfalt und Landschaftsqualität		S. 24
3.3	Nitrat im Grundwasser		S. 26
3.4	Durchgängigkeit von Fließgewässern für Lachse		S. 28
4	Ressourcen		
4.1	Rohstoffproduktivität		S. 30
4.2	Rohstoffverbrauch		S. 32
4.3	Vergärung von Bioabfällen		S. 34
4.4	Flächeninanspruchnahme		S. 36
5	Konsumstile		
5.1	Häusliche Abfälle		S. 38
5.2	Ökologischer Landbau		S. 40

Indikator		Trend	Seite
6	Wandel der Wirtschaft		
6.1	Bruttoinlandsprodukt		S. 44
6.2	Investitionen		S. 46
6.3	Eigenkapital		S. 48
6.4	Unternehmensinsolvenzen		S. 50
6.5	Erwerbstätigkeit		S. 52
6.6	Atypische Beschäftigung		S. 54
7	Teilhabe und Chancen		
7.1	Armutsgefährdung		S. 56
7.2	Einkommensreichtum		S. 58
7.3	Privatinsolvenzen		S. 60
7.4	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern		S. 62
7.5	Frauen in Führungspositionen		S. 64
7.6	Frauen in politischen Vertretungen		S. 66
8	Gesellschaftliche Vielfalt		
8.1	Erwerbstätigkeit nach Migrationsstatus		S. 68
8.2	Inklusion am Arbeitsplatz		S. 70
8.3	Inklusion von Schülerinnen und Schülern		S. 72
9	Gesundheitsförderliche Lebenswelt		
9.1	Ärztliche Versorgung		S. 74
9.2	Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund		S. 76
9.3	Lärmbelastung		S. 78
9.4	Übergewicht		S. 80
9.5	Raucherquote		S. 82
9.6	Vorzeitige Sterblichkeit		S. 84

Indikator		Trend	Seite
10	Sicherheit		
10.1	Straftaten		S. 86
10.2	Verunglückte im Straßenverkehr		S. 88

Indikator		Trend	Seite
11	Mobilität		
11.1	Öffentlicher Personennahverkehr		S. 92
11.2	Modal Split		S. 94
11.3	Straßenverkehr nach Fahrzeugkategorien		S. 96

12	Stadt- und Raumentwicklung		
12.1	Wohnkosten		S. 98

13	Bildungsgerechtigkeit		
13.1	Ganztagsbetreuung für Kinder		S. 100
13.2	Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger		S. 102
13.3	Abschlüsse im tertiären Sektor		S. 104
13.4	Ausländische Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss		S. 106

14	Wissenschaft und Forschung		
14.1	Ausgaben für Forschung und Entwicklung		S. 108
14.2	Patentanmeldungen		S. 110

15	Einbindung der Zivilgesellschaft		
15.1	Wahlbeteiligung		S. 112
15.2	Engagementquote		S. 114

Indikator		Trend	Seite
16	Haushalt		
16.1	Zulässige Kreditaufnahmen		S. 116
16.2	Haushaltsmäßige Verschuldung		S. 118

17	Entwicklungspolitischen Engagement		
17.1	Öffentliche Entwicklungsausgaben		S. 120



Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist bereits jetzt oder in absehbarer Zeit erreicht



Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit noch nicht erreicht



Trend ist negativ, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit nicht erreicht



keine Bewertung möglich



Ökologische Tragfähigkeit



Teilhabe und Gutes Leben



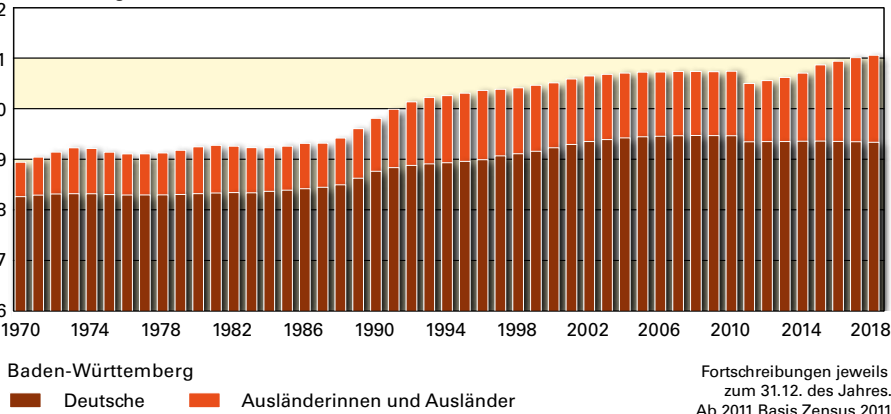
Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren



Hintergrundinformationen

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Bevölkerung in Millionen



Datenquelle: Statistisches
Landesamt Baden-Württemberg

BEVÖLKERUNG

Zum Jahresende 2018 lebten in Baden-Württemberg 11,07 Millionen Menschen. Nach geringen Wachstumsraten Anfang der 2000er Jahre führte ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit, aber auch eine vermehrte Zuwanderung, in den letzten Jahren wieder zu einem größeren Wachstum der Bevölkerungszahl.

Dabei verläuft die Entwicklung innerhalb des Landes sehr unterschiedlich. In und um die Ballungsräume liegen die Wachstumsraten in den letzten zehn Jahren zum Teil bei 5,2 %

und mehr, während Gemeinden in den ländlichen Regionen wie dem Nordschwarzwald oder der Schwäbischen Alb oft mit einem Rückgang ihrer Bevölkerungszahl konfrontiert sind.

Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung zufolge könnte die Bevölkerung bis zum Jahr 2035 aufgrund der Zuwanderung noch weiter zunehmen. Danach wäre jedoch mit einem Rückgang zu rechnen, da sich das Geburtendefizit aufgrund der Altersstruktur stetig vergrößert.

Entscheidend für die zukünftige Entwicklung im Land ist aber nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Altersstruktur. Im Durchschnitt waren die Menschen in Baden-Württemberg (Ende 2017) bereits 43,4 Jahre alt und damit um knapp neun Jahre älter als noch 1970, jeder Vierte war sogar über 60 Jahre alt.

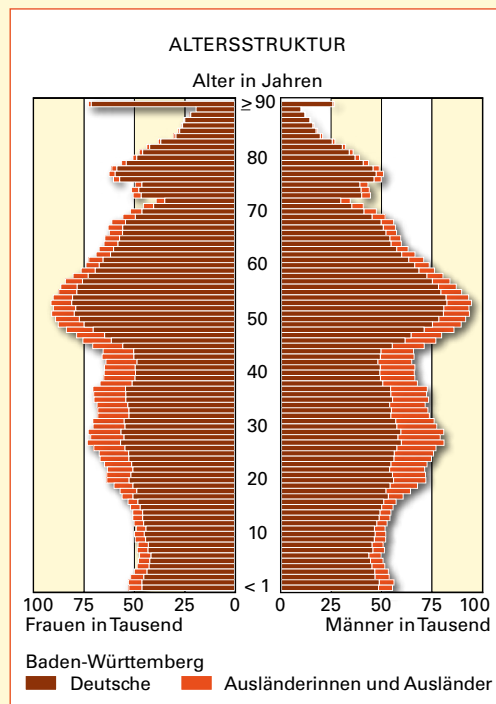
Ursächlich für die Alterung der Bevölkerung ist zum einen eine immer noch zu geringe Geburtenrate, zum anderen auch die enorm gestiegene Lebenserwartung – seit Anfang der 1970er Jahre um etwa zehn Jahre.

Längerfristig steht damit der wachsenden Zahl der potenziellen Rentenempfängerinnen und -empfängern eine abnehmende Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Durch den Zuwanderungseffekt wurde die Alterung der Bevölkerung allerdings abgeschwächt, denn die Zugezogenen sind im Mittel deutlich jünger als die einheimische Bevölkerung.

Insgesamt lebten Ende 2018 etwa 1,7 Millionen Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in Baden-Württemberg, das sind rund 15 % der Bevölkerung. Auch hier sind die regionalen Unterschiede groß: Die meisten Zugewanderten leben in den Ballungsräumen, beispielsweise hat jeder vierte der Einwohnerinnen und Einwohner Stuttgarts keinen deutschen Pass. Die meisten Migrantinnen und Migranten stammen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei.

Der demografische Wandel, gekennzeichnet durch eine fortschreitende Alterung der Gesellschaft und einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, stellt Baden-Württemberg vor große Herausforderungen.

Noch stärker als bisher muss darauf geachtet werden, dass alle Menschen, gleich welcher Herkunft, die bestmöglichen Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung und Arbeit erhalten. So haben sie die Möglichkeit, sich mit ihren individuellen Fähigkeiten und Qualifikationen ins Berufsleben einzubringen und damit Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort attraktiv und wettbewerbsfähig zu halten.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

DATENGRUNDLAGE UND METHODIK

Die im vorliegenden Bericht dargestellten Statusindikatoren zeichnen ein umfassendes Bild der nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg. Sie wurden in einem mehrstufigen, partizipativen Verfahren mit dem Beirat für nachhaltige Entwicklung und Verbänden aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sowie den Landesministerien erarbeitet. Dabei wurde auch auf die Fachexpertise wichtiger Partner im Land, wie der LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg, dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg sowie der Länderinitiative Kernindikatoren (LIKI) zurückgegriffen.

Voraussetzung bei der Auswahl von Indikatoren ist die Verfügbarkeit von Daten und deren Validität. Grundsätzlich besteht die Anforderung, Indikatoren über möglichst lange Zeiträume zu erheben, um einen Trend erkennen zu können.

Je nach Datenquelle und Komplexität der Datenreihe unterscheidet sich die Aktualität der Datenreihen. Grundsätzlich wurden die mit Stand Mai 2019 verfügbaren Daten herangezogen. Aufgrund von Anpassungen in

der Datenerhebung, wie beispielsweise der Bevölkerungserhebung nach Zensus, kann die Vergleichbarkeit von Datenreihen im Einzelfall eingeschränkt sein. Auf solche Besonderheiten wird immer hingewiesen, in der Regel bei den Schaubildern zu den Indikatoren.

Einige Statusindikatoren ermöglichen den Blick über Baden-Württemberg hinaus und zeigen neben der Datenreihe für Baden-Württemberg auch die entsprechende Datenreihe auf Bundesebene. Um daneben die Vergleichbarkeit der Indikatorensätze auf Bundes- und Landesebene zu verbessern, hat das Statistische Bundesamt gemeinsam mit den Ländern ein Set von regionalisierbaren, also auf Länderebene darstellbaren Indikatoren erarbeitet. Dieses wurde soweit wie möglich in diesen Indikatorensatz integriert. 18 Indikatoren sind nun mit dem Set des Bundes identisch. 17 Indikatoren betreffen ein ähnliches Themenfeld und 18 landesspezifische Indikatoren vervollständigen das Bild der nachhaltigen Entwicklung im Land.

Mit jeder Berichtsfortschreibung werden alle Indikatoren sorgfältig auf Aussagekraft und Aktualität überprüft. Hierzu ist ein ständiges

kritisches Hinterfragen des Indikatorensatzes notwendig. Dies gilt insbesondere für solche Indikatoren, deren Erhebung wünschenswert wäre, zu denen aber bislang keine Daten zur Verfügung stehen.

BEWERTUNG DER STATUSINDIKATOREN

Die Bewertung der Indikatoren erfolgt nach dem Ampelsystem und lässt sich folgendermaßen aufschlüsseln:

 grün: Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist bereits jetzt oder in absehbarer Zeit erreicht

 gelb: Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit noch nicht erreicht

 rot: Trend ist negativ, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit nicht erreicht

 grau: keine Bewertung möglich

Bei der Bewertung werden sowohl die Datenkurve als auch der Zustand des jeweiligen Indikators einbezogen. So gibt es beispiels-

weise Indikatoren, bei denen es anhand eines wünschenswerten Anstiegs zwar eine positive Entwicklung zu verzeichnen gibt, der Gesamtwert aber noch immer zu niedrig erscheint. Der Trend eines solchen Indikators wurde mit der Farbe Gelb gekennzeichnet.

Von 53 Statusindikatoren weisen 18 Indikatoren eine positive Bewertung auf (grün; 35 %), wohingegen 10 Indikatoren negativ bewertet werden (rot; 19 %). Bei 22 Statusindikatoren ist weder eine positive noch eine negative Bewertung möglich (gelb; 41 %). Bei drei Indikatoren ist keine Bewertung möglich.

Im Vorgängerbericht 2016 wurden 48 Indikatoren bewertet, 18 davon grün (35 %), 21 gelb (44 %) und 6 rot (13 %). Damals war bei 4 Indikatoren eine Bewertung nicht möglich.

Es zeigt sich, dass viele Statusindikatoren bereits eine positive Bewertung aufweisen, an anderer Stelle aber noch Handlungsbedarf besteht. Die Bewertungen geben allerdings nur einen ersten Hinweis auf den Stand und die Entwicklung der Indikatoren, sie ersetzen nicht wichtige Erläuterungen in den Texten.

TEXTQUELLEN

7.3 PRIVATINSOLVENZEN

Bundeszentrale für politische Bildung, Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. 2018 [Hrsg.]: Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.
www.wzb.eu/de/publikationen/datenreport/datenreport-2018

8.1. ERWERBSTÄTIGE NACH MIGRATIONSTATUS

Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) [Hrsg.]: Fünfter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder – Bericht 2019.
www.integrationsmonitoring-laender.de

8.3 INKLUSION VON

SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN

UN- Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. 3. Mai 2008
www.behindertenrechtskonvention.info/bildung-3907/

9.2 LÄRMBELASTUNG

Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa: Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region 2018 – Zusammenfassung
www.euro.who.int/de/health-topics/environment-and-health/noise/publications/2018/environmental-noise-guidelines-for-the-european-region-executive-summary-2018

11.2 MODAL SPLIT

Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., IVT Research GmbH und infas 360 GmbH (2018): Mobilität in Deutschland (im Auftrag des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur)
www.mobilitaet-in-deutschland.de/publikationen2017.html

14.2 PATENTANMELDUNGEN

Deutsches Patent- und Markenamt: Patentschutz.
www.dpma.de/patente/patentschutz/index.html
 (abgerufen am 29.05.2019)

15.2 ENGAGEMENTQUOTE

Simonson, J.; Vogel, C. und Tsch-Römer, C. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden: Springer VS, März 2016

BILDQUELLEN

Titelbild: © alfexe – stock.adobe.com	Seite 40: © encierro – stock.adobe.com	Seite 84: © Syda Productions – stock.adobe.com
Seite 4: © Staatsministerium Baden-Württemberg	Seite 42: © fizkes – stock.adobe.com	Seite 86: © AA+W – stock.adobe.com
Seite 6: © KD Busch	Seite 44: © shotsstudio – stock.adobe.com	Seite 88: © Photographee.eu – stock.adobe.com
Seite 10: © HQUALITY – stock.adobe.com	Seite 46: © ipopba – stock.adobe.com	Seite 90: © Robert Kneschke – stock.adobe.com
Seite 12: © Dieter – stock.adobe.com	Seite 48: © motorradcbr – stock.adobe.com	Seite 92: © hunterbliss – stock.adobe.com
Seite 14: © tl6781 – stock.adobe.com	Seite 50: © davit85 – stock.adobe.com	Seite 94: © Mikael Damkier – stock.adobe.com
Seite 16: © PHOTOCREO Michal Bednarek – shutterstock.com	Seite 52: © Rawpixel.com – stock.adobe.com	Seite 96: © Kara – stock.adobe.com
Seite 18: © Семен Саливанчук – stock.adobe.com	Seite 54: © photo 5000 – Fotolia.com	Seite 98: © Rawpixel.com – stock.adobe.com
Seite 20: © hykoe – stock.adobe.com	Seite 56: © bilderhatz – stock.adobe.com	Seite 100: © Rawpixel.com – stock.adobe.com
Seite 22: © Stefan Schurr – stock.adobe.com	Seite 58: © Roman Babakin – stock.adobe.com	Seite 102: © guruXOX – stock.adobe.com
Seite 24: © Jürgen Fälchle – stock.adobe.com	Seite 60: © nmann77 – stock.adobe.com	Seite 104: © Gorodenkoff – stock.adobe.com
Seite 26: © Landwirtschaftliches Technologie- zentrum Augustenberg (LTZ)	Seite 62: © Drazen – stock.adobe.com	Seite 106: © Frank Gärtner – stock.adobe.com
Seite 28: © Wolfilser – stock.adobe.com	Seite 64: © Jacob Lund – stock.adobe.com	Seite 108: © kkolosov – stock.adobe.com
Seite 30: © PickOne – stock.adobe.com	Seite 66: © fizkes – stock.adobe.com	Seite 110: © goodluz – stock.adobe.com
Seite 32: © bambambu – stock.adobe.com	Seite 68: © MIND AND I – stock.adobe.com	Seite 112: © Christian Schwier – stock.adobe.com
Seite 34: © Karin Jähne – stock.adobe.com	Seite 70: © New Africa – stock.adobe.com	Seite 114: © RioPatuca Images – stock.adobe.com
Seite 36: © agnormark – stock.adobe.com	Seite 72: © jittawit.21 – stock.adobe.com	Seite 116: © Jo Panuwat D – stock.adobe.com
Seite 38: © chatdanai – stock.adobe.com	Seite 74: © Racle Fotodesign – stock.adobe.com	Seite 118: © pure-life-pictures – stock.adobe.com
	Seite 76: © monticellllo – stock.adobe.com	Seite 120: © Gorodenkoff – stock.adobe.com
	Seite 78: © Mak – stock.adobe.com	
	Seite 80: © motortion – stock.adobe.com	
	Seite 82: © jetsadaphoto – stock.adobe.com	



Baden-Württemberg